

PROGNOSE FÜR 2003 UND 2004:
SCHWÄCHE DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN
NACHFRAGE ALLMÄHLICH ÜBERWUNDEN

WIRTSCHAFTSCHRONIK

ERSTE EVALUIERUNG DER KONJUNKTUR-
BELEBUNGSMASSNAHMEN SEIT 2001

VERDIENSTENTGANG VON FRAUEN MIT KINDERN

VERHALTENE NOMINELLE EINKOMMENS-
ENTWICKLUNG ERFASST 2002 AUCH
DIE VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dkfm. Ferdinand Lacina

Dr. Stephan Koren, Generaldirektor der Österreichischen Postsparkasse AG

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Dr. Norbert Rozsenich

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Ernst John, Dietrich Kerner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Netfig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Ruttenstorfer, Herbert Sausgruber, Gerhard Silberbauer, Richard Silvestri, Herwig van Staa, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Franz Vranitzky, Hubert Wipplinger, Josef Wöhner, Bruno Zluwa

Leiter: Helmut Kramer

Stellvertretende Leiter: Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biff, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Heinz Handler, Peter Huber, Ulrike Huebner, Gernot Hutschenreiter, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kletzian, Norbert G. Knoll, Angela Köppl, Kurt Kratena, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoefling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehswendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun-Krone, Monika Dusek, Sabine Fagner, Ursula Glauning, Lucia Glinsner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttmann, Andrea Hartmann, Julia Hudritsch, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppi-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thalhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Weillan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebmer

Herausgeber: Helmut Kramer
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •
Redaktion: Ilse Schulz •
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro
Heft: € 20,40 • Downloadpreis
pro Artikel: € 11,00

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches
Institut für Wirtschaftsforschung 2003

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Sie entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich.

Inhalt

723 ■ **Prognose für 2003 und 2004: Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage allmählich überwunden**

Markus Marterbauer

Österreichs Wirtschaft wächst im Jahr 2003 um 0,7% und damit im dritten Jahr in Folge deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt. Anders als in den Jahren 2001 und 2002 trägt allerdings heuer die Inlandsnachfrage das Wachstum. Konsum und Handel entwickeln sich ebenso wie Bau- und Ausrüstungsinvestitionen etwas günstiger als zuletzt. Die Aussichten für 2004 sind noch immer sehr vage. Sollte sich die etwas optimistischere Stimmung, die Unternehmens- und Verbraucherbefragungen in Europa in den letzten Monaten zeigen, in einer Erholung der Produktion bestätigen, dann könnte im Jahr 2004 eine leichte Konjunkturerholung einsetzen. Österreichs BIP würde dann real um 1,4% zunehmen. Das Wachstum bleibt in beiden Jahren zu schwach, um eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zu bewirken. Die Arbeitslosenquote wird leicht auf 7,1% der unselbständigen Erwerbspersonen steigen. Der Finanzierungssaldo des Staates beträgt in beiden Prognosejahren etwa -1% des BIP. Preisstabilität bleibt gewahrt, die Inflationsrate stabilisiert sich bei 1¼%.

740 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Konjunkturindikatoren für das Ausland • Wechselkurse • Weltmarkt-Rohstoffpreise • Kennzahlen für Österreich • Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 • Zahlungsbilanz • Tourismus • Außenhandel • Zinssätze • Landwirtschaft • Sachgütererzeugung • Bauwirtschaft • Binnenhandel • Verkehr • Bankenstatistik • Arbeitsmarkt • Preise und Löhne • Staatshaushalt • Soziale Sicherheit • Umwelt • Entwicklung in den Bundesländern

753 **Wirtschaftschronik**

Angelina Keil

755 **Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001**

Margit Schratzenstaller, Martin Falk, Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen

Die Konjunkturbelebungsprogramme 2001 und 2002 sehen zusätzliche öffentliche Ausgaben, vor allem im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, und Steuererleichterungen vor. Eine Unternehmensbefragung des WIFO ergibt einen hohen Bekanntheitsgrad der wichtigsten steuerlichen Maßnahmen (Forschungsfreibetrag bzw. -prämie, Bildungsfreibetrag bzw. -prämie, Lehrlingsprämie und Investitionszuwachsprämie). Allerdings sind Inanspruchnahme und tatsächliche Effekte sehr unterschiedlich. Die Infrastrukturausgaben und die zeitlich befristete Investitionszuwachsprämie erhöhen das österreichische BIP 2003 insgesamt um bis zu ¾%.

Inhalt

769

Verdienstentgang von Frauen mit Kindern

Hedwig Lutz

Frauen büßen einen erheblichen Teil ihres hypothetischen Einkommens ein, sobald sie Kinder haben. Bis das jüngste Kind erwachsen ist, erreicht dieser Verdienstentgang in Österreich rund 103.000 € bis 136.000 €, falls die Frau wieder erwerbstätig ist. Beendet eine Frau allerdings ihre Berufslaufbahn mit der Geburt des ersten Kindes, so verliert sie mehr als 200.000 €. Das Ausmaß des Verdienstausfalls ist geringer, wenn die Unterbrechung der Beschäftigung möglichst kurz ist. Deren Länge hängt u. a. von den Transferleistungsregelungen für Eltern von Kleinkindern ab. Die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten in den letzten Jahren trug dazu bei, dass die Unterbrechungen kürzer werden und der Einkommensausfall von Frauen mit Kindern im Kindergartenalter sinkt.

781

Verhaltene nominelle Einkommensentwicklung erfasst 2002 auch die Versicherungswirtschaft

Thomas Url

Die mittelfristige Verlagerung des Geschäftsschwerpunktes österreichischer Privatversicherer zur Lebensversicherung wurde 2002 unterbrochen. Der Rückgang der Einmalerläge in der Lebensversicherung wurde durch eine Zunahme der laufenden Prämieinnahmen nicht ausgeglichen. In der Krankenversicherung hatten Preiserhöhungen eine mäßige Steigerung der Prämieinnahmen zur Folge. Die Sanierung der Kfz-Versicherung schreitet voran. Die Verluste aus dem versicherungstechnischen Geschäft konnten 2002 dennoch nicht durch Kapitalerträge wettgemacht werden. Mit einer dynamischen Entwicklung der Prämieinnahmen baute die Schaden-Unfallversicherung ihre traditionell große Bedeutung wieder aus.

Summaries

737

Economic Outlook for 2003 and 2004: Weakness of Aggregate Demand to be Gradually Overcome

768

The Economic Stimulus Packages 2001 and 2002

780

Loss of Earnings Suffered by Women with Children

789

Weak Nominal Income Growth Impacts on the Insurance Sector in 2002

Online-Zugriff

■ <http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Alle Artikel seit 1998 im Volltext online verfügbar (PDF) • Seit 2003 als PDF- und als HTML-Version • Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten

Markus Marterbauer

Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage allmählich überwunden

Prognose für 2003 und 2004

Die heimische Wirtschaft wird im Jahr 2003 um nur 0,7% wachsen. Einzelhandel und Investitionen entwickeln sich relativ günstig. Hingegen haben sich Export und Sachgüterproduktion bislang nicht verbessert. In Europa zeigen Unternehmens- und Verbraucherbefragungen eine leichte Aufhellung der Erwartungen. Sollte sich die etwas optimistischere Stimmung in einer Erholung der Produktion bestätigen, dann könnte Österreichs BIP im kommenden Jahr real um 1,4% zunehmen.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO. • Abgeschlossen am 24. September 2003. E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft expandierte im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um nur 0,6%. Anders als in den Jahren 2001 und 2002 stabilisiert nun die Inlandsnachfrage die Konjunktur – dank einer verhalten, aber stetig steigenden Konsumnachfrage sowie leichter Zuwächse der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Die Zunahme des Exports schwächt sich hingegen merklich ab. Das Wirtschaftswachstum wird im Jahr 2003 zum dritten Mal in Folge deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt bleiben.

Die Aussichten für 2004 sind noch immer sehr vage. Im Euro-Raum fehlen eindeutige Hinweise auf einen Konjunkturaufschwung, das BIP stagniert saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal seit Ende 2002 (1. Halbjahr 2003 +0,5% gegenüber dem Vorjahr). Hingegen haben sich die Erwartungen einer weltweiten Erholung in den letzten Monaten gefestigt. Asien bildet den Wachstumspol der Weltwirtschaft, jüngst hat die Nachfragedynamik sogar die lahmende japanische Wirtschaft erfasst. Die Wirtschaft der USA wuchs im 1. Halbjahr um 2¼%, allerdings zum überwiegenden Teil aufgrund einer bedeutenden Ausweitung der Militärausgaben.

Eine Erholung der Nachfrage im Welthandel könnte Impulse für die Wirtschaft im Euro-Raum mit sich bringen. Im Sommer hat sich die Stimmung unter den Unternehmen leicht verbessert, selbst in Deutschland wird die Lage nun etwas zuversichtlicher eingeschätzt. Allerdings bleibt eine Reihe von wachstumsbremsenden Kräften wirksam: Das nach wie vor hohe Niveau des Dollar-Euro-Wechselkurses belastet Export und Investitionen. Die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge – die Schlüsselgröße der Konjunktur – beleben sich wegen der niedrigen Kapazitätsauslastung noch nicht. Expansive Signale der EU-Wirtschaftspolitik fehlen. Solange die Binnennachfrage nicht merklich anzieht, wird sich die Konjunktur nur zögernd aus der seit drei Jahren anhaltenden Stagnation erholen. Ein markanter Aufschwung ist nicht in Sicht. Das Wirtschaftswachstum dürfte im Jahr 2004 im Euro-Raum bei etwa 1½% und in Deutschland bei 1% liegen.

Die Nachfrage nach österreichischen Exportgütern entwickelt sich aufgrund der Schwäche der Binnennachfrage in der EU und in den Beitrittsländern sehr verhalten. Dazu kommen geringe Marktanteilsverluste für die heimischen Exporteure. Der Anstieg des real-effektiven Wechselkurses (2003 +2%) kann kurzfristig durch das rege Produktivitätswachstum in der Sachgütererzeugung, das durch einen markanten Beschäftigungsabbau zustande kommt, nicht ausgeglichen werden. Die relativen Lohnstückkosten steigen gegenüber den Handelspartnern etwas, längerfristig da-

gegen haben sie sich markant verringert (1995/2002 -15%). Das Wachstum der Warenexporte verlangsamt sich merklich, es beträgt heuer real nur noch 2%. Im kommenden Jahr sollte eine langsame Erholung der Nachfrage bei den Handelspartnern für eine leichte Verbesserung sorgen (+3¼%). Auch der Reiseverkehr leidet unter der schlechten Wirtschaftsentwicklung in Europa. Für heuer zeichnet sich eine Stagnation der realen Deviseneinnahmen ab.

Die Rahmenbedingungen für einen endogenen Investitionsaufschwung bleiben vorerst ungünstig. Die Kapazitätsauslastung liegt deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt, die Absatzerwartungen der Unternehmen weisen noch nicht eindeutig aufwärts. Dennoch dürften die Ausrüstungsinvestitionen das Vorjahresniveau heuer um mindestens 2% übersteigen. Die bis Jahresende befristete Investitionszuwachsprämie veranlasst die Unternehmen zwar kaum zu dauerhaft erhöhten Investitionen, lässt sie aber für 2004 geplante Projekte vorziehen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

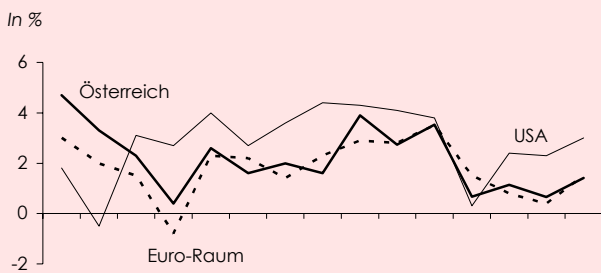
		1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4
Nominell		+ 3,4	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,7
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real		+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 1,0	± 0,0	+ 2,0
Private Konsumausgaben, real		+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,6	+ 1,7	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾		+ 4,9	+11,8	- 2,9	- 9,3	+ 2,0	+ 2,0
Bauten		+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 7,7	+13,1	+ 7,5	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,8
Nominell		+ 7,0	+15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 2,0	+ 3,3
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 6,9	+10,9	+ 5,7	- 1,2	+ 2,3	+ 3,8
Nominell		+ 6,7	+14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 2,0	+ 3,3
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 6,33	- 5,36	- 4,11	+ 0,95	- 0,03	- 0,39
	in % des BIP	- 3,2	- 2,6	- 1,9	+ 0,4	- 0,0	- 0,2
Sekundärmarkttrendite ⁴⁾	in %	4,7	5,6	5,1	5,0	4,1	4,3
Verbraucherpreise		+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,2
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		4,0	3,7	3,6	4,3	4,3	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,5
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 2,3	- 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 1,0	- 1,2

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. - ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. - ³⁾ Laut Statistik Austria. - ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). - ⁵⁾ Laut Eurostat. - ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. - ⁷⁾ Unselbständig Beschäftigte ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienler.

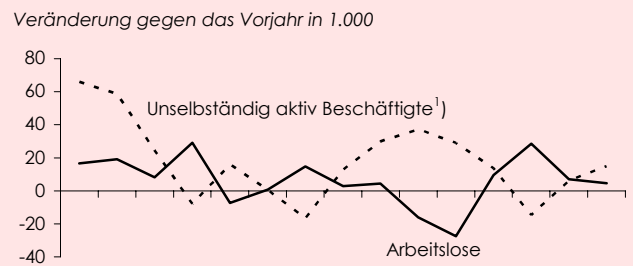
Für die Sachgütererzeugung liegen seit Jahresbeginn keine Daten von Statistik Austria vor; der WIFO-Konjunkturtest deutet auf einen Rückgang im 1. Halbjahr hin. Die Produktion dürfte im 1. Halbjahr um ½% unter dem Niveau des Vorjahres gelegen sein. Angesichts der ungünstigen Entwicklung im Export ist für den Jahresdurchschnitt bestenfalls eine Stagnation zu erwarten. Die Unternehmen geben an, ihre Lager nicht weiter abzubauen. Dies könnte ein erster Hinweis auf eine bevorstehende Erholung der Produktion sein. Für das kommende Jahr wird mit einem Produktionszuwachs von 2% gerechnet. Da die Produktion überwiegend nachfrageseitig beschränkt ist, dürfte die Tatsache, dass 2004 um 3 Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als 2003, keine merklichen Auswirkungen haben. Leicht positive Effekte in der Sachgütererzeugung dürften gesamtwirtschaftlich durch eine Abnahme der Wertschöpfung im Tourismussektor kompensiert werden.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

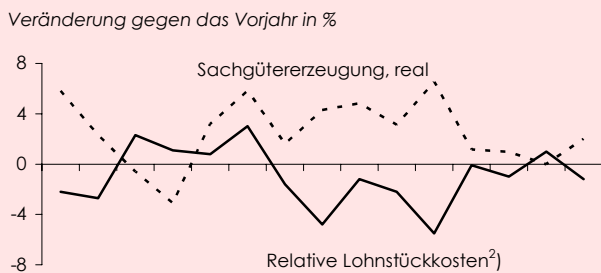
Wirtschaftswachstum



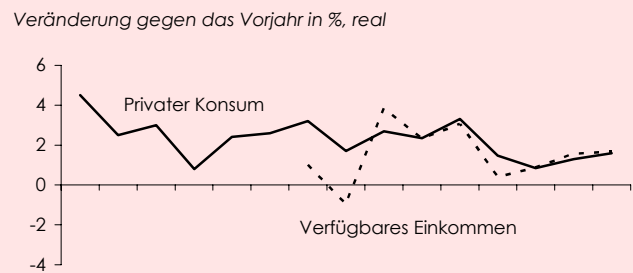
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



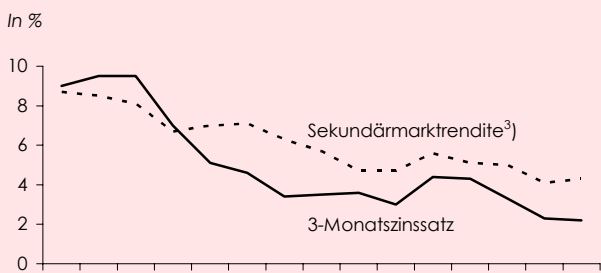
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



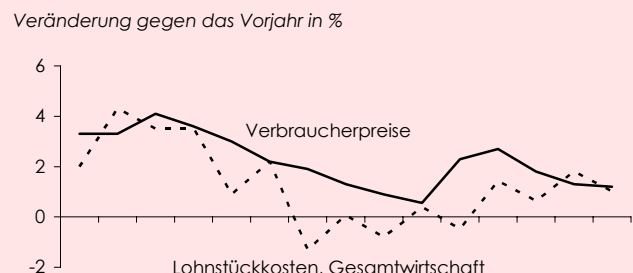
Konsum und Einkommen privater Haushalte



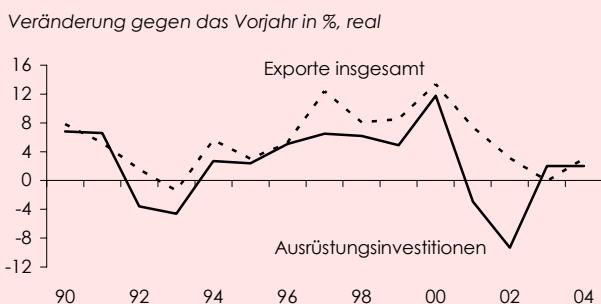
Kurz- und langfristige Zinssätze



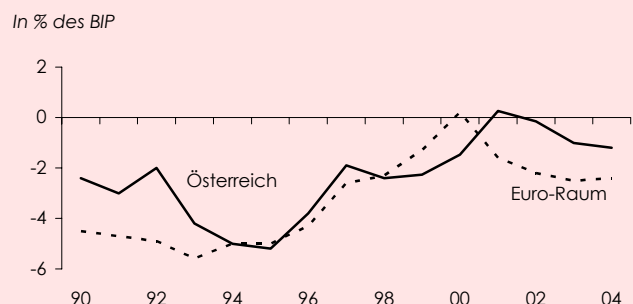
Preise und Lohnstückkosten



Export und Investitionen



Finanzierungssaldo des Staates



¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Deutlich kräftiger als im vergangenen Jahr zeigen sich heuer die Bauinvestitionen. Die Ausweitung des Finanzierungsrahmens für SCHIG und Asfinag schlägt sich in einer Zunahme der Investitionen im Tiefbau um 15% nieder. Auch die im Wohnungsbau tätigen Unternehmen zeigen sich nach einer langen Flaute wieder optimistischer. Der Bedarf an Wohnungen hat zugenommen, und die Bewilligungen im geförderten Wohnbau beginnen zu steigen. Dank der Expansion im Tiefbau geht die

Bauproduktion heuer nicht mehr zurück, sie dürfte im Jahresdurchschnitt real um 1,4% höher sein als im Vorjahr. Für das kommende Jahr wird ein Wachstum von 1,7% erwartet. Der antizyklische Einsatz von langfristig sinnvollen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur stützt die Konjunktur. Die Wirtschaftspolitik sollte angesichts des hohen Anteils des Bausektors am BIP allerdings darauf achten, dass die öffentlichen Anreize in der nächsten Hochkonjunkturphase wieder restriktiver gehandhabt werden.

Nachdem die Binnennachfrage in den Jahren 2001 und 2002 das Wirtschaftswachstum merklich gedämpft hat, werden für heuer positive Impulse erwartet. Neben der günstigeren Entwicklung der Investitionen trägt dazu auch der private Konsum bei: Er expandiert mit real +1,3% zwar deutlich langsamer als im langfristigen Durchschnitt (+2¼%), aber merklich rascher als die Gesamtwirtschaft. Die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer dürften heuer erstmals seit zwei Jahren nicht sinken, und das Wachstum der verfügbaren Einkommen festigt sich etwas. Neben der niedrigen Inflation (2003 und 2004 jeweils 1¼%) trägt dazu auch die Ausweitung von Transfers (vor allem Kinderbetreuungsgeld) bei. Der Handel kann in beiden Jahren mit guten Umsatzsteigerungen rechnen (reale Wertschöpfung 2003 +2%, 2004 +2¼%). Gekürzt werden vor allem Reiseausgaben im Ausland (2003 -3%), nicht hingegen die Anschaffung von Pkw. Der Sparanteil am verfügbaren Einkommen erhöht sich leicht.

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich keine Trendwende ab. Die Zahl der Arbeitslosen steigt heuer auf 239.000 und im Jahr 2004 auf 244.000. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,1% der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnung und 4,4% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Die Zunahme der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 6.000 heuer und 15.000 im Jahr 2004 hat zu einem guten Teil institutionelle Gründe: Zu den Beschäftigten werden auch jene Personen in Altersteilzeit gerechnet, die ihre Freizeitphase bereits geblockt in Anspruch nehmen, aber noch im Personalstand der Unternehmen sind. Dies erhöht statistisch die Zahl der Beschäftigten 2003 um 2.500 und 2004 um 5.000. An Schulungen nehmen heuer um etwa 8.000 Arbeitslose mehr teil als im Vorjahr, ein Teil von ihnen wird als beschäftigt erfasst. Zu Jahresbeginn wurde die längst fällige Erleichterung des Zugangs von ausländischen Arbeitskräften mit längerer Aufenthaltsdauer zum Arbeitsmarkt gewährt. Das ermöglicht vor allem Frauen und Jugendlichen die Beschäftigungsaufnahme. Die Zahl der beschäftigten Ausländer erhöht sich 2003 und 2004 um jeweils etwa 15.000.

Das Wachstum der Steuereinnahmen bleibt trotz einer günstigen Entwicklung des Aufkommens an Umsatzsteuer heuer merklich unter jenem des nominellen BIP, hingegen steigen die Staatsausgaben rascher. Der Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition dürfte somit heuer bei -1% und im kommenden Jahr bei -1,2% des BIP liegen.

Die Weltwirtschaft und der Welthandel expandieren heuer mit jeweils etwa +3% kaum rascher als 2002. Die Dynamik bleibt somit merklich unter dem langfristigen Durchschnitt. Allerdings zeigen sich zwischen den großen Regionen der Weltwirtschaft erhebliche Unterschiede. Asien bildet den wichtigsten Wachstumsmotor der Weltwirtschaft. Die chinesische Wirtschaft erreicht eine Rate von +7% bis +8% pro Jahr. Hier zählt die strenge Kapitalverkehrsregulierung zu den erfolgreichen Rahmenbedingungen, die entscheidend halfen, sich gegenüber den Krisenphänomenen der Weltwirtschaft abzuschotten.

Auch Südkorea, Taiwan und die anderen "Tigerstaaten" haben zu den vor der Wirtschafts- und Finanzkrise 1997/98 gewohnten Wachstumsraten zurückgefunden. Im 1. Halbjahr 2003 zeigte selbst die lahrende japanische Konjunktur zum ersten Mal seit drei Jahren Anzeichen einer nennenswerten Erholung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Neben einer Verbesserung von Investitionen und Konsum trug dazu auch der rege Export nach China und Südostasien bei. Das BIP dürfte heuer um knapp 2% expandieren. Allerdings bleibt abzuwarten, ob in Japan ein anhaltender Konjunkturaufschwung in Gang kommt – die Deflation ist noch nicht überwunden,

Asien bildet Wachstumspol der Weltwirtschaft

In Asien expandiert die Wirtschaft weiterhin kräftig. Zuletzt wurde sogar Japan von einer Nachfragebelebung erfasst.

und eine stärkere Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar könnte die Auftriebskräfte rasch wieder bremsen.

In den USA wuchs die Wirtschaft im 1. Halbjahr mit einer Rate von 2¼% gegenüber dem Vorjahr. Die Frühindikatoren haben sich in den letzten Monaten verbessert. Dazu trägt die expansive Fiskal- und Geldpolitik entscheidend bei. Das Staatsdefizit liegt heuer bei etwa 6% des BIP, der überwiegende Teil geht auf die drastische Anhebung der Militärausgaben zurück. Diese war im II. Quartal für zwei Drittel des gesamten Wachstums des BIP gegenüber dem Vorquartal maßgebend. Die Ausweitung der Rüstungsausgaben ist in Bezug auf Wachstums- und Wohlfahrtseffekte zwar merklich ineffizienter als andere Verwendungen, dennoch werden die private Produktion und die Nachfrage angeregt. Allerdings bleibt – auch angesichts der ungünstigen Situation der öffentlichen Haushalte – offen, wie lange das hohe Ausgabeniveau aufrechterhalten wird. Die markanten Steuersenkungen tragen zur Ausweitung des Budgetdefizits bei. Die Nachfrageeffekte dürften aufgrund der starken Konzentration der Maßnahmen auf die oberen Einkommenschichten verhalten sein. Die Federal Reserve hält die kurzfristigen Zinsen auf einem historischen Tiefstand, die kurzfristigen Realzinsen sind deshalb negativ. Sie sieht nach wie vor Deflationsgefahren. In den letzten Monaten sind die langfristigen Zinsen aber deutlich gestiegen. Die positiven Auswirkungen der expansiven Wirtschaftspolitik zeigen sich in einer günstigeren Stimmung der Konsumenten, anhaltend starker Konsumnachfrage und steigender Industrieproduktion.

Konjunkturerholung mit Risiken in den USA

In den USA hat sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vor allem aufgrund stark steigender Militärausgaben verbessert. Das Wirtschaftswachstum wird heuer 2¼% und im Jahr 2004 3% erreichen. Allerdings sind die Risiken eines Rückschlags erheblich.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,2	+ 3,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,4	+ 2,0
USA	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,0
Japan	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,3
EU	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,5
Euro-Raum	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,5
Deutschland	+ 2,0	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,2	± 0,0	+ 1,0
Ost-Mitteleuropa ¹⁾	+ 3,3	+ 4,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,8
Asien (ohne Japan)	+ 6,7	+ 6,8	+ 4,9	+ 6,0	+ 4,5	+ 5,0
Welthandel, real	+ 6,0	+ 12,7	± 0,0	+ 2,5	+ 3,3	+ 5,0
OECD-Exporte	+ 5,7	+ 12,0	- 0,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 4,5
Intra-OECD-Handel	+ 7,8	+ 11,4	- 0,9	± 0,0	+ 2,3	+ 3,5
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 7,4	+ 13,1	+ 2,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 4,0
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+ 9,0	+ 31,0	- 10,0	+ 1,0	+ 14,0	- 9,0
Ohne Rohöl	- 10,0	+ 3,0	- 6,0	- 1,0	+ 3,0	± 0,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	17,3	28,0	23,6	24,1	29,0	25,0
Wechselkurs \$ je Euro	1,067	0,924	0,896	0,945	1,10	1,10

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis, 2000 = 100. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Bislang ist jedoch noch kein selbsttragender Investitionsaufschwung in Gang gekommen. Kapazitätsauslastung und Gewinne liegen unter dem langfristigen Durchschnitt. Ein besonderes Risiko für die Konjunktur bildet die Überbewertung auf den Immobilienmärkten: Häuser- und Wohnungspreise sind drastisch gestiegen, ein Preisrückgang zeichnet sich bislang nicht ab. Ein Platzen der spekulativen Blase würde erhebliche Finanzierungsprobleme auslösen. Der Arbeitsmarkt reagiert vorerst nicht auf die günstigere Produktionsentwicklung: Die Zahl der Beschäftigten sinkt seit mehr als zwei Jahren, die Arbeitslosenquote ist auf 6,2% der Erwerbstätigen gestiegen.

Die Wirtschaft wuchs im Euro-Raum im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um nur ½% (EU +¾%). Saisonbereinigt stagniert das BIP gegenüber dem Vorquartal seit dem IV. Quartal 2002. Dazu trägt die anhaltende Flaute der Investitionen wesentlich bei. Kapazitätsauslastung, Gewinne und Absatzerwartungen sind zu schwach, um die Unternehmen trotz des relativ niedrigen nominellen Zinsniveaus zu einer Ausweitung

Hartnäckiger Wachstumsrückstand in Europa

der Investitionen zu veranlassen. Angesichts rückläufiger Erzeugerpreise erscheint das Realzinsniveau für viele Branchen nicht günstig. Überdies schlägt sich die Aufwertung des Euro zunehmend in einer Dämpfung des Wirtschaftswachstums nieder. Der Wechselkurs war zuletzt mit etwa 1,10 \$ je Euro um etwa 15% höher als im Jahresdurchschnitt 2002. Dies bremst den europäischen Export und die Investitionen. Laut Eurogrowth-Indikator wird das BIP im Euro-Raum im 2. Halbjahr durch den hohen Wechselkurs um 0,6 Prozentpunkte gedämpft. Eine Fortschreibung des Wechselkurses vom August lässt für den Durchschnitt 2003/04 eine Relation von 1,1 \$ je Euro annehmen. Dies ist um etwa 4% niedriger, als das WIFO in seiner Juni-Prognose unterstellte. Wegen der leichten Verbesserung werden Export, Investitionen und BIP im Euro-Raum für das kommende Jahr etwas günstiger beurteilt als in der Sommer-Prognose.

Im Euro-Raum wächst die Wirtschaft 2003 – im dritten Jahr der Wirtschaftskrise – um nur ½% gegenüber dem Vorjahr. Etwas günstigere Stimmungskennzeichen könnten eine Erholung im kommenden Jahr andeuten. Allerdings bleiben mehrere wachstumsdämpfende Kräfte wirksam.

Im Gegensatz zu Export und Investitionen war die Nachfrage im Einzelhandel im 1. Halbjahr 2003 lebhaft. Das von der Europäischen Kommission erhobene Konsumentenvertrauen hat sich in den letzten Monaten erholt, vor allem in den großen Mitgliedsländern. Das Wachstum des Konsums bleibt zwar merklich unter dem langfristigen Durchschnitt, bildet aber dennoch ein wichtiges Element der Stabilisierung in einer insgesamt stagnierenden Wirtschaft.

Jüngst haben sich auch die Hinweise auf eine Aufhellung der Stimmung in den Unternehmen verstärkt. Der ifo-Geschäftsklimaindex zeigt seit zwei Monaten auch in Bezug auf die aktuelle Produktionsentwicklung in Deutschland eine leichte Verbesserung. Der von Reuters erhobene Einkaufsmanagerindex lässt für den Euro-Raum etwas günstigere Werte als zuletzt erkennen. Allerdings bleibt abzuwarten, ob sich der Stimmungsumschwung tatsächlich in einer Ausweitung der Auftragseingänge, der Produktion und der Investitionen niederschlägt. Bislang fehlen dafür noch deutliche Anzeichen. Dies gilt vor allem für Deutschland: Die deutschen Konjunkturinstitute zeigen sich für das kommende Jahr optimistisch und erwarten eine Steigerung des BIP zwischen 1½% und 2%. Begründet werden die Prognosen mit positiven Nachfrageeffekten von bis zu ¼% des BIP durch das Vorziehen der Senkung der Einkommensteuer auf das Jahr 2004, mit höheren Investitionen aufgrund der Reformen im Rahmen der Agenda 2010 und einem positiven Produktionseffekt von gut ½% durch die höhere Zahl der Arbeitstage. Alle diese Argumente sind aber mit Fragezeichen zu versehen: Die zu erwartende weitgehende Gegenfinanzierung der Steuersenkung durch Ausgabenkürzungen und die Konzentration auf die oberen Einkommenschichten dürften bewirken, dass insgesamt keine zusätzlichen Nachfrageeffekte entstehen, die Reformen im Sozialbereich wirken unmittelbar eher nachfragedämpfend, und eine Ausweitung der Zahl der Arbeitstage sollte in einer kurzfristig nachfrageseitig beschränkten Wirtschaft keine nennenswerten BIP-Effekte auslösen.

Die Stagnation des BIP belastet Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte. Die Arbeitslosenquote steigt im Euro-Raum kontinuierlich, sie erreichte im Juli saisonbereinigt 8,9%. Diese Aufwärtstendenz wird anhalten, solange das Wirtschaftswachstum unter 2% bleibt. Die Budgetdefizite nehmen kräftig zu. Vor allem aufgrund der deutlichen Verschlechterung der Finanzlage in Frankreich, Deutschland und Italien wird der Euro-Raum heuer einen Saldo der öffentlichen Haushalte von mehr als –3% des BIP aufweisen. Dies ist weniger die Folge aktiver Maßnahmen zur defizitfinanzierten Konjunkturstimulierung, sondern das passive Ergebnis schwacher Steuereinnahmen und höherer Ausgaben für Arbeitslosigkeit.

EU-Wirtschaftspolitik gefordert

Die Wirtschaftspolitik der Eurozone war bislang nicht in der Lage, eine wirkungsvoll koordinierte Strategie zur Bekämpfung der seit Ende 2000 anhaltenden Nachfrageschwäche zu entwickeln. Die wirtschaftspolitischen Bemühungen konzentrierten sich auf Ausgabenkürzungen im öffentlichen Dienst, im Infrastruktur- und Sozialbereich. Daneben sind Flexibilisierung und Liberalisierung erkennbare Elemente einer europäischen Strategie. Das Phänomen des Nachfragemangels und die Anhebung des Wachstumspfades werden von der Wirtschaftspolitik hingegen nicht als Herausforderung angesehen. Der Konjunkturpolitik der Teilnehmerländer der Währungsunion sind durch Verpflichtungen des Stabilitätspaktes und durch die Offenheit der nationalen Wirtschaftsräume zum Teil die Hände gebunden. Die EU-Länder außerhalb der Wäh-

rungsunion haben wirkungsvolle expansive Signale gesetzt: In Großbritannien wurde der öffentliche Konsum merklich ausgeweitet, um das Erziehungs- und Gesundheitswesen zu modernisieren. Die schwedische Regierung hat die öffentlichen Investitionen markant erhöht. Beide Schritte wirken dem Nachfrageeinbruch entgegen. Das BIP wächst in beiden Ländern heuer wie schon in den letzten Jahren rascher als im Durchschnitt des Euro-Raumes.

Ein deutlich größerer Spielraum als auf nationalstaatlicher Ebene besteht für eine expansive Politik aber auf EU-Ebene. Die Absicht der Europäischen Kommission, auf Basis der Vorschläge der "Van-Miert-Gruppe" und in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank eine Erhöhung der öffentlichen Investitionen in die Wege zu leiten, ist insbesondere auf eine langfristige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgerichtet. Hier gilt es sicherzustellen, dass die im Rahmen der "Lissabon-Strategie" besonders betonten Humaninvestitionen in Bildung, Forschung und soziale Kohäsion nicht gegenüber materiellen Investitionen in den Hintergrund treten. Kurzfristig können Investitionen in die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sinnvolle Impulse geben. Eine EU-Wachstumsinitiative würde zum einen ein wichtiges Signal dafür geben, dass die Wirtschaftspolitik der Krise nicht mehr passiv gegenübersteht – eine aktive Wirtschaftspolitik kann dazu beitragen, die Erwartungen von investierenden Unternehmen und konsumierenden Haushalten zu stabilisieren. Zum zweiten sind Planung und Bauvorbereitung für viele Investitionsprojekte abgeschlossen, eine rasche Behebung der Finanzierungsbeschränkungen könnte deshalb nachfragewirksame Vorzieheffekte auslösen.

Die Erweiterung der EU um 10 neue Mitgliedsländer tritt am 1. Mai 2004 in Kraft. Kurzfristig können davon keine nennenswerten Wachstumseffekte erwartet werden. Mittelfristig bringt dieser Schritt aber ein erhebliches Potential. Es liegt sowohl in der Notwendigkeit der Modernisierung des Kapitalstocks als auch in den unbefriedigten Konsumbedürfnissen in den neuen Mitgliedsländern. Ein rascher Aufholprozess würde auch für die "alten" EU-Länder erhebliche Nachfrageeffekte mit sich bringen. In den letzten Jahren wuchs die Wirtschaft der Beitrittsländer allerdings sehr verhalten, das BIP erhöhte sich um nur gut 1 Prozentpunkt pro Jahr rascher als im EU-Durchschnitt. Derzeit liegt das Wirtschaftswachstum vor allem in Tschechien merklich unter jenem der anderen ostmitteleuropäischen Länder.

In den Beitrittsländern erreicht das BIP pro Kopf im Durchschnitt nicht einmal die Hälfte des Niveaus der EU-Länder. Maßnahmen zur Beschleunigung des Aufholprozesses könnten ein wesentliches Element einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik der EU bilden. Dazu bedarf es einer Ausweitung öffentlicher und privater Investitionen aus der EU in den neuen Mitgliedsländern.

Nach dem markanten Rückstand im Jahr 2001 dürfte Österreichs Wirtschaft im vergangenen Jahr etwas rascher gewachsen sein als der EU-Durchschnitt. Dazu trug ausschließlich der positive Außenbeitrag bei. Während die Inlandsnachfrage und die Importe zurückgingen, entwickelte sich der Export nach vorliegenden Daten relativ günstig. Laut Statistik Austria verbesserte sich die Handelsbilanz von 2001 auf 2002 um fast 5 Mrd. € und erreichte erstmals einen Überschuss. Auch die Leistungsbilanz drehte ins Aktivum. Allerdings ist die rege Exportnachfrage in Österreich sowohl in Relation zur schwachen Sachgütererzeugung als auch zur Entwicklung der Ausfuhr in anderen Ländern sehr überraschend. Auf Ungereimtheiten in der Leistungsbilanz weist auch die hohe statistische Differenz hin. Die schwierigere Erfassung von außenwirtschaftlichen Daten innerhalb des EU-Binnenmarktes und die Beschleunigung des Prozesses der Datenerhebung könnte die Qualität der Statistiken beeinträchtigen. Damit ist die Basis für die Prognose der Jahre 2003 und 2004 recht unsicher. Die Beurteilung der aktuellen Konjunkturlage wird zusätzlich dadurch erschwert, dass noch immer keine Produktionswerte für die konjunktursensitive Sachgütererzeugung und die Bauwirtschaft im laufenden Jahr vorliegen.

Die europäische Wirtschaftspolitik hat auf den Konjunkturunbruch seit Ende 2000 nicht ausreichend reagiert. Notwendig wären vor allem Maßnahmen zur Belebung der materiellen und immateriellen Investitionen, die kurz- und langfristige positive Wachstumseffekte auslösen könnten.

Wirtschaftliche Potentiale der EU-Erweiterung nicht ausreichend genutzt

Wachstumsschwäche hält an

Das BIP wächst heuer real um nur 0,7%. Erstmals seit zwei Jahren stabilisiert die Inlandsnachfrage die Entwicklung. Ausgehend von einem Ende der Flaute in Westeuropa könnte im kommenden Jahr eine allmähliche Verbesserung der Wirtschaftslage einsetzen. Über deren Ausmaß besteht erhebliche Unsicherheit.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	4,62	4,55	4,55	4,55	- 0,7	- 1,5	± 0,0	± 0,0
Energie- und Wasserversorgung	40,61	41,00	41,00	41,82	+ 1,3	+ 1,0	± 0,0	+ 2,0
Bauwesen	5,41	5,92	5,95	6,00	+ 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 1,0
Handel ²⁾	13,36	13,42	13,60	13,84	- 4,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7
Handel ²⁾	24,41	24,79	25,29	25,87	- 0,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,3
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,58	7,50	7,58	+ 5,9	+ 2,1	- 1,0	+ 1,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,98	14,15	14,22	14,29	- 0,9	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,5
Kreditinstitute und Versicherungen	13,53	12,91	12,91	13,04	- 0,5	- 4,6	± 0,0	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	28,87	29,45	29,89	30,48	+ 4,3	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,70	11,66	11,61	11,55	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen	24,79	25,03	25,15	25,35	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	188,69	190,45	191,66	194,37	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,94	202,26	205,13	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Das WIFO erwartet für heuer weiterhin ein Wachstum des BIP von real 0,7%. Darin spiegelt sich vor allem die Abschwächung der Konjunktur in Europa. Die sehr zurückhaltende Expansion der Nachfrage der Handelspartner drückt den heimischen Warenexport und die Sachgüterproduktion. Die Inlandsnachfrage stabilisiert die Konjunktur heuer wieder. Dazu trägt die günstigere Entwicklung von Konsum und Einzelhandel ebenso bei wie die Verbesserung im Bereich der Bauinvestitionen – hier werden ebenso wie im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen Effekte der Konjunkturpakete der vergangenen Jahre wirksam. Die Förderung der Investitionen lässt Österreichs Wirtschaft heuer um etwa ¼ Prozentpunkt rascher wachsen als jene des Euro-Raumes. Zum Teil sind dies allerdings Vorzieheffekte, im Jahr 2004 wird die Nachfrage gedämpft.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	148,90	150,02	151,30	152,94	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1
Private Haushalte ¹⁾	111,88	112,83	114,30	116,13	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6
Staat	37,02	37,18	37,00	36,81	- 0,5	+ 0,4	- 0,5	- 0,5
Bruttoinvestitionen	46,02	43,44	43,84	44,61	- 4,0	- 5,6	+ 0,9	+ 1,8
Bruttoanlageinvestitionen	45,97	43,87	44,60	45,41	- 2,2	- 4,6	+ 1,7	+ 1,8
Ausrüstungen ²⁾	21,21	19,24	19,62	20,01	- 2,9	- 9,3	+ 2,0	+ 2,0
Bauten	24,76	24,63	24,98	25,40	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7
Vorratsveränderung ³⁾	0,05	- 0,43	- 0,75	- 0,80				
Statistische Differenz	0,48	- 0,27	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	195,40	193,18	195,14	197,55	- 0,1	- 1,1	+ 1,0	+ 1,2
Exporte	107,04	110,38	110,30	113,62	+ 7,4	+ 3,1	- 0,1	+ 3,0
Reiseverkehr	10,40	10,58	10,58	10,69	+ 5,4	+ 1,8	± 0,0	+ 1,0
Minus Importe	103,76	102,62	103,18	106,04	+ 5,9	- 1,1	+ 0,5	+ 2,8
Reiseverkehr	8,35	8,03	7,79	7,79	+ 5,1	- 3,8	- 3,0	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,94	202,26	205,13	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4
Nominell	211,86	216,76	222,34	228,33	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,7

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Im kommenden Jahr sollten die wichtigsten Impulse von der Auslandsnachfrage ausgehen. Das Ausmaß der Konjunkturbelebung bei den europäischen Handelspartnern ist derzeit schwierig einzuschätzen. Das WIFO geht von einer verhaltenen Erholung aus. In jüngster Zeit zeichnete sich eine Aufhellung der Stimmung bei wich-

tigen Handelspartnern ab. Auch von den Börsen kommen optimistischere Signale. Allerdings bleibt das Niveau des Wechselkurses des Euro gegenüber dem Dollar ungünstig, und der Druck zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte lässt negative Nachfrageimpulse vom öffentlichen Sektor erwarten. Deshalb ist auf eine nur zögernde Erholung des österreichischen Exports zu schließen. Investitionen und Sachgüterproduktion beleben sich zaghaft. Auch die Expansion der Nachfrage der privaten Haushalte dürfte unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Das WIFO erwartet unter diesen Rahmenbedingungen für das Jahr 2004 ein Wirtschaftswachstum von etwa 1½%. Dies ist zu wenig, um den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte zu entlasten.

Ein optimistischeres Szenario könnte von einer kräftigeren Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in den USA ausgehen. Dies könnte den Dollar auf den Devisenmärkten stärken, somit Europas Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten erhöhen und die EU zu einem attraktiveren Investitionsstandort machen. Eine aktivere Wachstumspolitik der Europäischen Union hätte erhebliche Spielräume, der Binnennachfrage die dringend benötigten zusätzlichen Impulse zu verleihen. Dieses Szenario ist nicht auszuschließen, erscheint aber derzeit weniger wahrscheinlich.

Österreichs Warenexporte überstiegen das Vorjahresniveau im I. Quartal nominell noch um 5%. Im II. Quartal weist Statistik Austria vorläufig einen Rückgang um 4% aus. Selbst wenn die jüngsten Monatswerte noch nach oben revidiert werden, kommt darin die deutliche Abschwächung im Export zum Ausdruck. Die Ausfuhr in den EU-Binnenmarkt stagniert. Dies ist vor allem eine Folge der Schwäche der Binnennachfrage bei den wichtigsten Handelspartnern (Deutschland und Italien). Die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar belastet die heimischen Exportunternehmen vor allem indirekt – sie trifft die deutsche Exportwirtschaft, zu der die österreichischen Betriebe enge Zulieferbeziehungen unterhalten.

Kaum Impulse vom Export

Die Expansion der Warenausfuhr hat sich in den letzten Monaten merklich verlangsamt. Zur anhaltenden Nachfrageschwäche wichtiger Handelspartner kommen die zunehmenden Auswirkungen des ungünstigen Wechselkursniveaus.

Übersicht 5: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0
Vollzeitäquivalent	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	+ 1,0	+ 0,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,8
Netto	+ 0,5	+ 1,5	- 1,0	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 3,7	+ 4,5	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,3
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	+ 0,4	- 0,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,8	+ 1,0
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 1,2	- 4,5	+ 1,8	- 0,9	- 0,3	- 0,8
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 2,2	- 5,5	- 0,1	- 1,0	+ 1,0	- 1,2
Gegenüber Deutschland	- 0,8	- 1,8	+ 0,1	- 0,7	- 1,2	- 1,4
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 0,6	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,6	+ 0,5
Real	- 1,3	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,2	+ 0,4

¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Seit Jahresbeginn zeigt sich auch die Ausfuhr nach Ost-Mitteleuropa schwächer. In einigen Transformationsländern bremst die real-effektive Aufwertung gegenüber dem Euro die Expansion der Wirtschaft und damit die Nachfrage nach Importgütern. Österreichs Betriebe dürften in Ost-Mitteleuropa aber auch Marktanteile verlieren. Dies könnte damit zusammenhängen, dass nach den großen Anfangserfolgen der heimischen Exporteure in den neunziger Jahren nun zunehmend Unternehmen aus anderen Ländern die Märkte der Beitrittsländer beliefern. Kurzfristig könnte auch eine Substitution von Warenexporten durch Direktinvestitionen eine Rolle spielen. Hingegen können die heimischen Exporteure ihre Lieferungen nach Südosteuropa

erfolgreich steigern. In Kroatien, Serbien, Rumänien und Bulgarien gewinnen sie Marktanteile.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft ist weiterhin günstig. Kurzfristig beeinträchtigt aber die Aufwertung des Euro die Konkurrenzsituation. Der real-effektive Wechselkurs der Industriewaren liegt heuer um gut 2% über dem Niveau des Vorjahres. Dies kann durch starkes Produktivitätswachstum (+3%) nicht rasch ausgeglichen werden. Die relativen Lohnstückkosten erhöhen sich heuer gegenüber den Handelspartnern um 1%. Sie sind damit aber immer noch um etwa 15% geringer als Mitte der neunziger Jahre.

Die Warenausfuhr dürfte im Jahresdurchschnitt 2003 real um 2% höher ausfallen als im Vorjahr. Für das kommende Jahr wird eine Rate von +3% erwartet. Aufgrund der niedrigen Produzentenpreise und des scharfen Wettbewerbs können die Unternehmen ihre Exportpreise nicht erhöhen.

Ausrüstungs- investitionen stärker als erwartet

Die bis Jahresende begrenzte Steuerprämie veranlasst die Unternehmen, Investitionen vorzuziehen. Ein endogener Investitionsaufschwung ist angesichts der geringen Kapazitätsauslastung nicht zu erwarten. Allerdings könnten Ersatzinvestitionen an Bedeutung gewinnen.

Laut vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stiegen die Ausrüstungsinvestitionen einschließlich sonstiger Anlagen im 1. Halbjahr real um 1,5% gegenüber dem Vorjahr; dazu trugen vor allem die Anschaffungen von Kraftfahrzeugen bei. Dies ist mehr, als nach dem WIFO-Investitionstest vom Juni zu erwarten war. Zwar meldete die Fahrzeugindustrie eine merkliche Ausweitung der Kapazitäten, die anderen Branchen zeigten sich angesichts der ungünstigen Kapazitätsauslastung aber unsicher und tendierten dazu, Investitionsprojekte weiter aufzuschieben. Die Einführung einer bis Jahresende 2003 befristeten Investitionszuwachsprämie von 10% dürfte heuer die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen jedoch merklich stützen. Die Wirkungen werden im 2. Halbjahr noch deutlicher spürbar sein. Allerdings dürften damit zu einem guten Teil nicht zusätzliche Investitionen, sondern primär Mitnahmeeffekte für notwendige Ersatzinvestitionen ausgelöst werden. Heuer erhöht das Vorziehen von Investitionsprojekten das BIP um etwa ¼%. Die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge dürften real um mindestens 2% ausgeweitet werden. Im kommenden Jahr fehlen diese Investitionen. Für 2004 kann nur bei einer markanten Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mit einem dynamischen Investitionsaufschwung gerechnet werden. Diese zeichnet sich derzeit nicht ab. Deshalb wird das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen kaum höher sein als heuer.

Das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Investitionen ist in den letzten Jahren bemerkenswert gesunken: Betragen die Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2000 noch 24% des BIP, so machen sie heuer nur knapp 22% aus. Ohne eine deutliche Belebung der Investitionen, die die Schlüsselgröße der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bilden, kann weder eine Rückkehr zu angemessenen Raten des Wirtschaftswachstums noch eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden.

Aufgrund der merklichen Vorzieheffekte im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen dürften heuer auch die Warenimporte etwas stärker steigen als zuletzt angenommen. Die Einfuhr könnte real um gut 2% wachsen, etwas stärker als der Export. Trotz der Aufwertung des Euro gehen die Importpreise nicht drastisch zurück. Dazu tragen vor allem die anhaltend hohen Erdölpreise auf den Weltmärkten bei. Die Terms-of-Trade verbessern sich kaum. Der Saldo der Handelsbilanz dürfte sich gegenüber dem Vorjahr wenig verändern, allerdings erscheint das Niveau des Jahres 2002 unerklärlich günstig.

Stagnation in der Sachgütererzeugung

Die Beurteilung der Entwicklung in der Sachgütererzeugung ist heuer besonders schwierig, weil Statistik Austria seit Jahresbeginn keine Produktionswerte vorgelegt hat. Der WIFO-Konjunkturtest hat sich in der Vergangenheit aber als guter Indikator für die Produktionsentwicklung erwiesen. Seine Ergebnisse weisen darauf hin, dass sich die Produktion seit Jahresbeginn nochmals abgeschwächt hat, nachdem sie schon in den zwei Jahren zuvor kaum gewachsen war (nur etwas mehr als +1% pro Jahr).

Übersicht 6: Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4
Erwerbstätige ¹⁾	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Vollzeitäquivalent	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 0,3
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,0
Vollzeitäquivalent	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,1
Sachgütererzeugung						
Produktion ²⁾	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 1,0	± 0,0	+ 2,0
Beschäftigte ³⁾	- 0,7	± 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 2,2	- 1,0
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 4,5	+ 6,6	+ 1,4	+ 4,2	+ 2,8	+ 3,3
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,7	- 0,5	- 0,3

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Für das 1. Halbjahr berechnet das WIFO in der vorläufigen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einen Rückgang der Sachgütererzeugung um real ½% gegenüber dem Vorjahr. Die Unternehmen leiden unter anhaltendem Nachfragemangel. Die im WIFO-Konjunkturtest befragten Betriebe geben an, bis in den Sommer die Lager auf ein niedriges Niveau abgebaut zu haben, in den letzten Monaten wurden die Lager konstant gehalten. Dies weist darauf hin, dass die Produktion nicht mehr weiter sinken dürfte. Im Jahresdurchschnitt könnte sich eine Stagnation ergeben. Angesichts fehlender Produktionssteigerungen werden Beschäftigung und durchschnittlich geleistete Arbeitszeit weiter verringert. Die Zahl der Beschäftigten dürfte in der Sachgütererzeugung heuer nochmals um rund 15.000 niedriger sein als im Vorjahr. Für das Jahr 2004 zeichnet sich ein weiterer Rückgang ab.

Im kommenden Jahr stehen um 3 Arbeitstage mehr zur Verfügung als heuer. Bei guter Konjunktur kann eine Ausweitung der Arbeitszeit eine Steigerung der Produktion mit sich bringen. Aufgrund der schwachen Nachfrage dürften die Auswirkungen 2004 aber nicht sehr hoch sein. Gesamtwirtschaftlich werden positive Effekte in der Industrie zum Teil durch negative Effekte der geringeren Zahl der Feiertage im Tourismus ausgeglichen.

Im Gegensatz zu den Vorjahren liefern die Bauinvestitionen im Jahr 2003 einen wichtigen positiven Wachstumsimpuls für die Gesamtwirtschaft. Dies ist primär ein Ergebnis der Beschleunigung des – im Zuge der Erweiterung der EU dringend notwendigen – Ausbaus der hochrangigen Verkehrsinfrastruktur. Sowohl im Straßen- als auch im Schienenbau ermöglichte die Ausweitung des öffentlichen Finanzierungsrahmens seit Mitte 2002 zusätzliche Investitionen. Die Bauleistungen stiegen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur im Jahr 2002 um 12% und nehmen heuer neuerlich um 15% zu.

Der WIFO-Konjunkturtest weist seit mehreren Quartalen auf eine Besserung der Stimmung auch im Hochbau hin. Im Wohnungsbau spiegelt sich darin eine Ausweitung der Nachfrage nach Mietwohnungen, die bereits eine Zunahme der Baubewilligungen zur Folge hat. Im Bürobau flachen die Zuwächse nur langsam ab. Das ist angesichts erheblicher Überkapazitäten verwunderlich – hier könnte ein Einbruch bevorstehen.

Ohne die zusätzlichen Investitionen im Tiefbau würde die Bauwirtschaft auch heuer schrumpfen. Nun wächst sie mit Raten von 1½% (2003) bzw. 1¾% (2004) rascher als die Gesamtwirtschaft. Aufgrund des im internationalen Vergleich hohen Anteils der Bauwirtschaft am heimischen BIP sollte die Wirtschaftspolitik darauf achten, dass künftig bei einer stärkeren Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage die Anreize für Bauinvestitionen eher restriktiver gehandhabt werden. Ein antizyklischer Einsatz der öffentlichen Mittel für die Bauwirtschaft erweist sich als sinnvoll.

Die Sachgüterproduktion wird heuer mangels Nachfrage stagnieren – nach zwei Jahren sehr geringen Wachstums. Die Industriebeschäftigung sinkt merklich. Für das kommende Jahr wird keine markante Erholung erwartet. Die Auswirkungen der höheren Zahl an Arbeitstagen auf die Wertschöpfung dürften gering sein.

Wachstumsimpulse von der Bauwirtschaft

Die Ausweitung der Infrastrukturinvestitionen verhindert ein Schrumpfen der Bauwirtschaft und bringt einen nennenswerten Wachstumsimpuls für das BIP mit sich. Diese antizyklische Orientierung der öffentlichen Bauinvestitionen sollte in der nächsten Hochkonjunkturphase mit restriktiverer Handhabung von Förderungen fortgesetzt werden.

Konsum und Handel stabilisieren die Konjunktur

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen im 1. Halbjahr um 1,3%, die Wertschöpfung im Handel sogar um 2½%. Für das kommende Jahr wird eine ähnlich günstige Entwicklung erwartet. Die Raten bleiben aber merklich unter dem langfristigen Durchschnitt.

Die Realeinkommen je Arbeitnehmer sind nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen seit dem Jahr 2000 um 1½% zurückgegangen. Heuer zeichnet sich eine Stabilisierung ab (+¼%). Die starke Ausweitung mancher Transfers (vor allem Kinderbetreuungsgeld) lässt auch die realen Nettomasseneinkommen gegenüber dem Vorjahr wachsen (+1¼%).

Die Zunahme der Einkommen bleibt allerdings zu gering, um eine merkliche Ausweitung der Konsumnachfrage zuzulassen. Zudem hat der Sparanteil am verfügbaren Einkommen eine leichte Aufwärtstendenz. Im dritten Jahr schwacher Einkommensentwicklung und vor dem Hintergrund der Diskussion um Pensionskürzungen dürften die Konsumenten größere Anschaffungen vorsichtig disponieren. Die Konsumnachfrage dürfte sowohl heuer (+1,3%) als auch im nächsten Jahr (+1,6%) deutlich langsamer zunehmen als im langfristigen Durchschnitt (+2¼%).

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6
Dauerhafte Konsumgüter	+ 7,3	+ 3,8	+ 2,0	- 0,2	+ 1,5	+ 3,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,3	+ 3,1	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,7
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,5	8,3	7,4	7,4	7,8	8,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	5,2	6,7	3,5	1,2	1,5	2,5
	In %					
Inflationsrate						
National	0,6	2,3	2,7	1,8	1,3	1,2
Harmonisiert	0,5	2,0	2,3	1,7	1,2	1,1
Kerninflation ³⁾	0,7	0,9	2,3	2,0	1,2	1,1

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Im Handel überstieg die Wertschöpfung das Vorjahresniveau im 1. Halbjahr nach vorläufigen Berechnungen real um 2½%. Die Umsatzzuwächse im Einzelhandel in diesem Zeitraum entsprechen mit +1¼% den Erwartungen. Die Hitze in den Sommermonaten dürfte dämpfend gewirkt haben. Im Großhandel meldet Statistik Austria für das 1. Halbjahr Zuwächse um 3%. Dies erscheint angesichts der Stagnation von Exporten und Importen wenig realistisch. Für den Jahresdurchschnitt scheint eine Ausweitung der Wertschöpfung im Handel um real 2% wahrscheinlich, im kommenden Jahr könnte die Steigerung höher ausfallen.

Stagnation im Tourismus

Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz steigt 2003 auf über 2 Mrd. €. Die Österreicher bemessen ihre Ausgaben im Ausland angesichts der ungünstigen Wirtschafts- und Beschäftigungslage heuer sehr zurückhaltend. Die Aufwendungen dürften 2003 neuerlich real um 3% zurückgehen, nachdem sie schon im Vorjahr um fast 4% gesunken sind. Die Ausgaben von ausländischen Gästen in Österreich stagnieren. Zwar profitieren die österreichischen Anbieter vom Verzicht vor allem deutscher Urlauber auf Fernreisen, allerdings sind die durchschnittlichen Aufwendungen der deutschen Gäste pro Nächtigung rückläufig. Für das kommende Jahr zeichnet sich im Tourismus eine leichte Erholung ab.

Der Preisauftrieb liegt auf Verbraucherebene seit Mai nur noch bei +1,1% gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zum Jahresbeginn spiegelt sich darin vor allem die Verbilligung von Importwaren durch die Aufwertung des Euro. Die Preise industriell-gewerblicher Waren waren im August um nur etwa 0,6% höher als im Vorjahr. Energie wurde um 0,8% teurer. Für den Jahresdurchschnitt 2003 wird ein allgemeiner Preisanstieg von 1,3% erwartet.

Anzeichen für das Entstehen von Inflation sind derzeit nicht zu erkennen. Die Einfuhrpreise von Energie könnten im kommenden Jahr leicht zurückgehen, sofern sich die politische Lage im Irak beruhigt. Allerdings wirkt die merkliche Erhöhung der Energiesteuern in die entgegengesetzte Richtung, sie dürfte den Verbraucherpreisindex mit +0,1 bis +0,2 Prozentpunkten belasten.

Die seit nunmehr zweieinhalb Jahren anhaltende Konjunkturlaute hat erhebliche negative Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ist seit Jänner 2001 von 5,6% der unselbständigen Erwerbspersonen auf zuletzt 7,1% gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen nahm damit in diesem Zeitraum um 55.000 zu. Dazu kommt eine Ausweitung der Gruppe von Arbeitssuchenden, die aufgrund ihrer Teilnahme an Schulungen nicht als arbeitslos gezählt werden. Eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich nicht ab. Sie würde eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf etwa 2% voraussetzen. Angesichts der aktuellen Wachstumsaussichten droht ohne zusätzliche Gegenmaßnahmen der Wirtschaftspolitik bis in die zweite Jahreshälfte 2004 ein Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 38,2	+ 30,8	+ 15,1	- 11,2	+ 8,8	+ 17,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 37,2	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	+ 6,0	+ 15,0
Veränderung gegen das Vorjahr	in %					
Inländer	+ 29,4	+ 15,5	+ 4,2	- 19,7	- 8,0	- 1,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 7,8	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 14,0	+ 16,0
Selbständige ³⁾	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,2
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 19,8	+ 25,2	+ 28,1	+ 22,9	+ 19,1	+ 1,0
15- bis 59-Jährige	- 2,6	- 17,5	- 14,2	- 5,5	+ 3,1	+ 3,0
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 22,2	+ 3,4	+ 24,7	+ 17,3	+ 15,8	+ 21,8
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 16,1	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,0	+ 4,6
Stand	in 1.000	221,7	194,3	203,9	232,4	239,4
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	4,0	3,7	3,6	4,3	4,3	4,4
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,0	5,3	5,5	6,2	6,3	6,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	62,3	62,5	62,5	62,0	62,0	62,3
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	68,5	68,4	68,4	68,3	68,3	68,4

1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – 2) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 3) Laut WIFO. – 4) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 5) Laut Arbeitsmarktservice. – 6) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – 7) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Seit dem Frühjahr nimmt die saisonbereinigte Zahl der Beschäftigten leicht zu. Darin kommt aber keine konjunkturbedingte Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage zum Ausdruck, vielmehr ist das Beschäftigungswachstum auf institutionelle Faktoren zurückzuführen. Zum ersten umfasst die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten auch jene Bezieher von Altersteilzeitgeld, die bereits geblockt ihre Freizeitphase in Anspruch nehmen, aber noch im Beschäftigtenstand der Unternehmen aufscheinen. Zweitens sind als beschäftigt auch jene Arbeitslose erfasst, die an längeren Schulungen teilnehmen. Drittens wurde mit Jahresbeginn der Zugang von Ausländern mit längerer Aufenthaltsdauer zum Arbeitsmarkt neu geregelt; dies ermöglichte

Anhaltende Preisstabilität

Kein Rückgang der Arbeitslosigkeit abzusehen

Die Arbeitslosenquote wird heuer im Jahresdurchschnitt 7,0% der unselbständigen Erwerbspersonen und im kommenden Jahr 7,1% erreichen. Sie ist damit um 1½ Prozentpunkte höher als Anfang 2001. Vor allem aufgrund verschiedener institutioneller Faktoren steigt die Zahl der Beschäftigten in den letzten Monaten leicht. Dies deutet aber nicht auf eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt hin.

es vor allem ausländischen Frauen und Jugendlichen, die schon länger als vier bis fünf Jahre in Österreich leben, eine legale Beschäftigung aufzunehmen. Die Zahl der ausländischen Beschäftigten dürfte aufgrund dieser aus sozialpolitischer Sicht begrüßenswerten Maßnahme, aber auch aufgrund großzügigerer Saisonierregelungen heuer um etwa 14.000 höher sein als im Vorjahr. Für 2004 wird ein ähnlich starker Anstieg erwartet. Die Zahl der aktiv Beschäftigten wird heuer um 6.000 und im kommenden Jahr um 15.000 steigen.

Ungünstige Wirtschaftslage und merkliche Ausgabensteigerungen belasten öffentliche Haushalte

Das Defizit des Gesamtstaates dürfte 2003 und 2004 etwa 1% des BIP betragen. Es ist damit höher als in den zwei Jahren zuvor. Auf der Ausgabenseite schlagen sich vor allem höhere Transfers für Kinderbetreuungsgeld nieder, auf der Einnahmenseite wird die schlechte Wirtschaftslage wirksam.

Der Finanzierungssaldo des Staates lag im Jahr 2002 bei nur -0,2% des BIP, niedriger als zuletzt erwartet. Die günstigere Budgetsituation ergab sich auf Bundesebene durch das höhere Aufkommen an Umsatzsteuer und einen höheren Überschuss des Insolvenzfonds. Auf Ebene der Länder und Gemeinden konnten die gesamten Kosten des Hochwassers vom Sommer 2002 durch Einsparungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 2,3	- 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 1,0	- 1,2
Laut VGR	- 2,4	- 1,6	+ 0,1	- 0,4	- 1,1	- 1,3
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 1,3	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,2
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	3,0	4,4	4,3	3,3	2,3	2,2
Sekundärmarktrendite ²⁾	4,7	5,6	5,1	5,0	4,1	4,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	+ 1,5	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,8	+ 0,6
Real	- 1,1	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,1	+ 0,3

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. - ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Heuer werden merkliche Ausgabensteigerungen wirksam. Das betrifft insbesondere die Kosten des Kinderbetreuungsgeldes und der Altersteilzeit, aber auch Gehalts- und Pensionssteigerungen. Die Staatsausgaben wachsen rascher als das nominelle BIP. Die Staatseinnahmen sind hingegen durch die schlechte Konjunktur gedämpft. Vor allem das Aufkommen an direkten Steuern wird heuer neuerlich zurückgehen, die Unternehmenssteuern bleiben deutlich hinter den Vorjahresergebnissen zurück. Das Aufkommen an Lohnsteuer entwickelt sich hingegen ebenso wie jenes der Umsatzsteuer relativ günstig. Die Kosten der Konjunkturpakete sind für die öffentlichen Haushalte sehr gering – die Finanzierung der zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur erfolgte außerbudgetär über Asfinag und SCHIG. Die Investitionszuwachsprämie wird heuer das Aufkommen an Unternehmenssteuern mit etwa 0,1% des BIP belasten. Die steuerlichen Förderungsmaßnahmen für Forschungs- und Bildungsausgaben dürften sich hingegen in geringerem Ausmaß niederschlagen. Das WIFO erwartet für 2003 einen negativen Finanzierungssaldo des Staates von 1% des BIP. Das ist etwas günstiger als vom Bundesministerium für Finanzen notifiziert (-1,3%).

Im kommenden Jahr tritt ein erster Teil der Abgabenreform in Kraft. Er umfasst neben Entlastungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer und der Besteuerung nicht entnommener Gewinne der Personenunternehmen Belastungen im Bereich der Energiesteuern, Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge. Insgesamt dürfte der Staatshaushalt leicht entlastet werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Spielraum der Gestaltung von Einmalmaßnahmen, Ausgliederungen und statistischen Zuordnungen relativ groß ist. Das WIFO berücksichtigt in seiner Budgetprognose primär die Konjunkturzusammenhänge. Das Steueraufkommen dürfte weiterhin langsamer als das nominelle BIP wachsen. Auf dieser Basis ergibt sich 2004 ein Staatsdefizit von 1,2% des BIP (-2¼ Mrd. €).

Markus Marterbauer

Weakness of Aggregate Demand to be Gradually Overcome

Economic Outlook for 2003 and 2004

The Austrian economy will only grow by about 0.7 percent in 2003. While retail sales and investment are proving relatively robust, exports and manufacturing output have not strengthened so far. Opinion surveys among firms and households across Europe indicate a tentative brightening of expectations. If the improvement in sentiment is confirmed by a recovery of production, GDP in Austria may expand by 1.4 percent in volume in 2004.

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Economic Outlook. Cut-off date: 24 September 2003. • E-Mail Address: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

In the first half of 2003, demand and output in Austria edged up by only 0.6 percent from the year-earlier period. Unlike in 2001 and 2002, domestic demand is now supporting activity, owing to a moderate but steady rise in consumption and limited gains in construction and equipment investment. Exports, however, have clearly lost momentum. For the third consecutive year, GDP growth in 2003 will fall below the long-term average.

Prospects for 2004 remain highly uncertain. In the euro area, clear signs of a business cycle upturn are still missing, with GDP stagnating on a seasonally-adjusted quarterly basis since the end of 2002 (up by 0.5 percent from last year in the first half of 2003). Hopes for a world-wide recovery have nevertheless gained ground over the last few months. Asia has become the growth pole of the global economy, and lively activity has lately spilled over even to the ailing Japanese economy. In the USA, GDP grew by 2¼ percent in the first semester, if mainly on the back of a substantial increase in military spending.

A rebound in world trade could give incentives to the euro area economy. During summer, business sentiment has improved slightly, and even in Germany developments are now seen with somewhat greater confidence. Still, a number of forces are holding back a speedy recovery: the continued high level of the dollar/euro exchange rate is weighing on exports and investment. Spending on new machinery and motor vehicles, a key element in the business cycle, remains sluggish due to the low degree of capacity utilisation. Stimulus from economic policy in the EU is lacking. As long as internal demand fails to pick up significantly, business activity will but hesitantly recover from the three-year-long stagnation. A vigorous upswing is not in sight. GDP growth in 2004 is projected at around 1½ percent for the euro area, and at 1 percent for Germany.

Demand for Austrian export goods is subdued, reflecting weak internal demand in the EU and in the accession countries, coupled with slight losses of foreign market shares. The rise in the real-effective exchange rate (+2 percent in 2003) cannot be offset in the short run by the sizeable productivity gains in manufacturing brought about by widespread cuts in personnel. Relative unit labour costs vis-à-vis trading partners are edging up, although over a longer period they have fallen markedly (1995 to 2002 -15 percent). Growth of merchandise exports is slowing down significantly, to a projected average real rate of 2 percent in 2003. Next year, a gradual

pick-up of demand in the main trading partner countries should accelerate export growth to 3¾ percent. Tourism, also suffering from sluggish business activity in Europe, may expect no increase in real foreign earnings in the current year.

Conditions for an endogenous upturn of investment remain unfavourable for the time being. Capacity utilisation is clearly below its long-term average, and firms' sales expectations are not yet firmly heading up. Spending on business machinery and equipment should nevertheless gain 2 percent or more this year: the government premium granted to firms boosting investment beyond the level of the last years, while probably not leading to a sustained higher level of spending, may induce firms to carry forward projects envisaged for implementation in 2004.

<i>Main results</i>		1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Percentage changes from previous year					
GDP							
Volume		+ 2.7	+ 3.5	+ 0.7	+ 1.1	+ 0.7	+ 1.4
Value		+ 3.4	+ 5.0	+ 2.3	+ 2.3	+ 2.6	+ 2.7
Manufacturing ¹ , volume		+ 3.0	+ 6.5	+ 1.3	+ 1.0	± 0.0	+ 2.0
Private consumption expenditure, volume		+ 2.3	+ 3.3	+ 1.5	+ 0.9	+ 1.3	+ 1.6
Gross fixed investment, volume		+ 2.1	+ 5.9	- 2.2	- 4.6	+ 1.7	+ 1.8
Machinery and equipment ²		+ 4.9	+11.8	- 2.9	- 9.3	+ 2.0	+ 2.0
Construction		+ 0.0	+ 1.2	- 1.5	- 0.5	+ 1.4	+ 1.7
Exports of goods ³							
Volume		+ 7.7	+13.1	+ 7.5	+ 4.2	+ 2.0	+ 3.8
Value		+ 7.0	+15.6	+ 6.5	+ 4.2	+ 2.0	+ 3.3
Imports of goods ³							
Volume		+ 6.9	+10.9	+ 5.7	- 1.2	+ 2.3	+ 3.8
Value		+ 6.7	+14.7	+ 5.0	- 2.0	+ 2.0	+ 3.3
Current balance	billion €	- 6.33	- 5.36	- 4.11	+ 0.95	- 0.03	- 0.39
As a percentage of GDP	%	- 3.2	- 2.6	- 1.9	+ 0.4	- 0.0	- 0.2
Long-term interest rate ⁴	%	4.7	5.6	5.1	5.0	4.1	4.3
Consumer prices		+ 0.6	+ 2.3	+ 2.7	+ 1.8	+ 1.3	+ 1.2
Unemployment rate							
Percent of total labour force ⁵	%	4.0	3.7	3.6	4.3	4.3	4.4
Percent of dependent labour force ⁶	%	6.7	5.8	6.1	6.9	7.0	7.1
Dependent employment ⁷		+ 1.2	+ 1.0	+ 0.4	- 0.5	+ 0.2	+ 0.5
General government financial balance according to Maastricht definition							
As a percentage of GDP	%	- 2.3	- 1.5	+ 0.3	- 0.2	- 1.0	- 1.2

¹ Value added, including mining and quarrying. - ² Including other products. - ³ According to Statistics Austria. - ⁴ 10-year central government bonds (benchmark). - ⁵ According to Eurostat. - ⁶ According to Labour Market Service. - ⁷ Excluding parental leave and military service.

Since the beginning of this year, no official data on manufacturing output are available. The regular WIFO business survey suggests a decline for the first semester; production is likely to have remained ½ percent below the year-earlier level. In view of the unfavourable trend of exports, stagnation should at best be expected on annual average. Firms report no further rundown in their inventories, which may be taken as a first hint for an imminent recovery of production. The projection for next year is for an increase in output by 2 percent. Since production is predominantly demand-constrained, the fact that in 2004 there are 3 more working days than in 2003 should not have a significant impact. In this regard, a slightly positive effect in manufacturing may be offset, on the overall economic level, by output losses in the tourism sector.

Construction investment is more buoyant than last year. The enhancement of the financing capacity of the societies in charge of road and railroad infrastructure is reflected in an increase in civil engineering investment by 15 percent. Firms engaged in new-home building are also turning more optimistic, after an extended period of sluggishness. The need for new dwellings has grown, and permits for subsidised residential building are heading up. Owing to the expansion in civil engineering, overall construction output has stopped receding this year and is expected to grow by an inflation-adjusted 1.4 percent on annual average and by 1.7 percent in 2004. The counter-cyclical timing of investment in better infrastructure is sustaining overall activity. However, with a view to the relatively large share of the construction

sector in GDP, policy should take care to scale back public incentives in the next cyclical boom period.

Domestic demand, having dragged down overall economic growth in 2001 and 2002, is expected to provide positive incentives this year. Encouraging signs are coming not only from investment, but also from private consumption: the latter is gaining 1.3 percent in volume which, while remaining below its long-term trend rate of 2¼ percent, is markedly above the overall rate of growth. Employees' net real per-capita earnings will no longer decline, as they did in the last two years, and the gains in disposable income (including public transfers) are becoming somewhat more solid. Helpful in this regard is not only the low rate of inflation of 1¼ percent in both 2003 and 2004, but also the increase in transfer payments, notably child care benefits. The trade sector may expect real output gains of 2 percent in 2003 and 2¼ percent in 2004. Consumers are cutting down on foreign travel expenditure (-3 percent in 2003), but not on car purchases. The saving ratio, as a percentage of disposable income, is set to move up slightly.

No trend reversal is in sight on the labour market. The number of unemployed is moving up to 239,000 this year and 244,000 in 2004, corresponding to jobless rates of 7.1 percent of the dependent (conventional national definition) and 4.4 percent of the total labour force (Eurostat).

The rise in the number of dependent actively employed by 6,000 and 15,000 this year and next is to a large part due to institutional factors: thus, it includes people in partial retirement ("Altersteilzeit") which have lumped and back-loaded their period out of work while still being registered as active with their employer; this raises nominally the total employment figure by 2,500 in 2003 and 5,000 in 2004. Moreover, the number of unemployed undergoing professional training is higher by roughly 8,000 this year than in 2002, part of whom are counted as employed. At the beginning of the year, the long-awaited decision was taken of granting foreigners residing in Austria easier access to the domestic labour market, which facilitates the taking up of a job particularly for women and young people. The number of foreign jobholders is going up by some 15,000 each in 2003 and 2004.

Despite higher revenues from VAT, the overall tax intake remains well below the growth rate of nominal GDP this year, while government expenditure is rising at a faster pace. The general government balance (Maastricht definition) is projected to be in deficit of 1 percent of GDP in 2003 and 1.2 percent in 2004.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cgi-bin/tabellen/tabhome.cgi>).

Konjunkturindikatoren für das Ausland

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU
- Übersicht 4: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWA-Index

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 10: Cash-Prinzip
- Übersicht 11: Accrual-Prinzip

Tourismus

- Übersicht 12: Übernachtungen
- Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)
- Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

Außenhandel

- Übersicht 16: Warenexporte
- Übersicht 17: Warenimporte

Zinssätze

- Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

Sachgütererzeugung

- Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 23: Produktion
- Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

Verkehr

- Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 27: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenantrag

Preise und Löhne

- Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 32: Tariflöhne
- Übersicht 33: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 34: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung
- Übersicht 38: Beiträge des Bundes

Umwelt

- Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 41: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 42: Tourismus
- Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Übersicht 46: Arbeitslosenquote

Konjunkturindikatoren für das Ausland

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2000	2001	2002	2002		2003			2003				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
OECD insgesamt	6,3	6,5	7,0	7,0	7,1	7,0	7,2	7,0	7,1	7,1	7,2	7,3	7,2
USA	4,0	4,8	5,8	5,8	5,9	5,8	6,2	5,8	5,8	6,0	6,1	6,4	6,2
Japan	4,7	5,0	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4	5,3	5,4	5,4	5,4	5,3	5,3
Kanada	6,8	7,2	7,6	7,6	7,6	7,4	7,7	7,4	7,3	7,5	7,8	7,7	7,8
EU	7,8	7,4	7,7	7,7	7,8	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
Euro-Raum	8,5	8,0	8,4	8,5	8,6	8,7	8,8	8,7	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8
Deutschland	7,8	7,8	8,6	8,7	8,9	9,2	9,4	9,2	9,3	9,4	9,4	9,4	9,4
Frankreich	9,3	8,5	8,8	8,9	9,0	9,2	9,3	9,2	9,3	9,3	9,3	9,3	9,4
Italien	10,4	9,4	9,0	9,0	8,9	8,9	8,6	8,9	8,8	8,7	8,6	8,6	8,5
Spanien	11,3	10,6	11,3	11,4	11,5	11,4	11,4	11,4	11,5	11,4	11,4	11,4	11,4
Niederlande	2,8	2,4	2,8	2,8	3,1	3,6	4,0	3,6	3,8	3,9	4,1	4,1	4,1
Belgien	6,9	6,7	7,3	7,3	7,6	7,8	7,9	7,8	7,8	7,9	7,9	8,0	8,0
Österreich	3,7	3,6	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,2	4,3	4,3	4,3	4,4	4,5
Portugal	4,1	4,1	5,0	5,2	6,0	6,2	6,5	6,3	6,3	6,4	6,5	6,7	6,9
Finnland	9,7	9,1	9,1	9,1	9,0	9,1	9,2	9,1	9,2	9,2	9,2	9,1	9,1
Griechenland	11,0	10,4	9,9	9,9	9,6	9,4	9,2	9,4	9,4	9,2	9,2	9,2	.
Irland	4,3	3,9	4,4	4,4	4,4	4,5	4,6	4,5	4,5	4,6	4,6	4,7	4,7
Luxemburg	2,3	2,1	2,8	2,9	3,1	3,3	3,6	3,3	3,4	3,5	3,6	3,7	3,8
Großbritannien	5,4	5,0	5,1	5,2	5,0	5,0	5,0	5,1	5,0	5,0	4,9	5,0	.
Schweden	5,6	4,9	4,9	4,9	5,1	5,3	5,4	5,2	5,3	5,4	5,4	5,4	5,5
Dänemark	4,4	4,3	4,5	4,6	4,8	5,0	5,2	5,0	5,0	5,0	5,2	5,3	5,3
Schweiz ¹⁾	1,8	1,7	2,5	2,7	3,0	3,2	3,7	3,2	3,4	3,6	3,7	3,8	3,8
Norwegen	3,4	3,6	3,9	3,8	4,1	4,2	4,5	4,1	4,3	4,4	4,6	4,6	4,6
Polen	16,4	18,5	19,9	20,0	20,2	20,2	20,1	20,2	20,2	20,2	20,1	20,1	20,0
Ungarn	6,3	5,6	5,6	5,6	5,8	5,8	5,9	5,8	5,9	5,9	5,9	5,8	5,8
Tschechien	8,7	8,0	7,3	7,3	7,2	7,1	7,0	7,1	7,1	7,0	7,0	6,9	6,9
Slowakei	18,7	19,4	18,6	18,4	18,1	17,3	16,6	17,3	17,0	16,8	16,6	16,4	16,2

Q: Eurostat, OECD. – ¹⁾ Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2000	2001	2002	2002		2003		2003						
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Verbraucherpreisindex														
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,5	
USA	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	
Japan	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 0,8	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,4	- 0,2	
Kanada	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,3	+ 3,8	+ 4,5	+ 2,8	+ 4,6	+ 4,3	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,2	
EU	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	
Harmonisierter VPI														
Euro-Raum	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	
Deutschland	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	
Frankreich	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	
Italien	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,9	
Spanien	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,6	+ 4,0	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	
Niederlande	+ 2,3	+ 5,1	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	
Belgien	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,4	
Österreich	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	
Portugal	+ 2,8	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,4	+ 2,9	
Finnland	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0	
Griechenland	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,5	+ 4,2	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,5	
Irland	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,4	+ 4,6	+ 4,9	+ 4,1	+ 5,1	+ 4,9	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,9	
Luxemburg	+ 3,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,4	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	
Großbritannien	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	
Schweden	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,4	
Dänemark	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,8	
Schweiz	+ 1,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	
Norwegen	+ 3,0	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,9	+ 3,8	+ 1,9	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2	
Polen	+ 10,1	+ 5,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	
Ungarn	+ 9,8	+ 9,2	+ 5,3	+ 4,6	+ 4,8	+ 4,7	+ 3,9	+ 4,5	+ 4,7	+ 3,9	+ 3,6	+ 4,3	+ 4,7	
Tschechien	+ 3,9	+ 4,8	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1	
Slowakei	+ 12,0	+ 7,3	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 7,6	+ 7,9	+ 7,6	+ 7,9	+ 7,7	+ 7,6	+ 8,5	+ 8,7	

Q: Statistik Austria, OECD. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU

	2000		2001		2002		2002		2002		2003		III. Qu.
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	
Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt													
Auftragsbestände	+ 2	+ 1	- 2	- 10	- 18	- 27	- 28	- 25	- 26	- 26	- 22	- 26	- 29
Exportauftragsbestände	+ 0	+ 2	- 2	- 10	- 19	- 26	- 30	- 24	- 21	- 20	- 21	- 25	- 28
Fertigwarenlager	+ 5	+ 6	+ 8	+ 12	+ 15	+ 17	+ 16	+ 13	+ 12	+ 11	+ 11	+ 11	+ 14
Produktionserwartungen	+ 16	+ 16	+ 13	+ 4	+ 2	- 10	- 5	+ 6	+ 3	+ 7	+ 0	+ 0	- 2
Verkaufspreiserwartungen	+ 11	+ 11	+ 10	+ 2	- 2	- 5	- 9	- 1	+ 0	+ 1	+ 0	+ 0	- 6

Q: Europäische Kommission (DG-ECFIN). • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatsszinssatz

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
In %													
USA	6,5	3,7	1,7	1,8	1,5	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,0	1,0	1,1
Japan	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	5,8	4,0	2,6	2,9	2,8	3,0	3,3	3,2	3,3	3,3	3,2	3,0	.
Euro-Raum	4,4	4,3	3,3	3,4	3,1	2,7	2,4	2,5	2,5	2,4	2,2	2,1	2,1
Großbritannien	6,1	5,0	4,0	3,9	3,9	3,7	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,4	3,5
Schweden	4,0	3,7	4,1	4,2	3,9	3,6	3,1	3,4	3,4	3,2	2,8	2,7	2,7
Dänemark	4,9	4,6	3,5	3,5	3,2	2,8	2,4	2,6	2,6	2,5	2,1	2,1	2,1
Schweiz	3,0	2,8	1,0	0,7	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Norwegen	6,7	7,2	6,9	7,2	6,9	5,7	4,7	5,5	5,3	4,9	4,0	3,5	3,1
Polen	16,6	13,8	6,4	5,3	4,4	3,9	3,6	5,7	5,7	0,0	5,1	5,0	0,0
Ungarn	11,0	10,8	8,9	9,4	8,9	6,4	6,6	6,3	6,4	6,4	7,0	9,4	9,6
Tschechien	5,4	5,2	3,5	3,1	2,7	2,5	2,4	2,4	2,5	2,5	2,3	2,3	2,1

Q: OECD. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
In %													
USA	6,0	5,0	4,6	4,3	4,0	3,9	3,6	3,8	4,0	3,6	3,3	4,0	4,4
Japan	1,8	1,3	1,3	1,2	1,0	0,8	0,6	0,7	0,7	0,6	0,6	1,0	1,1
Kanada	5,9	5,5	5,3	5,1	5,1	5,0	4,6	5,1	4,9	4,5	4,4	4,8	5,0
Euro-Raum	5,4	5,0	4,9	4,8	4,5	4,2	4,0	4,1	4,2	3,9	3,7	4,1	4,2
Deutschland	5,3	4,8	4,8	4,6	4,4	4,0	3,9	4,0	4,2	3,8	3,6	4,0	4,1
Frankreich	5,4	4,9	4,9	4,7	4,5	4,1	3,9	4,1	4,2	3,9	3,7	4,0	4,2
Italien	5,6	5,2	5,0	4,9	4,7	4,2	4,1	4,2	4,3	4,0	3,8	4,1	4,3
Spanien	5,5	5,1	5,0	4,8	4,6	4,1	3,9	4,0	4,2	3,9	3,7	4,0	.
Niederlande	5,4	5,0	4,9	4,7	4,5	4,1	4,0	4,0	4,2	3,9	3,7	4,0	4,2
Belgien	5,6	5,1	5,0	4,8	4,6	4,2	4,0	4,2	4,3	4,0	3,7	4,1	4,2
Österreich	5,6	5,1	5,0	4,8	4,6	4,1	3,9	4,1	4,2	3,9	3,7	4,0	4,2
Portugal	5,6	5,2	5,0	4,9	4,6	4,2	4,0	4,1	4,2	3,9	3,8	4,1	4,3
Finnland	5,5	5,0	5,0	4,8	4,6	4,1	3,9	4,1	4,2	3,9	3,7	4,0	4,2
Irland	5,5	5,0	5,0	4,9	4,6	4,1	3,9	4,1	4,2	3,9	3,7	4,0	4,2
Luxemburg	5,5	4,9	4,7	4,6	4,1	3,6	3,3	3,5	3,5	3,5	2,8	2,8	3,2
Großbritannien	5,3	5,0	4,9	4,7	4,5	4,3	4,4	4,4	4,6	4,3	4,2	4,5	4,6
Schweden	5,4	5,1	5,3	5,2	5,0	4,6	4,4	4,6	4,7	4,4	4,2	4,5	4,7
Dänemark	5,6	5,1	5,1	4,9	4,7	4,3	4,1	4,3	4,4	4,1	3,8	4,2	4,3
Schweiz	3,9	3,4	3,2	3,1	2,7	2,4	2,5	2,5	2,7	2,4	2,6	2,7	2,9
Norwegen	6,4	6,3	6,4	6,4	5,9	5,2	4,5	5,1	5,0	4,6	4,0	4,3	4,4

Q: OeNB, OECD. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2000	2001	2002	2002		2003			2003				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	0,92	0,90	0,94	1,00	1,07	1,14	1,12	1,08	1,16	1,17	1,14	1,11	1,12
Yen	99,53	108,73	118,07	122,47	127,63	134,67	132,10	130,12	135,83	138,05	134,99	132,38	128,94
Schweizer Franken	1,56	1,51	1,47	1,47	1,47	1,52	1,54	1,50	1,52	1,54	1,55	1,54	1,55
Pfund Sterling	0,61	0,62	0,63	0,64	0,67	0,70	0,70	0,69	0,71	0,70	0,70	0,70	0,70

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2000	2001	2002	2002	2003	2003	2003	2003	2003	2003	2003	2003	2003
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,3	+ 4,4	+ 4,6	.	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,0	+ 3,1	+ 2,7	.
Industriewaren	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,2	+ 4,1	+ 4,4	.	+ 4,4	+ 4,9	+ 3,9	+ 3,1	+ 2,8	.
Real	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,5	+ 3,6	+ 3,6	.	+ 3,7	+ 4,1	+ 2,9	+ 2,1	.	.
Industriewaren	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,7	+ 3,5	+ 3,6	.	+ 3,7	+ 4,1	+ 3,0	+ 2,3	.	.

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWA-Index

	2000	2001	2002	2002		2003			2003				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+ 31,0	- 10,3	+ 0,7	+ 4,6	+ 24,4	+ 33,3	+ 6,6	+ 20,6	+ 3,7	+ 5,3	+ 10,9	+ 9,3	+ 10,5
Auf Euro-Basis	+ 51,1	- 7,9	- 4,6	- 5,3	+ 11,5	+ 8,8	- 13,8	- 2,3	- 15,3	- 16,6	- 9,1	- 4,6	- 3,0
Ohne Energierohstoffe	+ 19,8	- 7,3	- 2,6	- 1,0	+ 3,8	- 3,7	- 7,3	- 6,1	- 6,0	- 7,5	- 8,5	- 6,5	- 4,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 7,4	- 4,4	+ 6,0	+ 7,9	+ 13,0	- 0,9	- 7,5	- 6,5	- 5,1	- 6,9	- 10,5	- 14,5	- 15,2
Industrierohstoffe	+ 26,2	- 8,5	- 6,4	- 5,2	- 0,7	- 5,1	- 7,3	- 6,1	- 6,5	- 7,9	- 7,6	- 2,2	+ 1,4
Energierohstoffe	+ 72,9	- 8,1	- 5,7	- 7,3	+ 15,7	+ 15,7	- 16,9	- 0,3	- 19,6	- 21,0	- 9,4	- 3,7	- 2,3
Rohöl	+ 79,6	- 10,9	- 3,9	- 4,5	+ 21,1	+ 20,3	- 16,0	+ 2,5	- 18,9	- 20,2	- 8,2	- 3,2	- 2,4

Q: Hamburger Weltwirtschaftsarchiv. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2002		2002		2003	
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real												
<i>Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</i>													
Land- und Forstwirtschaft	+ 7,7	+ 3,3	- 1,6	- 0,7	- 1,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,9	- 2,1	- 3,0	+ 0,2	- 0,7	- 0,2
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 4,7	+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,0	+ 2,0	- 0,6	+ 2,5	+ 1,4	+ 0,6	- 0,1	- 1,1
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,3	+ 3,9	- 1,6	+ 1,7	+ 9,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 8,8	+ 15,2	+ 10,7	+ 4,4	+ 2,8	- 0,7
Bauwesen	+ 3,9	+ 1,3	+ 1,2	- 4,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7	- 1,4	+ 1,9	- 1,0	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,3
Handel ²⁾	+ 4,3	+ 3,0	+ 3,6	- 0,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,7
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 3,8	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,1	- 1,0	+ 1,0	+ 4,3	+ 1,0	+ 3,6	- 2,0	- 5,6	+ 1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,4	- 0,9	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,8
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 3,1	- 1,8	+ 10,2	- 0,5	- 4,6	- 0,0	+ 1,0	+ 0,1	- 6,6	- 6,5	- 5,2	- 3,9	+ 4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 5,7	+ 3,9	+ 6,0	+ 4,3	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,8	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,8	- 0,7	- 0,2
Sonstige Dienstleistungen	+ 3,1	- 0,8	+ 2,7	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0
<i>Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche</i>													
Unterstellte Bankgebühr	+ 4,1	+ 2,1	+ 4,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,9
Gütersteuern minus Gütersubventionen	+ 5,0	- 1,7	+ 12,2	+ 3,8	- 4,8	.	.	- 0,2	- 5,2	- 4,8	- 8,7	- 2,0	+ 0,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,9
<i>Verwendung des Bruttoinlandsproduktes</i>													
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	- 0,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,4
Private Haushalte	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,8	- 0,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,9
Staat	+ 2,8	+ 3,1	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	- 0,7	- 0,3
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 4,0	+ 4,2	+ 2,9	- 4,0	- 5,6	+ 0,9	+ 1,8	- 6,5	- 4,1	- 2,5	- 9,5	- 1,3	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen	+ 3,9	+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,6	+ 1,7	+ 1,8	- 6,7	- 5,0	- 2,0	- 4,8	- 0,8	+ 2,6
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 6,2	+ 4,9	+ 11,8	- 2,9	- 9,3	+ 2,0	+ 2,0	- 7,9	- 13,3	- 5,1	- 10,3	- 1,7	+ 4,7
Bauten	+ 2,3	+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 0,5	+ 1,4	+ 1,7	- 5,4	+ 2,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,9
<i>Inländische Verwendung⁷⁾</i>													
Exporte	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,7	- 0,1	- 1,1	+ 1,0	+ 1,2	- 1,4	- 1,7	- 0,8	- 0,7	- 0,0	+ 1,2
Importe	+ 8,1	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,4	+ 3,1	- 0,1	+ 3,0	+ 2,0	+ 6,5	+ 2,9	+ 1,3	+ 0,4	- 1,1
Außenbeitrag ⁸⁾	+ 5,7	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	- 1,1	+ 0,5	+ 2,8	- 1,6	+ 1,0	- 1,2	- 2,5	- 0,1	- 0,6

Q: Statistik Austria, WIFO. 2003 und 2004: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. – ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ⁸⁾ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2002				2003	
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Nominell</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 4,4	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,7	+ 2,1	+ 3,6
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,7
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 6,9	+ 2,1	+ 8,3	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,7	+ 2,0	+ 3,6
Abschreibungen	+ 4,2	+ 3,8	+ 5,0	+ 5,1	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 4,3	+ 3,9	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,4
Nettonationaleinkommen	+ 4,5	+ 2,8	+ 5,0	+ 1,4	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,8	+ 1,9	+ 3,8
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 4,2	+ 2,9	+ 5,2	+ 1,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,4	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 3,7	+ 1,5	+ 4,0
<i>Real</i>													
Bruttonationaleinkommen	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,9	+ 0,0	+ 2,3	.	.	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,9
Abschreibungen	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,9	+ 3,8	+ 2,7	.	.	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7
Nettonationaleinkommen	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,8	- 0,6	+ 2,3	.	.	+ 1,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 0,2	+ 1,9
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,9	- 0,5	+ 1,8	.	.	+ 0,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,3	- 0,1	+ 2,2
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>													
BIP real je Erwerbstätigen	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,9
<i>BIP nominell</i>													
Mrd. €	190,63	197,15	207,04	211,86	216,76	222,34	228,33	52,12	53,71	55,00	55,93	53,25	55,32
in €	23.597	24.363	25.528	26.052	26.612	27.253	27.948	6.402	6.595	6.751	6.863	6.533	6.786

Q: Statistik Austria, WIFO. Zu Marktpreisen; 2003 und 2004 Prognose. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Zahlungsbilanz

Übersicht 10: Cash-Prinzip

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 5,54	- 4,12	+ 0,81	- 1,57	+ 1,58	+ 0,93	+ 0,85	+ 0,53	+ 0,49	+ 0,45	+ 0,38	+ 0,02	- 1,76
Warenzahlungen	- 7,09	- 6,24	- 2,40	- 1,13	+ 0,51	- 1,05	- 0,67	- 0,22	- 0,28	- 0,11	+ 0,01	- 0,57	- 0,45
Dienstleistungen	+ 4,01	+ 4,70	+ 5,59	- 0,00	+ 1,35	+ 2,85	+ 1,06	+ 0,90	+ 0,80	+ 0,51	+ 0,28	+ 0,26	- 0,12
Einkommen	- 0,97	- 1,28	- 0,80	- 0,23	- 0,25	- 0,67	+ 0,91	+ 0,02	+ 0,12	+ 0,10	+ 0,27	+ 0,54	- 0,92
Laufende Transfers	- 1,49	- 1,31	- 1,58	- 0,21	- 0,03	- 0,20	- 0,44	- 0,17	- 0,15	- 0,05	- 0,17	- 0,22	- 0,27
Vermögensübertragungen	- 0,26	- 0,54	- 0,58	- 0,18	- 0,29	- 0,07	- 0,06	- 0,01	- 0,05	- 0,04	+ 0,00	- 0,03	+ 0,01
Kapitalbilanz	+ 5,21	+ 3,48	- 3,34	+ 1,49	- 1,16	- 1,02	- 2,78	- 1,76	- 0,30	+ 0,14	- 1,02	- 1,89	- 0,01
Statistische Differenz	+ 0,59	+ 1,17	+ 3,11	+ 0,26	- 0,13	+ 0,17	+ 1,99	+ 1,25	- 0,15	- 0,55	+ 0,64	+ 1,90	+ 1,76

Q: OeNB. Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 11: Accrual-Prinzip

	1998	1999	2000	2001	2002	2001		2002		2002			2003
						II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 4,68	- 6,33	- 5,36	- 4,13	+ 0,75	- 2,15	- 1,48	- 0,73	+ 1,78	- 0,34	- 1,41	+ 0,72	+ 1,28
Güter	- 3,29	- 3,38	- 2,99	- 1,40	+ 3,75	- 0,52	- 0,09	+ 0,12	+ 0,60	+ 1,07	+ 0,70	+ 1,39	+ 0,56
Dienstleistungen	+ 2,12	+ 1,65	+ 1,74	+ 2,06	+ 0,94	- 0,13	- 0,32	+ 0,24	+ 2,27	- 0,28	- 1,10	+ 0,05	+ 1,81
Einkommen	- 1,78	- 2,70	- 2,66	- 3,44	- 2,21	- 0,93	- 0,76	- 0,82	- 0,59	- 0,51	- 0,48	- 0,62	- 0,84
Laufende Transfers	- 1,74	- 1,90	- 1,45	- 1,35	- 1,74	- 0,57	- 0,31	- 0,26	- 0,48	- 0,62	- 0,53	- 0,10	- 0,25
Vermögensübertragung	- 0,31	- 0,25	- 0,47	- 0,59	- 0,58	- 0,07	- 0,18	- 0,28	- 0,04	+ 0,01	- 0,28	- 0,27	- 0,07
Kapitalbilanz	+ 5,53	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,18	- 3,71	+ 1,13	+ 2,62	+ 1,41	- 4,82	+ 0,67	+ 1,76	- 1,32	- 0,90
Direktinvestitionen im Ausland	- 2,47	- 3,10	- 6,23	- 3,51	- 5,89	- 0,66	- 1,74	- 0,47	- 2,15	- 1,07	- 1,88	- 0,79	- 1,52
Direktinvestitionen in Österreich	+ 4,08	+ 2,79	+ 9,60	+ 6,61	+ 0,94	+ 1,51	+ 2,38	+ 1,61	+ 0,58	- 0,30	+ 0,67	- 0,00	+ 1,17
Portfolioinvestitionen	+ 5,90	- 2,55	+ 3,23	+ 6,33	- 4,53	- 3,11	+ 2,78	+ 5,95	- 0,39	- 0,98	- 2,10	- 1,07	+ 0,54
Sonstige Investitionen	+ 0,74	+ 7,92	- 2,49	- 7,26	+ 4,37	+ 2,55	+ 0,05	- 5,27	- 3,63	+ 2,77	+ 4,82	+ 0,41	- 0,97
Offizielle Währungsreserven	- 2,91	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 0,82	- 0,69	+ 0,04	- 0,11	+ 0,69	+ 1,08	+ 0,15	+ 0,88
Statistische Differenz	- 0,54	- 0,04	+ 1,15	+ 0,54	+ 3,54	+ 1,09	- 0,96	- 0,40	+ 3,07	- 0,34	- 0,06	+ 0,87	- 0,31

Q: OeNB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Tourismus

Übersicht 12: Übernachtungen

	2000	2001	2002	2002		2003		2003					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
In allen Unterkunftsarten	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,7	+ 2,9	- 2,8	+ 7,8	- 4,6	- 4,6	+28,5	- 9,1	+ 8,6	- 6,8
Inländer	+ 2,6	+ 1,0	- 1,5	- 1,5	- 2,2	- 1,9	+ 5,8	+ 4,2	- 12,3	+12,5	+ 1,3	+ 5,4	+ 2,6
Ausländer	+ 0,0	+ 1,4	+ 2,5	+ 1,5	+ 5,0	- 3,1	+ 8,9	- 7,1	- 2,6	+36,5	- 15,0	+10,1	- 10,4
Aus Deutschland	- 1,6	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	- 7,0	+ 12,0	- 10,3	- 8,8	+50,9	- 20,6	+ 14,5	- 18,9
Aus den Niederlanden	+ 5,0	+ 4,1	+ 7,1	+ 7,2	+ 16,7	+ 1,1	+ 13,6	- 9,1	+ 29,1	+ 32,1	- 1,3	+ 15,8	+ 7,6
Aus Italien	- 5,3	+ 5,7	+ 4,9	+ 3,9	- 4,3	- 5,1	+ 3,5	- 1,2	- 16,7	- 4,0	+ 19,8	+ 1,1	+ 2,3
Aus der Schweiz	+ 3,8	+ 6,9	+ 6,2	+ 4,8	+ 6,8	+ 4,3	+ 13,5	- 0,6	+ 5,1	+ 27,9	- 3,5	+ 20,5	+ 9,9
Aus Großbritannien	+ 10,2	- 0,9	+ 6,6	+ 1,4	+ 14,9	+ 2,7	- 1,8	+ 14,5	- 18,0	+ 32,4	- 4,3	- 15,8	- 11,1
Aus den USA	+ 19,9	- 15,9	- 15,2	- 17,9	+ 23,7	+ 1,4	- 14,4	+ 1,2	- 1,6	- 7,4	- 24,6	- 9,2	- 7,5
Aus Japan	+ 1,6	- 9,6	- 8,6	- 14,1	+ 32,9	+ 17,4	- 37,0	+ 25,8	+ 10,8	- 30,0	- 43,8	- 35,2	- 24,6

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	1998	1999	2000	2001	2002	2001		2002				2003	
						III. Qu.	IV. Qu. Mio. €	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Exporte	11.357	11.771	12.361	13.397	13.905	3.571	2.752	4.506	2.839	3.778	2.782	4.299	3.085
Einnahmen i. e. S.	10.058	10.354	10.752	11.453	11.885	3.006	2.350	4.007	2.385	3.159	2.334	3.783	2.574
Personentransport	1.299	1.417	1.608	1.944	2.020	565	402	499	454	619	448	516	511
Importe	9.286	9.366	10.048	10.961	10.825	3.450	2.569	2.174	2.803	3.398	2.451	2.130	2.738
Ausgaben i. e. S.	8.556	8.623	9.215	10.032	9.947	3.200	2.373	1.979	2.578	3.140	2.251	1.945	2.523
Personentransport	730	743	833	929	878	250	196	195	225	258	200	185	215
Saldo	2.071	2.405	2.313	2.436	3.080	121	183	2.332	36	380	331	2.169	347
Ohne Personentransport	1.502	1.730	1.537	1.421	1.938	- 194	- 23	2.028	- 193	19	83	1.838	51

Q: OeNB, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)

	2000	2001	2002
	Mio. €		
<i>Touristische Nachfrage</i>			
Ausgaben ausländischer Besucher	12.288	13.386	14.045
Übernachtende Touristen	11.031	11.946	12.475
Tagesbesucher	1.257	1.440	1.570
Ausgaben inländischer Besucher	10.344	10.965	11.166
Urlaubsreisende	8.188	8.672	8.804
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.844	5.259	5.365
Tagesbesucher	3.344	3.413	3.439
Geschäftsreisende	2.156	2.293	2.362
Übernachtende Touristen	835	917	945
Tagesbesucher	1.321	1.376	1.417
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	822	856	882
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	23.454	25.207	26.093

Q: Statistik Austria, WIFO. 2000 und 2001: endgültig, 2002: vorläufig. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismussatellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Mio. €			Anteile am BIP in %		
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>						
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA						
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.869	12.500	13.052	5,7	5,9	6,0
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.848	13.566	14.090	6,2	6,4	6,5
	Mio. €			Beitrag zum BIP in %		
<i>TSA-Erweiterungen</i>						
Direkte und indirekte Wertschöpfung						
Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.742	20.164	20.883	9,1	9,5	9,6
Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort	17.109	17.709	18.240	8,3	8,4	8,4
Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	35.851	37.873	39.123	17,3	17,9	18,0

Q: Statistik Austria, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 16: Warenexporte

	2002	2003	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2003	2003	2003	2003	2003	2003
	Mrd. €	Junij)	Anteile in %											
Insgesamt	77,4	38,8	100,0	100,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 0,6	+ 5,0	+ 4,6	- 2,0	- 1,6	- 7,9	
Intra-EU	46,5	23,4	60,1	60,4	+ 12,5	+ 6,1	+ 3,0	- 0,5	+ 2,5	+ 5,1	- 2,4	- 3,1	- 9,6	
Deutschland	24,8	12,5	32,0	32,2	+ 10,4	+ 3,9	+ 2,6	+ 0,7	+ 5,8	+ 4,6	- 1,4	+ 0,2	- 9,1	
Italien	6,5	3,5	8,5	8,9	+ 19,4	+ 4,6	+ 3,5	+ 2,3	+ 7,9	+ 5,8	- 0,8	- 2,5	- 8,2	
Extra-EU	30,9	15,4	39,9	39,6	+ 21,0	+ 7,3	+ 6,1	+ 2,4	+ 8,9	+ 3,8	- 1,5	+ 0,7	- 5,2	
Ost-Mittleuropa	8,0	3,9	10,3	10,1	+ 16,8	+ 3,9	+ 4,2	- 0,9	- 4,8	+ 3,5	- 1,8	- 1,4	+ 2,1	
Ungarn	3,3	1,5	4,3	4,0	+ 16,9	- 4,3	+ 0,6	- 10,0	- 16,9	- 8,7	- 10,2	- 6,6	- 6,9	
Tschechien	2,2	1,2	2,9	3,0	+ 17,7	+ 7,6	+ 4,5	+ 6,0	+ 1,7	+ 13,7	+ 2,7	- 2,3	+ 11,4	
Südosteuropa	4,1	2,2	5,3	5,7	+ 19,5	+ 18,3	+ 14,7	+ 10,2	+ 17,0	+ 8,1	+ 7,2	+ 14,4	+ 8,3	
Frühere UdSSR	1,6	0,9	2,1	2,3	+ 43,3	+ 36,4	+ 3,6	+ 17,7	+ 18,8	+ 23,0	+ 19,4	+ 0,3	+ 28,3	
NAFTA	4,7	2,2	6,1	5,8	+ 27,3	+ 12,0	+ 0,6	- 4,4	+ 1,2	- 7,4	- 5,8	- 3,7	- 18,5	
USA	4,0	1,9	5,2	4,9	+ 27,2	+ 12,4	+ 2,0	- 7,0	- 0,9	- 10,8	- 7,3	- 4,6	- 23,7	
Japan	0,9	0,4	1,2	1,0	+ 25,1	- 0,6	+ 0,4	- 9,2	- 3,8	- 14,0	+ 14,9	- 14,3	- 23,9	
OPEC	1,1	0,6	1,4	1,5	+ 0,2	+ 40,2	- 12,1	+ 1,8	- 1,0	- 5,3	+ 18,8	+ 14,1	+ 7,9	
NOPEC	4,2	1,7	5,4	4,5	+ 26,1	+ 14,1	+ 8,3	- 7,9	+ 14,5	- 17,7	- 7,1	- 12,9	- 14,2	
Agrarwaren	4,1	2,2	5,3	5,7	+ 10,3	+ 15,6	+ 7,5	+ 8,6	+ 12,6	+ 7,1	+ 9,0	+ 6,5	+ 5,1	
Roh- und Brennstoffe	4,4	2,2	5,6	5,8	+ 18,2	+ 16,1	+ 13,3	+ 0,9	- 1,8	- 1,9	+ 0,5	+ 4,3	+ 2,3	
Industriewaren	68,9	34,3	89,1	88,6	+ 15,8	+ 5,6	+ 3,5	+ 0,1	+ 5,0	+ 4,9	- 2,9	- 2,5	- 9,3	
Chemische Erzeugnisse	7,9	4,0	10,2	10,3	+ 13,6	+ 10,1	+ 12,0	+ 0,4	- 4,0	+ 0,0	- 5,4	+ 2,5	- 6,5	
Bearbeitete Waren	17,3	8,9	22,4	23,0	+ 13,3	+ 5,0	+ 0,7	+ 2,3	+ 3,6	+ 6,3	+ 1,0	+ 2,2	- 3,1	
Maschinen, Fahrzeuge	33,1	16,3	42,7	42,0	+ 17,8	+ 5,0	+ 2,9	- 1,2	+ 8,2	+ 6,7	- 4,9	- 7,2	- 15,5	
Konsumnahe Fertigwaren	10,1	5,0	13,0	12,8	+ 9,0	+ 9,0	+ 1,8	+ 3,8	+ 4,1	+ 11,6	+ 4,8	+ 1,3	- 0,2	

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Weillan@wifo.ac.at

Übersicht 17: Warenimporte

	2002	2003	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2003	2003	2003	2003	2003
	Mrd. €	Juni ¹⁾	Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Insgesamt	77,1	38,8	100,0	100,0	+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 0,9	+ 5,6	+ 5,8	- 4,7	+ 1,6	- 5,1
Intra-EU	50,7	25,5	65,7	65,6	+ 10,3	+ 3,8	- 1,5	+ 0,8	+ 6,6	+ 5,9	- 4,7	+ 0,5	- 5,4
Deutschland	31,1	15,3	40,3	39,5	+ 11,5	+ 4,5	- 2,6	- 0,7	+ 2,6	- 0,8	- 2,1	+ 2,8	- 5,0
Italien	5,5	2,8	7,2	7,1	+ 8,0	+ 5,4	- 1,7	- 1,3	+ 0,6	+ 3,6	- 4,5	- 4,7	- 4,9
Extra-EU	26,4	13,4	34,3	34,4	+ 24,4	+ 7,4	- 3,0	+ 0,9	+ 3,7	+ 5,6	- 4,6	+ 3,7	- 4,5
Ost-Mitteuropa	6,9	3,7	9,0	9,6	+ 22,6	+ 8,4	+ 0,9	+ 11,0	+ 9,8	+ 18,0	+ 12,0	+ 11,5	+ 7,0
Ungarn	2,6	1,3	3,3	3,2	+ 19,7	+ 3,2	- 4,9	+ 3,1	- 0,8	+ 18,2	+ 2,2	- 0,3	- 3,5
Tschechien	2,2	1,3	2,9	3,4	+ 18,2	+ 10,3	+ 5,5	+ 21,0	+ 20,2	+ 23,1	+ 25,3	+ 23,5	+ 17,3
Südosteuropa	1,9	1,0	2,5	2,6	+ 22,7	+ 15,6	+ 9,8	+ 13,3	+ 21,3	+ 15,1	+ 6,1	+ 22,1	+ 8,6
Frühere UdSSR	1,8	1,0	2,4	2,6	+ 71,4	- 10,3	+ 0,3	+ 9,6	- 9,3	+ 40,1	+ 8,1	- 1,7	+ 8,5
NAFTA	4,2	1,7	5,4	4,5	+ 21,5	+ 0,8	- 11,6	- 29,7	- 21,1	- 37,0	- 39,9	- 9,2	- 42,2
USA	3,7	1,5	4,8	3,8	+ 17,7	+ 2,5	- 11,3	- 32,8	- 26,6	- 39,6	- 41,3	- 16,5	- 43,7
Japan	1,6	0,9	2,1	2,3	+ 23,4	- 12,8	- 6,4	+ 8,8	+ 11,5	+ 33,4	- 0,7	+ 14,0	- 1,8
OPEC	1,1	0,5	1,4	1,4	+ 50,7	- 1,1	- 14,4	+ 19,9	+ 65,0	+ 53,9	+ 55,7	- 4,8	- 25,1
NOPEC	5,0	2,4	6,4	6,1	+ 26,6	+ 24,4	- 7,5	+ 1,9	+ 11,7	- 3,0	- 4,0	- 1,7	+ 12,9
Agrarwaren	4,7	2,3	6,0	5,8	+ 4,1	+ 11,0	+ 3,8	+ 1,9	+ 6,9	+ 7,4	- 0,9	+ 2,7	- 6,0
Roh- und Brennstoffe	8,7	4,7	11,3	12,0	+ 47,4	+ 6,5	+ 3,1	+ 8,0	+ 13,8	+ 13,5	+ 10,5	+ 4,3	+ 1,7
Industriewaren	63,8	31,9	82,7	82,2	+ 12,3	+ 4,4	- 3,1	- 0,2	+ 4,5	+ 4,6	- 6,8	+ 1,1	- 5,9
Chemische Erzeugnisse	8,7	4,5	11,3	11,7	+ 12,2	+ 8,7	+ 5,5	+ 5,5	+ 8,5	+ 28,7	- 9,8	- 0,9	- 2,5
Bearbeitete Waren	12,5	6,3	16,2	16,1	+ 12,3	+ 6,1	- 5,7	- 0,1	+ 1,4	+ 1,9	- 1,0	+ 0,1	- 3,0
Maschinen, Fahrzeuge	30,0	15,2	38,9	39,1	+ 14,4	+ 2,6	- 5,0	- 0,6	+ 9,2	- 0,2	- 6,5	+ 2,9	- 9,2
Konsumnahe Fertigwaren	12,2	5,7	15,8	14,8	+ 7,0	+ 5,2	- 2,0	- 2,9	- 2,7	- 0,4	- 6,4	- 0,8	- 4,4

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langner@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2000	2001	2002	2002		2003		Mai	Juni	2003 Juli	August	September
	In %											
Geld- und Kapitalmarktzinssätze												
Basiszinssatz	3,4	3,9	2,7	2,8	2,6	2,2	2,0	1,5	2,2	1,7	1,5	1,5
Taggeldsatz	4,1	4,4	3,3	3,3	3,2	2,8	2,4	2,1	2,6	2,2	2,1	2,0
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	3,4	3,1	2,7	2,4	2,1	2,4	2,2	2,1	2,2
Sekundärmarktrendite												
Benchmark	5,6	5,1	5,0	4,8	4,6	4,1	3,9	4,2	3,9	3,7	4,0	4,2
Insgesamt	5,4	4,7	4,4	4,3	3,9	3,4	3,2	3,4	3,2	2,9	3,2	3,5
Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute												
Kommerzkredite	6,5	6,4	5,8	5,9	5,7	5,4	5,0	.	5,1	4,8	.	.
Privatkredite	7,4	7,3	6,7	6,8	6,7	6,3	5,9	.	5,9	5,7	.	.
Hypothekarkredite	5,8	5,9	5,3	5,3	5,2	4,9	4,5	.	4,5	4,4	.	.
Habenzzinssätze der inländischen Kreditinstitute												
Spareinlagen täglich fällig	0,7	0,6	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	.	0,3	0,2	.	.
Spareinlagen über 12 Monate	3,1	3,3	2,8	2,8	2,6	2,3	2,1	.	2,1	1,9	.	.
Kapitalsparbrief	3,6	3,7	3,2	3,3	3,0	2,6	2,3	.	2,4	2,1	.	.

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauningner@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/ 1996	1998	1999	2000	2001	2002	Ø 1994/ 1996	1998	1999	2000	2001	2002
	Mio. €, zu Erzeugerpreisen						Mio. €, zu Herstellungspreisen					
Produktionswert												
Pflanzliche Erzeugung	2.343	2.167	2.333	2.165	2.235	2.232	2.812	2.544	2.667	2.499	2.579	2.575
Tierische Erzeugung	2.693	2.286	2.280	2.412	2.577	2.410	2.980	2.450	2.359	2.495	2.696	2.570
Übrige Produktion	449	487	522	509	512	531	449	487	522	509	512	531
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	5.485	4.940	5.134	5.086	5.323	5.173	6.241	5.481	5.547	5.504	5.787	5.677
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	2.468	2.040	2.096	2.125	2.268	2.098	3.199	2.582	2.509	2.543	2.732	2.602
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	1.860	1.252	1.175	1.202	1.385	1.249
1.000 Jahresarbeitseinheiten												
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	194,9	179,6	177,7	170,3	167,3	165,2	.	- 2,0	- 1,1	- 4,1	- 1,8	- 1,3
Real, Ø 1994/1996 = 100						Nominell, Ø 1994/1996 = 100						
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	84,7	81,3	87,6	102,1	99,4	100,0	87,3	84,4	92,2	109,3	107,7
Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
Anteil der Landwirtschaft in %	6,0	5,4	5,3	5,0	4,9	4,9	2,0	1,4	1,4	1,3	1,4	1,3

Q: Eurostat, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/ 1996	1999	2000	2001	2002	2002		2003		2003			Juni
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	
	1.000 t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Marktentwicklung													
Milchanlieferung	2.278,0	2.540,0	2.660,8	2.653,7	2.648,8	- 0,6	+ 0,9	+ 0,4	- 0,3	+ 0,4	+ 0,6	- 0,2	- 1,2
Marktleistung Getreide ¹⁾		2.505,0	2.209,1	2.442,9	2.330,7								
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	194,7	194,8	203,7	198,3	- 5,4	- 4,2	- 3,6	- 6,7	- 3,5	- 10,7	- 5,4	- 3,6
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	10,7	10,2	11,5	10,8	- 3,9	- 9,4	- 16,1	- 2,9	- 29,7	+ 12,0	- 15,2	- 4,5
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	482,8	468,3	453,0	463,5	+ 7,7	- 1,4	+ 0,7	- 1,7	+ 3,6	- 5,4	- 4,2	+ 5,0
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	84,2	94,8	94,5	99,6	100,7	- 2,2	+ 2,1	- 1,0	+ 2,6	- 6,0	+ 6,6	- 0,9	+ 2,2
	€ je t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	283,1	283,8	324,5	307,0	- 11,7	- 13,6	- 11,0	- 6,6	- 10,1	- 7,8	- 7,0	- 4,9
Qualitätsweizen		123,9	125,6	123,4	114,1	- 5,1	- 1,8	- 2,5	+ 0,6	- 5,2	- 3,1	+ 3,3	+ 1,9
Jungtiere (R3) ³⁾		2.778,8	2.824,2	2.456,7	2.680,0	+ 6,1	+ 6,3	+ 8,0	+ 4,3	+ 8,3	+ 7,4	+ 3,1	+ 2,3
Schweine (Kl. E.) ³⁾		1.151,9	1.430,8	1.719,2	1.374,2	- 15,7	- 14,6	- 12,6	- 8,8	- 16,8	- 8,8	- 11,0	- 6,6
Hühner bratfertig ³⁾		1.791,7	1.827,5	1.941,7	1.935,8	- 0,5	+ 0,5	- 1,0	- 0,5	- 1,5	- 0,5	- 1,0	+ 0,0

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. Jahr 2002: vorläufige Werte. – ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. – ³⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Sachgütererzeugung

Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2000	2001	2002	2002				2002				Dezember	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober		Novem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsfähig bereinigt)													
Insgesamt	+ 9,9	+ 0,5	- 0,0	- 3,4	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 2,0	- 3,6	+ 2,7	- 0,8	+ 1,7	+ 0,6
Vorprodukte	+ 10,5	- 1,6	- 2,2	- 5,5	- 3,1	- 0,6	+ 0,6	+ 0,6	- 6,1	+ 3,0	- 1,4	+ 1,7	+ 1,7
Kfz	+ 18,6	+ 6,7	- 2,1	- 11,6	+ 5,7	- 2,6	+ 0,7	+ 9,3	- 8,6	- 8,9	+ 1,0	+ 5,5	- 4,9
Investitionsgüter	+ 10,6	+ 5,0	+ 7,5	+ 3,2	+ 15,8	+ 10,5	+ 1,2	+ 11,8	+ 9,1	+ 10,5	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,6
Konsumgüter	+ 5,7	- 0,9	- 0,3	- 1,1	+ 1,6	- 2,4	+ 0,5	- 2,2	- 6,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,6	- 0,9
Dauerhafte	+ 16,9	- 4,8	- 8,2	- 6,4	+ 4,1	- 20,8	- 8,5	- 25,6	- 21,2	- 15,7	- 10,8	- 5,9	- 8,8
Nichtdauerhafte	+ 2,1	- 0,3	- 1,3	- 5,5	- 1,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 4,5	- 6,2	+ 4,0	+ 5,3	+ 2,3	- 4,7
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,6	+ 0,6	+ 4,3	+ 5,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 4,2	+ 7,1	+ 0,4	+ 7,0	+ 2,8	+ 4,4	+ 5,4
Beschäftigte	+ 0,1	+ 1,4	- 1,7	- 1,0	- 1,3	- 2,4	- 2,1	- 2,3	- 2,8	- 2,2	- 2,2	- 2,1	- 2,0
Geleistete Stunden	- 0,0	+ 1,0	- 2,4	- 4,1	- 2,1	- 1,9	- 1,5	+ 0,1	- 4,8	- 1,2	- 0,8	- 3,1	- 0,4
Produktion je Beschäftigten	+ 9,8	- 0,9	+ 1,7	- 2,4	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 4,4	- 0,9	+ 4,9	+ 1,5	+ 3,8	+ 2,6
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 9,3	- 0,5	+ 2,7	- 0,2	+ 4,3	+ 3,6	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 6,9	+ 2,5	+ 2,2	+ 4,6
Auftragseingänge	+ 13,9	+ 2,2	- 2,4	- 1,8	+ 3,3	- 3,0	- 7,5	- 4,7	- 10,9	+ 5,8	+ 0,6	+ 3,6	- 22,8
Inland	+ 9,8	+ 2,7	- 10,5	- 3,4	- 1,8	- 6,9	- 25,3	- 6,0	- 15,8	+ 1,0	- 12,8	- 16,4	- 39,4
Ausland	+ 16,0	+ 2,0	+ 1,4	- 1,2	+ 5,7	- 1,3	+ 2,8	- 4,2	- 8,5	+ 7,8	+ 7,3	+ 13,9	- 11,1
Auftragsbestand	+ 11,2	+ 8,7	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,6	+ 0,3	+ 5,9	- 1,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 8,0	+ 5,8	+ 4,0
Inland	+ 11,3	+ 4,7	- 15,9	- 15,4	- 18,2	- 20,6	- 8,5	- 21,3	- 21,0	- 19,4	- 10,7	- 9,5	- 5,1
Ausland	+ 11,2	+ 10,6	+ 12,1	+ 11,8	+ 15,3	+ 9,6	+ 11,5	+ 7,4	+ 9,8	+ 11,7	+ 15,9	+ 11,8	+ 7,3

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Traude.Novak@wifo.ac.at

Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

	2000		2001				2002				2003		
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	- 11,1	- 11,9	- 14,0	- 23,1	- 29,7	- 41,0	- 36,4	- 37,7	- 32,4	- 30,9	- 32,4	- 28,8	- 36,2
Exportauftragsbestände	- 14,2	- 16,1	- 16,7	- 27,7	- 30,6	- 41,8	- 39,3	- 35,3	- 31,8	- 30,7	- 34,1	- 28,9	- 44,0
Fertigwarenlager	+ 11,1	+ 9,5	+ 13,1	+ 18,7	+ 19,9	+ 21,3	+ 20,4	+ 18,2	+ 18,2	+ 15,8	+ 13,8	+ 12,9	+ 15,5
Produktionserwartungen	+ 14,3	+ 12,6	+ 11,1	+ 4,6	+ 2,9	- 3,7	+ 1,8	+ 8,3	+ 3,8	+ 7,7	+ 4,6	+ 2,9	+ 2,1
Verkaufspreiserwartungen	+ 5,9	+ 9,0	+ 9,1	- 3,4	- 3,6	- 11,6	- 5,2	- 2,2	+ 0,8	- 1,1	- 4,9	- 1,1	- 9,6

Q: WIFO-Konjunkturtest. • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 23: Produktion

	2000	2001	2002	2002				2002				Dezember	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober		Novem- ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionswert													
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	+ 3,6	- 2,9	+ 1,7	+ 0,6	+ 6,4	+ 0,6	- 0,6	+ 2,5	- 3,8	+ 2,8	- 1,2	- 4,6	+ 5,1
Hochbau	+ 4,4	- 4,0	- 0,6	- 1,9	+ 5,7	+ 1,0	- 6,5	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,2	- 1,8	- 13,5	- 3,4
Wohnhaus-, Siedlungsbau	- 1,0	- 9,7	- 1,8	+ 2,6	- 0,3	+ 1,1	- 8,8	- 0,4	- 2,1	+ 5,7	+ 0,3	- 10,2	- 16,4
Tiefbau	+ 1,6	- 1,4	+ 5,7	+ 5,5	+ 7,8	+ 0,8	+ 9,0	+ 4,1	- 8,3	+ 6,5	- 0,5	+ 11,4	+ 22,0
Bauwesen insgesamt ²⁾	+ 4,2	- 2,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 4,0	- 0,7	- 0,7	+ 0,8	- 4,0	+ 1,1	- 1,6	- 1,5	+ 1,1
Baunebengewerbe	+ 5,3	- 0,2	- 3,3	+ 1,1	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 2,9	- 5,7	- 3,9	- 7,5	- 9,7	- 4,7
Auftragsbestände	+ 0,6	+ 2,0	- 2,6	- 3,2	- 4,6	- 2,2	- 0,1	- 1,5	- 2,2	- 3,0	- 1,3	- 1,3	+ 2,5
Auftragseingänge	+ 4,3	- 3,7	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,8	- 1,6	+ 8,2	+ 3,2	- 6,3	- 1,5	+ 8,1	+ 0,3	+ 16,1

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. – ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2002		2003		März	April	2003			August
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	
Baupreisindex ¹⁾													
Hoch- und Tiefbau	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8
Hochbau	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5
Tiefbau	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,0	- 0,3	- 0,2
Arbeitsmarkt													
Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	- 2,0	- 4,1	- 2,8	- 2,4	- 2,8	- 2,0	- 1,0	- 1,0	- 1,3	- 0,6	- 1,0	- 0,6	- 0,6
Arbeitslose	- 7,7	+ 10,4	+ 8,0	+ 12,4	+ 0,7	- 2,0	- 3,7	- 4,9	- 3,2	- 4,8	- 3,1	- 2,4	- 1,8
Offene Stellen	+ 12,9	- 30,9	- 11,0	+ 2,8	+ 8,8	- 5,9	+ 5,3	- 2,3	- 3,6	+ 14,4	+ 6,9	- 2,8	- 0,4

Q: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ 1996 = 100. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Binnenhandel

Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

	2000	2001	2002	2002		2003		Februar	März	2003			Juli
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			April	Mai	Juni	
Nettoumsätze nominell													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 5,7	- 2,0	+ 1,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,6	+ 2,8	+ 7,0	+ 3,6	+ 0,5	+ 1,2
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 8,9	- 3,4	+ 2,0	+ 4,3	+ 2,9	+ 4,8	+ 2,9	+ 5,6	+ 4,9	+ 6,8	+ 2,2	- 0,3	+ 0,9
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,4	- 2,1	+ 8,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 1,7
Nettoumsätze real													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 2,7	- 2,8	+ 1,1	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,7	+ 0,8	+ 6,2	+ 3,3	- 0,6	+ 0,2
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 4,6	- 4,0	+ 2,6	+ 5,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,7	+ 6,8	+ 2,9	- 0,9	+ 0,7
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,8	- 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,7	+ 0,4	+ 3,1	+ 0,7	- 3,1	+ 7,4	+ 2,3	- 0,5	- 0,3
Beschäftigte ¹⁾													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 1,2	+ 1,2	- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 0,9	- 1,0	- 1,1	- 0,5	- 0,4	- 0,7	- 1,8	- 1,6
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,8	- 1,4
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	- 0,9	- 1,2	- 4,5	- 4,1	- 4,6	- 4,2	- 4,1	- 3,7	- 4,5	- 4,2
	+ 1,3	+ 1,1	- 0,7	- 1,1	- 1,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,1	- 0,2	+ 0,2

Q: Statistik Austria; laut ÖNACE 1995, ab 2003 mit ÖNACE 2003 verkettet. – ¹⁾ Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr

Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr

	2000	2001	2002	2002		2003		März	April	2003			August
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	
Güterverkehr													
Straße (in tkm)	+ 1,9	+ 2,3
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	+ 4,5	- 13,2	- 7,4	- 6,1	+ 1,4	+ 5,5	+ 16,7	+ 3,3	+ 8,4	+ 24,5	+ 18,4	+ 10,7	+ 18,0
Bahn (in tkm)	+ 10,0	+ 1,6	+ 1,4	- 2,8	- 0,6	- 2,9	+ 0,7
Inlandverkehr	+ 10,3	- 1,0	+ 1,9	+ 1,4	+ 4,7	- 10,4
Ein- und Ausfuhr	+ 12,3	+ 1,3	+ 2,7	- 3,3	- 1,5	- 0,7
Transit	+ 4,3	+ 5,3	- 2,3	- 5,5	- 4,3	- 0,4
Personenverkehr													
Bahn (Personenkilometer)	+ 2,6	+ 0,4	+ 0,7
Luftverkehr (Passagiere)	+ 7,2	- 0,3	+ 1,4	- 1,3	+ 16,3	+ 7,8	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	- 3,0	+ 2,4	+ 4,5	.
Neuzulassungen Pkw	- 1,5	- 5,1	- 4,8	- 2,2	+ 4,7	+ 2,5	+ 6,3	+ 1,3	+ 5,3	+ 8,4	+ 5,4	+ 6,5	+ 8,1

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Bankenstatistik

Übersicht 27: Einlagen und Kredite

	2000	2001	2002	2002		2003		Februar	März	2003			Juli
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			April	Mai	Juni	
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen insgesamt	+ 2,3	+ 7,8	+ 1,1	+ 4,4	+ 1,1	+ 2,6	+ 4,2	+ 2,6	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,6
Spareinlagen	- 2,1	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,9
Termineinlagen	+ 12,5	+ 31,8	- 13,8	+ 1,9	- 13,8	- 10,5	- 7,2	- 1,6	- 10,5	- 6,5	- 3,5	- 7,2	- 12,8
Sichteinlagen	+ 14,4	+ 8,2	+ 9,3	+ 12,0	+ 9,3	+ 10,5	+ 11,8	+ 8,7	+ 10,5	+ 9,5	+ 10,1	+ 11,8	+ 13,1
Fremdwährungseinlagen	+ 7,3	- 19,1	- 9,3	- 14,8	- 9,3	- 11,2	+ 3,5	- 32,0	- 11,2	- 8,9	- 14,1	+ 3,5	- 11,7
Direktkredite an inländische Nichtbanken													
	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,1

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktkindikatoren

	2002				2003				2003				
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig Beschäftigte	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
Arbeitslose	+ 3,0	+ 1,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,4	- 0,2	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,2	- 0,1
Offene Stellen	- 7,1	- 8,0	- 9,6	- 5,3	- 5,1	- 3,0	- 1,4	- 0,9	- 3,6	- 2,1	- 0,7	- 0,7	+ 2,4
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	6,9	7,0	7,0	7,0	7,0	.	7,0	7,0	7,0	7,1	7,1	7,1	.
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,5	4,3	4,3	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2000	2001	2002	2002	2003	III. Qu.	April	Mai	2003				
				IV. Qu.	I. Qu.				II. Qu.	Juni	Juli	August	September
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.134	3.148	3.155	3.149	3.123	3.188	3.253	3.167	3.188	3.209	3.276	3.258	3.224
Männer	1.757	1.748	1.731	1.722	1.677	1.742	1.780	1.728	1.744	1.754	1.791	1.783	1.767
Frauen	1.377	1.400	1.424	1.427	1.446	1.446	1.473	1.438	1.444	1.455	1.486	1.476	1.458
Ausländer	320	329	334	331	334	352	.	345	352	360	366	366	.
Sachgütererzeugung	612	614	599	592	582	587	.	585	587	588	603	599	.
Bauwesen	258	247	240	241	203	250	.	244	252	254	260	259	.
Private Dienstleistungen	1.231	1.250	1.257	1.244	1.256	1.248	.	1.238	1.244	1.263	1.298	1.295	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	251	267	278	283	277	284	.	281	284	287	295	296	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.064	3.078	3.064	3.044	3.013	3.074	.	3.053	3.074	3.095	3.161	3.142	.
Männer	1.745	1.735	1.718	1.710	1.665	1.728	.	1.714	1.730	1.740	1.776	1.768	.
Frauen	1.320	1.343	1.345	1.334	1.348	1.346	.	1.339	1.345	1.355	1.384	1.374	.
Arbeitslose	194	204	232	244	284	216	205	231	215	201	200	205	209
Männer	108	115	134	141	184	119	108	130	117	109	106	107	111
Frauen	87	89	98	104	100	97	96	101	98	92	94	98	97
Personen in Schulung ²⁾	29	32	35	41	44	44	37	45	45	42	37	35	40
Offene Stellen	35	30	23	21	21	24	23	24	25	23	23	23	22
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 25,8	+ 14,4	+ 7,0	+ 15,0	+ 31,3	+ 32,5	+ 28,4	+ 38,3	+ 31,9	+ 27,4	+ 29,9	+ 27,7	+ 27,8
Männer	+ 2,2	- 9,3	- 16,6	- 17,5	- 7,1	+ 0,5	+ 3,4	+ 0,7	+ 1,4	- 0,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 5,0
Frauen	+ 23,7	+ 23,7	+ 23,7	+ 32,5	+ 38,4	+ 32,1	+ 25,1	+ 37,6	+ 30,6	+ 28,1	+ 27,4	+ 25,0	+ 22,8
Ausländer	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 6,4	+ 11,9	+ 15,9	.	+ 16,8	+ 14,8	+ 16,2	+ 16,7	+ 18,6	.
Sachgütererzeugung	+ 0,2	+ 1,3	- 15,1	- 18,2	- 14,5	- 12,0	.	- 13,3	- 11,6	- 11,0	- 7,9	- 7,5	.
Bauwesen	- 5,2	- 10,4	- 6,8	- 7,0	- 4,2	- 2,5	.	- 3,2	- 1,6	- 2,7	- 1,6	- 1,6	.
Private Dienstleistungen	+ 27,8	+ 19,3	+ 6,2	+ 5,9	+ 3,9	+ 3,6	.	+ 9,4	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 2,8	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	+ 18,2	+ 16,3	+ 10,3	+ 13,2	+ 11,1	+ 8,6	.	+ 9,2	+ 8,7	+ 7,9	+ 8,9	+ 8,4	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 28,9	+ 13,6	- 14,6	- 21,1	- 3,4	+ 6,7	.	+ 9,0	+ 6,4	+ 4,7	+ 9,6	+ 9,3	.
Männer	+ 2,1	- 9,5	- 16,7	- 17,7	- 7,5	- 0,2	.	- 0,3	+ 0,8	- 1,1	+ 1,9	+ 1,8	.
Frauen	+ 26,8	+ 23,2	+ 2,1	- 3,4	+ 4,1	+ 6,9	.	+ 9,3	+ 5,7	+ 5,8	+ 7,7	+ 7,4	.
Arbeitslose	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 14,8	+ 5,9	+ 5,4	+ 7,5	- 0,1	+ 7,1	+ 9,2	+ 8,3	+ 5,4	+ 8,7
Männer	- 14,0	+ 7,8	+ 19,1	+ 11,8	+ 6,2	+ 4,3	+ 4,1	+ 2,7	+ 4,6	+ 5,7	+ 4,7	+ 3,1	+ 4,4
Frauen	- 13,4	+ 1,8	+ 9,5	+ 3,0	- 0,3	+ 1,1	+ 3,4	- 2,8	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,3	+ 4,3
Personen in Schulung ²⁾	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,8	+ 7,5	+ 11,8	+ 8,6	+ 3,6	+ 9,8	+ 9,2	+ 7,0	+ 5,1	+ 3,3	+ 2,3
Offene Stellen	+ 4,3	- 5,8	- 6,5	- 2,5	- 1,8	- 1,1	- 1,0	- 1,2	- 0,9	- 1,1	- 0,8	- 0,8	- 1,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienler. – ²⁾ Bezieher und Bezieherinnen von Individualbeihilfe des AMS. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2000	2001	2002	2002	2003	III. Qu.	April	Mai	2003				
				IV. Qu.	I. Qu.				II. Qu.	Juni	Juli	August	September
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	5,8	6,1	6,9	7,2	8,3	6,3	5,9	6,8	6,3	5,9	5,8	5,9	6,1
Männer	5,8	6,2	7,2	7,6	9,9	6,4	5,7	7,0	6,3	5,9	5,6	5,7	5,9
Frauen	5,9	5,9	6,4	6,8	6,4	6,3	6,1	6,6	6,3	5,9	5,9	6,2	6,3
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	14,4	15,2	15,8	16,6	15,4	16,1	.	16,0	16,2	16,1	16,7	17,1	.
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	547	687	1.002	1.144	1.348	902	906	976	869	862	882	900	938

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2000	2001	2002	2002		2003		März	April	2003			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
Verbraucherpreisindex	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Ohne Saisonwaren	+ 2,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	.	+ 3,6	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0
Alkoholische Getränke, Tabak	.	+ 4,2	+ 4,4	+ 5,3	+ 5,6	+ 4,9	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,9	+ 0,8
Bekleidung und Schuhe	.	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,8	- 0,3
Wohnung, Wasser, Energie	.	+ 3,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7
Hausrat und laufende Instandhaltung	.	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,4
Gesundheitspflege	.	+ 5,8	+ 1,8	- 1,0	+ 1,8	+ 2,4	- 1,9	+ 2,7	- 0,5	- 2,6	- 2,7	- 1,8	- 1,7
Verkehr	.	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,5	+ 3,4	- 0,6	+ 2,9	+ 0,3	- 1,1	- 1,1	- 0,6	+ 0,4
Nachrichtenübermittlung	.	- 1,0	- 1,0	- 1,0	- 1,9	- 2,1	- 1,7	- 1,8	- 1,6	- 1,6	- 1,7	- 1,8	- 1,7
Freizeit und Kultur	.	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2
Erziehung und Unterricht	.	+ 10,0	+ 21,9	+ 29,4	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 4,1
Restaurants und Hotels	.	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	.	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,2	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2
Großhandelspreisindex	+ 4,0	+ 1,5	- 0,4	- 0,6	+ 0,5	+ 1,8	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,3
Ohne Saisonprodukte	+ 4,1	+ 1,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,8	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,1

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 32: Tariflöhne

	2000	2001	2002	2002 IV. Qu.	2003			April	Mai	2003			
					I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.			Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Arbeiter	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1
Angestellte	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,8
Verkehr	+ 1,5	+ 1,6	+ 4,1	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 33: Effektivverdienste

	2000	2001	2002	2002		2003		Juli	August	2003			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft ¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,7
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,4	+ 1,7	+ 1,0
Pro-Kopf-Einkommen													
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,5
Je Arbeitnehmer, netto	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,3
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	+ 1,5	- 1,0	- 0,5
Sachgütererzeugung													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 2,2	+ 4,1	+ 0,9	+ 1,2	- 0,4	.	.	+ 2,4	+ 0,0	+ 1,0	- 0,6	- 1,6	+ 1,6
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,7	.	.	+ 4,8	+ 2,9	+ 3,3	+ 1,6	+ 0,5	+ 3,6
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,0	+ 3,4	+ 1,9	.	.	+ 3,6	+ 4,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,0
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	.	.	+ 1,8	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 3,9	+ 0,8
Bauwesen													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 1,1	- 2,4	- 0,4	+ 0,2	- 0,4	.	.	+ 1,5	- 3,7	+ 3,0	- 0,3	- 2,9	+ 3,3
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,9	+ 2,3	.	.	+ 5,7	+ 0,0	+ 6,2	+ 2,8	- 0,2	+ 5,6
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,0	.	.	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,5	+ 3,4
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,0	.	.	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,3

Q: Statistik Austria. - ¹⁾ Laut ESVG 1995. - ²⁾ Zu Preisen von 1995. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 34: Staatsquoten

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	
	In % des Bruttoinlandsproduktes										
Staatsausgaben		57,9	57,4	57,3	56,8	54,1	54,2	54,2	52,3	51,9	51,8
Abgabenquote Staat und EU		43,2	41,9	42,4	43,9	44,7	44,4	44,4	43,5	45,6	44,6
Finanzierungssaldo ¹⁾		- 4,2	- 5,0	- 5,2	- 3,8	- 1,9	- 2,4	- 2,3	- 1,5	0,3	- 0,2
Schuldenstand		61,8	64,7	69,2	69,1	64,7	64,9	67,5	66,8	67,3	67,3

Q: Statistik Austria. Stand: 26. August 2003. - ¹⁾ Einschließlich Saldo der Währungstauschverträge. • E-Mail-Adresse: Brigitte.Schuetz@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Unselbständige	1.549,7	1.570,8	1.600,2	1.630,7	1.646,6	1.662,8	699	716	738	760	773	790
Arbeiter	952,0	958,1	966,7	975,1	976,3	978,0	571	582	595	609	616	626
Angestellte	557,8	573,3	590,5	612,6	627,8	642,8	911	934	962	989	1.008	1.029
Selbständige	344,3	343,6	344,3	347,7	346,6	345,2	588	607	626	646	663	681
Gewerbliche Wirtschaft	153,0	153,3	154,3	156,0	156,5	156,7	733	755	782	809	831	856
Bauern	191,0	190,1	189,6	191,4	189,8	188,1	469	484	496	509	519	531
Neuzuerkennungen insgesamt ¹⁾	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	709	737	804	846	783	793
Unselbständige	94,4	89,6	99,6	100,9	83,5	87,2	716	746	816	863	786	799
Arbeiter	56,0	52,4	55,4	54,8	45,7	48,6	556	577	611	638	565	576
Angestellte	36,5	35,5	42,0	43,9	36,0	36,9	954	988	1.076	1.137	1.058	1.087
Selbständige ¹⁾	16,3	15,5	17,0	19,0	13,6	14,1	669	684	738	754	763	760
Gewerbliche Wirtschaft	8,3	8,0	8,7	9,2	7,6	7,5	839	849	909	974	952	965
Bauern	8,0	7,5	8,2	9,8	6,1	6,6	492	508	557	548	528	525

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	1.894,0	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	679	697	718	740	754	771
Direktpensionen	1.362,5	1.382,8	1.413,3	1.448,2	1.464,4	1.480,7	771	791	815	791	853	872
Invaliditätspensionen	385,9	382,5	378,3	377,4	381,2	385,5	658	675	692	710	731	752
Alle Alterspensionen ¹⁾	976,7	1.000,3	1.034,9	1.070,9	1.083,1	1.095,1	816	835	860	882	896	914
Normale Alterspensionen	763,9	777,3	801,9	831,0	860,8	885,4	760	774	789	803	816	832
Vorzeitige Alterspensionen	212,1	222,4	232,5	239,4	222,0	209,3	1.019	1.051	1.106	1.160	1.211	1.261
Lange Versicherungsdauer	124,5	127,6	131,4	132,2	123,2	120,9	1.110	1.137	1.192	1.257	1.314	1.370
Arbeitslosigkeit	20,8	19,8	18,6	17,3	15,4	14,7	629	648	672	698	716	729
Geminderte Arbeitsfähigkeit	65,7	74,0	81,7	89,2	82,9	73,4	968	1.011	1.067	1.107	1.151	1.190
Gleitpensionen	1,1	1,1	0,8	0,6	0,5	0,4	998	993	956	957	953	947
Witwen- bzw. Witwerpensionen	480,5	481,0	480,8	480,0	478,8	477,8	466	476	486	497	504	514
Waisenpensionen	51,0	50,6	50,5	50,1	49,7	49,5	222	228	234	240	246	253
Neuzuerkennungen insgesamt ²⁾	110,7	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	709	737	804	846	783	793
Direktpensionen	75,9	72,9	84,7	89,2	67,4	71,1	841	875	945	985	933	941
Invaliditätspensionen	14,5	15,0	15,3	17,8	21,7	22,9	765	794	784	860	900	865
Alle Alterspensionen ¹⁾	61,4	57,9	69,3	71,3	45,6	48,1	859	897	980	1.016	949	977
Normale Alterspensionen	15,5	14,7	17,0	18,0	18,2	18,4	428	413	450	482	473	469
Vorzeitige Alterspensionen	45,9	43,2	52,3	53,3	27,4	29,7	1.004	1.061	1.153	1.197	1.264	1.292
Lange Versicherungsdauer	28,0	26,9	34,0	33,1	21,5	25,4	1.095	1.142	1.252	1.329	1.366	1.376
Arbeitslosigkeit	4,1	3,5	4,2	4,1	3,0	3,2	636	648	677	690	706	684
Geminderte Arbeitsfähigkeit	13,3	12,4	14,0	15,9	2,8	1,0	926	1.010	1.059	1.054	1.094	1.109
Gleitpensionen	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	1.033	804	719	881	959	1.003
Witwen- bzw. Witwerpensionen	29,0	26,6	26,4	25,3	24,5	25,0	466	471	480	494	493	497
Waisenpensionen	5,8	5,6	5,5	5,5	5,3	5,3	198	203	201	204	207	213

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Knappschaftssold. – ²⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	58,4	58,2	58,4	58,5	58,7	59,1	56,8	56,7	56,7	56,8	57,3	57,4
Invaliditätspensionen	49,9	50,3	50,4	51,8	53,4	53,7	48,1	48,2	48,3	49,2	50,4	51,3
Alle Alterspensionen	61,0	60,9	60,6	60,5	62,2	62,8	58,2	58,2	58,0	58,3	59,4	59,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 38: Beiträge des Bundes

	1997 1998 1999 2000 2001 2002						1997 1998 1999 2000 2001 2002					
	Mrd. €						In % des Pensionsaufwands					
Unselbständige	2.218,7	2.356,7	2.625,0	2.211,5	2.377,4	2.691,3	15,0	15,4	16,3	13,1	13,6	15,0
Gewerbliche Wirtschaft	926,0	928,6	957,2	1.016,2	738,1	1.039,3	61,7	59,6	59,0	59,8	41,9	57,1
Bauern	833,6	839,2	878,4	929,4	989,3	1.031,0	80,1	78,8	79,8	81,0	84,8	86,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	Emissionen						Emissionsintensität			
	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2000	2000	
	Megatonnen						kg je BIP ¹⁾		t je Einwohner	
OECD	11.013,6	11.529,9	11.932,3	12.036,6	12.050,8	12.134,6	12.449,0	0,51	11,09	
USA	4.825,7	5.108,7	5.290,0	5.395,4	5.432,4	5.488,0	5.665,4	0,63	20,57	
EU	3.114,8	3.083,1	3.179,8	3.129,1	3.162,4	3.130,3	3.161,7	0,38	8,35	
Deutschland	964,1	870,0	908,4	879,7	861,9	830,7	833,0	0,44	10,14	
Österreich	56,9	58,8	61,8	63,2	62,2	62,3	62,8	0,32	7,74	

Q: OECD. – ¹⁾ Zu Preisen von 1995, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	1997	1998	1999	2000	2001
			Mio. €		
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	4.601	4.764	4.968	5.436	6.065
Energiesteuern ¹⁾	3.060	2.988	3.100	3.288	3.635
Umweltverschmutzungssteuern ²⁾	34	43	65	72	89
Ressourcensteuern ³⁾	407	421	441	452	451
Transportsteuern ⁴⁾	1.100	1.312	1.362	1.624	1.890

Anteile der Umweltsteuern in %

	1997	1998	1999	2000	2001
An den Steuereinnahmen insgesamt	5,6	5,6	5,7	6,0	6,3
Am BIP	2,5	2,5	2,5	2,6	2,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Mineralölsteuer, Energieabgabe. – ²⁾ Altlastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. – ³⁾ Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – ⁴⁾ Kfz-Steuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenützungsbetrag. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 41: Bruttowertschöpfung

	1998	1999	2000	2001	2002	2001				2002			
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real, zu Preisen von 1995												
Wien	+ 3,0	+ 1,8	+ 5,2	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	- 0,3
Niederösterreich	+ 5,6	+ 2,1	+ 4,6	- 1,2	+ 0,2	+ 2,6	- 0,4	- 1,9	- 4,7	- 1,4	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,9
Burgenland	+ 3,4	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,6
Steiermark	+ 4,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 4,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	- 0,6	- 0,9
Kärnten	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,4	- 0,6	- 0,4	- 1,5	- 0,4	+ 1,6	+ 0,2
Oberösterreich	+ 4,2	+ 1,5	+ 4,7	+ 1,5	+ 0,7	+ 3,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,1	- 0,0	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,5
Salzburg	+ 4,1	+ 0,3	+ 5,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,9
Tirol	+ 5,2	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,5	+ 1,5	+ 3,4	+ 1,5
Vorarlberg	+ 1,8	+ 4,5	+ 4,4	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,3	+ 0,1	+ 1,8	+ 0,5	+ 3,1	+ 1,1

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 42: Tourismus

	2000	2001	2002	2002		2003			2003				
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Übernachtungen													
Wien	+ 2,0	- 0,4	- 0,6	- 5,5	+ 6,3	- 1,9	- 1,0	+ 0,6	- 7,5	+ 2,4	- 2,5	- 2,5	- 2,6
Niederösterreich	+ 0,9	- 1,5	- 3,9	- 6,2	- 1,5	- 1,4	+ 0,2	+ 3,1	- 7,8	+ 3,8	- 3,7	+ 1,7	- 3,8
Burgenland	+ 3,8	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,9	- 3,7	- 4,2	+ 1,9	+ 0,7	- 15,2	+ 11,9	- 13,3	+ 13,4	- 2,6
Steiermark	+ 0,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,8	- 3,3	+ 8,9	+ 0,5	- 12,4	+ 21,2	- 2,7	+ 12,1	- 1,2
Kärnten	- 1,9	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,7	- 1,1	+ 7,7	- 3,5	- 5,0	+ 47,7	- 11,9	+ 12,1	- 7,6
Oberösterreich	- 1,1	- 1,2	- 1,7	- 4,1	- 0,8	- 6,4	+ 0,3	- 4,6	- 9,3	+ 3,6	- 4,4	+ 2,8	- 7,2
Salzburg	- 0,9	+ 2,8	+ 2,2	+ 0,0	+ 2,6	- 4,1	+ 7,9	- 4,8	- 6,6	+ 34,2	- 11,4	+ 5,6	- 8,5
Tirol	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,3	+ 4,1	- 2,1	+ 14,2	- 5,4	- 2,1	+ 42,8	- 14,0	+ 11,7	- 8,8
Vorarlberg	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 2,7	- 3,4	+ 18,2	- 8,2	- 0,2	+ 51,1	- 17,9	+ 17,9	- 3,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2000	2001	2002	2002				2002					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	+ 2,3	- 4,7	+ 0,1	+ 2,9	+ 6,3	+ 5,5	- 11,3	+ 5,0	+ 4,3	+ 6,8	- 20,1	- 4,6	- 8,1
Niederösterreich	+ 14,3	- 0,1	+ 0,3	- 5,3	+ 2,8	- 2,2	+ 6,1	- 5,3	- 6,5	+ 5,4	+ 5,4	+ 1,8	+ 12,2
Burgenland	+ 13,0	+ 12,6	+ 1,7	+ 0,1	+ 3,8	- 1,0	+ 3,7	+ 1,1	- 10,1	+ 5,4	+ 6,6	- 1,9	+ 7,2
Steiermark	+ 8,8	+ 8,1	- 1,3	+ 2,7	+ 4,2	- 6,4	- 5,7	+ 0,6	- 13,9	- 6,5	- 3,5	- 8,2	- 5,4
Kärnten	+ 9,1	- 2,4	- 1,1	- 6,5	+ 0,8	+ 1,3	- 0,0	+ 1,2	- 4,2	+ 6,2	+ 1,4	- 5,0	+ 3,8
Oberösterreich	+ 14,1	+ 4,7	+ 1,2	- 2,9	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,9	+ 3,9	- 4,8	+ 6,6	+ 3,7	+ 1,6	+ 6,8
Salzburg	+ 8,5	+ 4,0	+ 3,4	- 0,0	+ 4,1	+ 3,9	+ 5,4	+ 6,3	- 1,6	+ 6,6	+ 5,8	+ 2,9	+ 7,9
Tirol	+ 12,1	+ 3,9	+ 2,9	- 0,4	+ 0,0	+ 5,9	+ 5,8	+ 15,3	- 5,4	+ 6,8	+ 5,4	+ 5,4	+ 6,7
Vorarlberg	+ 11,2	+ 3,8	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 6,1	+ 1,1	+ 6,3	+ 3,3	+ 8,4	+ 3,4	- 3,4	+ 3,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2000	2001	2002	2002				2002					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	+ 2,8	- 5,0	- 5,0	- 3,1	- 0,3	- 5,2	- 9,7	- 6,9	- 3,3	- 5,4	- 5,5	- 10,1	- 12,6
Niederösterreich	+ 5,3	- 2,8	+ 1,3	+ 2,4	+ 4,6	+ 0,0	- 0,9	- 1,0	- 6,1	+ 7,1	- 0,6	- 3,2	+ 1,2
Burgenland	+ 1,9	- 1,1	+ 11,5	+ 27,4	+ 9,1	+ 5,8	+ 11,2	+ 11,4	- 3,6	+ 9,0	+ 7,6	+ 21,7	+ 5,4
Steiermark	+ 9,6	- 3,9	+ 0,5	+ 0,0	+ 4,7	- 2,5	+ 0,1	+ 1,8	- 10,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 3,3	- 4,5
Kärnten	+ 5,7	+ 4,3	+ 5,1	+ 1,4	+ 0,8	+ 9,2	+ 6,9	+ 15,1	+ 2,8	+ 9,3	- 0,5	+ 8,2	+ 14,1
Oberösterreich	+ 2,6	+ 0,1	+ 3,5	+ 1,4	+ 9,7	- 0,0	+ 2,9	+ 1,4	- 3,8	+ 2,1	- 1,5	- 1,5	+ 13,1
Salzburg	+ 2,1	- 5,8	- 0,6	- 6,9	- 3,7	- 5,0	+ 9,5	+ 1,3	- 2,8	- 12,5	+ 4,7	+ 6,1	+ 18,0
Tirol	+ 1,0	- 3,0	+ 6,5	+ 12,1	+ 8,6	+ 6,4	+ 2,2	+ 6,8	+ 5,9	+ 6,5	- 1,4	+ 1,6	+ 6,7
Vorarlberg	+ 8,1	- 5,9	- 4,8	+ 7,5	- 2,8	- 7,3	- 11,3	- 5,4	- 12,3	- 4,7	- 13,2	- 11,6	- 9,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	2000	2001	2002	2002		2003		März	April	2003			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>							In 1.000						
Wien	759	755	741	747	737	730	741	734	738	742	741	748	745
Niederösterreich	508	508	504	515	503	489	509	496	505	511	512	521	516
Burgenland	78	79	80	84	80	77	83	79	82	83	84	86	85
Steiermark	420	423	421	430	420	410	424	416	421	425	426	435	433
Kärnten	188	188	187	197	185	178	190	182	185	190	193	200	199
Oberösterreich	519	526	527	537	526	519	533	525	530	533	536	547	541
Salzburg	209	210	211	215	208	212	209	211	207	209	211	217	218
Tirol	254	258	261	269	254	266	257	264	255	254	262	272	271
Vorarlberg	129	130	131	133	130	132	129	132	130	128	130	135	134
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	60	63	75	69	74	84	76	81	77	75	75	75	77
Niederösterreich	32	34	38	34	40	49	33	42	35	32	32	33	34
Burgenland	7	7	8	6	8	11	6	9	7	6	6	6	6
Steiermark	29	30	34	28	35	45	30	39	33	30	28	28	28
Kärnten	15	16	17	12	20	24	14	20	17	13	11	11	12
Oberösterreich	22	23	27	23	27	33	21	28	23	21	20	21	22
Salzburg	9	10	11	9	13	13	11	11	13	12	9	8	9
Tirol	14	14	15	10	19	17	16	15	18	18	12	10	10
Vorarlberg	6	6	7	6	8	8	8	8	8	9	7	7	7

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	- 2,6	- 3,7	- 13,9	- 14,8	- 16,7	- 5,9	- 3,8	- 5,1	- 3,9	- 2,1	- 5,6	- 4,8	- 2,7
Niederösterreich	+ 5,9	- 0,8	- 3,7	- 5,0	- 3,4	- 0,9	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,4
Burgenland	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,7
Steiermark	+ 6,3	+ 3,3	- 2,0	- 3,3	- 3,4	- 1,0	+ 0,4	- 0,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,8
Kärnten	+ 1,4	+ 0,6	- 1,0	- 0,8	- 0,8	+ 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	- 0,5	+ 0,7
Oberösterreich	+ 7,7	+ 7,1	+ 0,4	- 0,7	- 1,0	+ 3,2	+ 5,5	+ 4,1	+ 4,4	+ 5,2	+ 6,8	+ 6,3	+ 2,2
Salzburg	+ 2,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,0	- 1,9	+ 1,3	+ 0,1	- 1,3	- 0,1	+ 1,4
Tirol	+ 4,7	+ 4,3	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,4	- 0,7	+ 1,5	- 3,7	+ 3,3	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0
Vorarlberg	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	- 8,7	+ 3,8	+ 11,4	+ 8,7	+ 3,9	+ 0,0	+ 3,3	- 1,2	+ 1,4	+ 3,0	+ 5,7	+ 6,8	+ 6,6
Niederösterreich	- 3,7	+ 2,3	+ 4,3	+ 4,9	+ 2,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,3	- 0,3
Burgenland	- 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,0
Steiermark	- 4,3	+ 0,7	+ 3,6	+ 3,7	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,0	- 0,1
Kärnten	- 1,9	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,5	- 0,0	+ 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,3	- 0,6
Oberösterreich	- 4,0	+ 0,5	+ 3,7	+ 3,6	+ 1,9	- 0,2	- 1,2	- 0,9	- 1,0	- 1,4	- 1,2	- 1,7	- 2,1
Salzburg	- 1,1	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	- 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1
Tirol	- 2,0	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,7	- 0,0	+ 1,6	- 2,0	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9
Vorarlberg	- 1,2	- 0,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdiener. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 46: Arbeitslosenquote

	2000	2001	2002	2002		2003		März	April	2003			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
							In % der unselbständigen Erwerbspersonen						
Wien	7,2	7,6	9,0	8,3	9,0	10,0	9,0	9,7	9,2	8,9	8,9	8,9	9,1
Niederösterreich	5,8	6,2	6,9	5,9	7,1	8,8	5,9	7,5	6,3	5,7	5,7	5,8	6,0
Burgenland	7,9	8,2	8,6	6,4	8,9	12,6	6,7	10,2	7,2	6,5	6,3	6,4	6,4
Steiermark	6,4	6,5	7,2	5,9	7,5	9,5	6,4	8,3	7,1	6,3	5,9	5,9	5,9
Kärnten	7,5	7,6	8,2	5,7	9,3	11,4	6,5	9,7	8,0	6,4	5,2	5,0	5,3
Oberösterreich	4,0	4,1	4,7	4,0	4,8	5,8	3,7	4,8	4,0	3,6	3,4	3,5	3,7
Salzburg	4,1	4,3	4,9	3,7	5,6	5,5	4,9	4,9	5,5	5,1	4,0	3,6	3,6
Tirol	4,9	5,1	5,3	3,5	6,6	5,6	5,7	5,3	6,4	6,4	4,3	3,3	3,5
Vorarlberg	4,3	4,3	5,1	4,5	5,8	5,7	5,7	5,4	5,9	6,0	5,2	4,7	5,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdiener. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2003

Abgeschlossen am 2. Oktober 2003 • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die Volksabstimmungen über den EU-Beitritt ergeben in allen Beitrittskandidatenländern eine Zustimmung der Bevölkerung zu diesem Schritt. In Schweden wird die Einführung des Euro in einer neuerlichen Abstimmung abgelehnt. Deutschland setzt Teile des Reformprogramms "Agenda 2010" um.

10.-14. September: In Cancun findet die 5. Ministerkonferenz der [WTO](#) über die Doha-Agenda statt. Da das Treffen ohne gemeinsame Schlussdeklaration endet, gelten die Verhandlungen über die Erstellung von globalen Investitionsrichtlinien sowie über die Agrarliberalisierung als vorerst gescheitert. Es ist fraglich, ob die Verhandlungsrunde wie vorgesehen bis 2005 abgeschlossen werden kann.

14. September: In Schweden stimmen 56,1% der Wahlberechtigten gegen die Einführung des Euro als Währung. Die Wahlbeteiligung liegt über 80%. Wenige Tage vor der Abstimmung wurde die Außenministerin und Befürworterin der Euro-Einführung Anna Lindh ermordet.

Anlässlich des EU-Referendums in Estland stimmen 66,9% der Stimmberechtigten für einen Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union (Wahlbeteiligung 64%).

20. September: Das Referendum in Lettland über den Beitritt zur Europäischen Union ergibt eine Zustimmung von 67% bei einer Wahlbeteiligung von 73%.

24. September: Die OPEC senkt die Rohölfördermengen. Ab 1. November soll die Fördermenge 24,5 Mio. Barrel betragen.

26. September: Im Zuge der Umsetzung der Agenda 2010 verabschiedet der Deutsche Bundestag ein Gesetz zur Gesundheitsreform. Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung müssen ab 2005 die Prämie für den Zahnersatz (rund 6 € monatlich) und ab 2006 für die Pflegeversicherung (0,5%) selbst tragen. Selbstbehalte sind für den Arztbesuch (10 € pro Quartal) sowie für medizinische Leistungen vorgesehen (10% des Preises, mindestens 5 € und höchstens 10 €). Ziel der Reform ist, die Krankenkassen bis 2007 um jährlich 23 Mrd. € zu entlasten sowie die Arbeitgeberbeiträge um 6 Prozentpunkte zu senken.

Die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld wird von 32 auf 12 Monate bzw. für über 54-Jährige auf 18 Monate verkürzt. Eine Modifikation des Kündigungsschutzes soll vor allem Kleinbetrieben zu größerer Flexibilität verhelfen.

Knapp vor den oberösterreichischen Landtagswahlen verkauft die ÖIAG ihre Anteile an der VOEST. 2006 wird über den Verkauf der verbleibenden 15% in Form von Umtauschanleihen entschieden. Ein Konjunkturpaket und eine Steuerreform werden vorbereitet.

Ausland

WTO

Euro-Abstimmung Schweden

EU-Erweiterung Estland

EU-Erweiterung Lettland

OPEC

Agenda 2010

Österreich

VOEST-Privatisierung

19. September: Gemäß dem Privatisierungsauftrag der Bundesregierung verkauft die ÖIAG 19,7% der Anteile an der VOEST-Alpine in Form von Aktien. Die neue Eigentümerstruktur setzt sich wie folgt zusammen: Streubesitz 74,6%, davon 39% in österreichischer Hand, ÖIAG 15%, Mitarbeiterbeteiligung 10,4%. Die ÖIAG wird die verbleibenden 15% in Form einer Umtauschanleihe abgeben, die 2006 in VOEST-Aktien umgewandelt werden soll.

Margit Schratzenstaller, Martin Falk, Helmut Kramer, Markus Marterbauer,
Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen

Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001

Gemäß einer Unternehmensbefragung des WIFO ist der Bekanntheitsgrad der wichtigsten steuerlichen Maßnahmen der zwei Konjunkturbelebungs Pakete 2001 und 2002 hoch, Inanspruchnahme und Effektivität sind aber unterschiedlich. Am erfolgreichsten erscheint die Lehrlingsprämie – sie wird von 53% der befragten Unternehmen in Anspruch genommen und erhöht die Ausbildungsaktivitäten von 16% der Unternehmen. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte sind positiv: Die Infrastrukturausgaben erhöhen das BIP 2002 um bis zu ¼%, 2003 um bis zu ½%. Knapp ¼ Prozentpunkt trägt die Investitionszuwachsprämie zum BIP-Anstieg bei.

Der vorliegende Beitrag beruht auf dem ersten Teil der WIFO-Studie "Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums" im Auftrag der Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2003, 76 Seiten, 30 €, kostenloser Download: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24548; Bestellungen bitte an Christine Kautz, Tel. (+43 1) 798 26 01-282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at); der zweite Teil der Studie beschäftigt sich mit strukturpolitischen Maßnahmen zur Beschleunigung des Wachstums. In einem Folgebeitrag (WIFO-Monatsberichte 11/2003) werden sowohl bereits beschlossene als auch geplante Maßnahmen zur Konjunkturbelebungs ab 2004 analysiert. • Begutachtung: Karl Aiginger • Wissenschaftliche Assistenz: Monika Dusek, Brigitta Schütz, Martha Steiner, Roswitha Übl • E-Mail-Adresse: Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at

Der vorliegende Beitrag nimmt eine erste Evaluierung der wichtigsten Maßnahmen vor, die seit 2001 zur Stimulierung der Konjunktur in Österreich ergriffen wurden. Dabei stehen die beiden Konjunkturbelebungs Pakete 2001 und 2002 sowie die erste Stufe der Steuerreform 2004/05 im Vordergrund. Berücksichtigt werden konjunkturpolitische sowie strukturelle Aspekte und Erfordernisse ebenso wie das internationale Umfeld. Zudem werden weitere Anknüpfungspunkte für Maßnahmen skizziert, welche die für 2004 erwartete leichte Konjunkturerholung in Österreich unterstützen können.

Die EU-Länder, und ausgeprägter noch die Euro-Länder, verharren seit Ende 2000 in einer hartnäckigen Wachstumsschwäche. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2003 erhöhte sich das BIP der Eurozone um nur knapp 1% pro Jahr, bedeutend schwächer als das Wachstumspotential. Die Wirtschaft der USA erzielte in diesem Zeitraum einen jährlichen Zuwachs von etwas mehr als 1,5%, die Konjunktur ist seit dem Vorjahr wesentlich besser als in Westeuropa. Deutschlands Wirtschaft wuchs im Durchschnitt um nur rund ¼% und stagniert heuer. Die deutsche Wachstumsschwäche ist einer der Faktoren, die dafür verantwortlich sind, dass auch Österreichs Wirtschaft im Durchschnitt um nur etwa 0,8% pro Jahr und damit etwas unter dem westeuropäischen Durchschnitt wuchs.

Die Hartnäckigkeit der Konjunkturschwäche in Europa ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen:

- Zum einen erfasste das abrupte Ende der außergewöhnlichen spekulativen Hausse vor allem von Aktien der New Economy auch die europäischen Börsen und beeinträchtigte dort traditionelle Werte und die Stimmung von Unternehmen und Konsumenten.

Konjunktureller Hintergrund

- Zum anderen gingen dem Rückschlag auch in Europa Überinvestitionen nicht nur in Finanztitel, sondern auch in Realanlagen voraus, die hohe Kreditfinanzierung erforderten.
- Die darüber hinaus vom Irak-Krieg ausgehenden Unsicherheiten zogen ebenfalls eine Haltung genereller Vorsicht und Risikoscheu der Wirtschaft nach sich.

Übersicht 1: Konjunkturverlauf in Österreich und der EU

	Österreich				EU			
	2001	2002	2003	Ø 2001/ 2003	2001	2002	2003	Ø 2001/ 2003
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real							
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,0
Inlandsnachfrage	- 0,1	- 1,1	+ 1,1	- 0,1	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,2	- 4,6	+ 1,7	- 1,7	± 0,0	- 2,4	+ 0,0	- 0,8
Privater Konsum	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,5
Exporte insgesamt	+ 7,4	+ 3,1	- 0,2	+ 3,4	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,5	+ 1,6

Q: WIFO, Konjunkturprognose vom September 2003.

Das Streben nach Konsolidierung von Unternehmens- und Bankbilanzen sowie der Vermögensposition der privaten Haushalte erhielt Vorrang gegenüber offensiveren Strategien. Ein solcher Rückschlag dauert ohne klar erkennbare wirtschaftspolitische Gegensteuerung regelmäßig länger als ein Konjunkturerholung, der von restriktiver Geldpolitik zur Stabilisierung der Preise ausgeht. Gemäß empirischen Erfahrungen wird eine längere, jedoch relativ milde Konjunkturflaute durch eine ähnlich zögernde und seichte Belebung überwunden.

Eine Stützung der Konjunktur hätte ceteris paribus die Bereitschaft zu höherer Verschuldung der öffentlichen Haushalte vorausgesetzt. Dies wollten im Euro-Raum wegen der Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nur jene kleineren Länder riskieren, die bereits einen strukturell ausgeglichenen Staatshaushalt oder einen Überschuss erreicht hatten. Fiskal- und Geldpolitik zögerten angesichts der überwiegend noch nicht gelungenen Budgetkonsolidierung und der Inflationsraten von über 2% mit einer bewussten Stimulierung der Konjunktur und mit raschen Leitzinssenkungen. Die Steuersenkung 2001 in Deutschland vermittelte nur geringe Konjunkturimpulse, weil private Haushalte und Unternehmen wegen der Unsicherheit und der mehrfach enttäuschten Erwartung einer Konjunkturerholung die Steuererleichterungen weitgehend zur Verbesserung ihrer Vermögensposition nutzten, also sparten. Sie verschärfte aber zusammen mit den automatischen Effekten der schlechten Konjunktur die Lage der deutschen Staatsfinanzen; ab 2002 wurde die Defizit-Grenze von 3% des BIP anhaltend überschritten.

Die weltweite Abschwächung der Exportnachfrage und die Rückschläge in der Entwicklung der inländischen Endnachfrage machten die Konsolidierungsziele in den großen Ländern der Währungsunion politisch unerreichbar, auch wenn eine bewusste (diskretionäre) Konjunkturstützung nahezu einhellig abgelehnt wurde. Damit gingen auch von den Staatsfinanzen überwiegend restriktive Effekte auf die Wirtschaft aus.

Die wirtschaftspolitischen Bemühungen konzentrierten sich nicht nur in Österreich auf Ausgabensenkungen in den Bereichen öffentlicher Dienst, Infrastruktur und soziale Einrichtungen. Angestrebt wurden weiters Maßnahmen zur Steigerung der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und zur Senkung des Niveaus von Sozialleistungen – teilweise durch eine Verbesserung von deren "Treffsicherheit". Im Rahmen des Lissabon-Prozesses sollten darüber hinaus Impulse für die raschere Anhebung der Produktivität in Europa gesetzt werden. Solche Strukturverbesserungen kamen wegen der angespannten makroökonomischen Situation und des politischen Vorrangs, den die Budgetkonsolidierung und die Inflationsbekämpfung de facto erhielten, nur enttäuschend langsam voran. An der Einschränkung der öffentlichen Investitionen und der Dotierung von Bildung und Forschung lässt sich in der Mehrzahl der Euro-Länder de-

Die wirtschaftspolitischen Bemühungen konzentrierten sich in den letzten Jahren nicht nur in Österreich auf Ausgabensenkungen in den Bereichen öffentlicher Dienst, Infrastruktur und soziale Einrichtungen. Im Rahmen des Lissabon-Prozesses sollten Impulse zur Steigerung der Produktivität in Europa gesetzt werden. Solche Strukturverbesserungen kamen jedoch wegen der angespannten makroökonomischen Situation und des politischen Vorrangs, den Budgetkonsolidierung und Inflationsbekämpfung de facto erhielten, nur enttäuschend langsam voran. An der Einschränkung der öffentlichen Investitionen und der Dotierung von Bildung und Forschung lässt sich in der Mehrzahl der Euro-Länder demonstrieren, dass an sich zielführende strukturpolitische Strategien bei schlechter Konjunktur kaum umzusetzen sind.

monstrieren, dass an sich zielführende strukturpolitische Strategien bei schlechter Konjunktur kaum umzusetzen sind.

Die zuletzt verfügbaren Indikatoren scheinen die vor dem Sommer 2003 veröffentlichten Prognosen einer allmählichen Konjunkturbelebung in den USA, in Europa und in Japan zu bestätigen. Allerdings spielt dabei in den USA der vorübergehende Nachfrageimpuls im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg eine beträchtliche Rolle; daneben stützen die außerordentlich niedrigen Zinsen und die bis zuletzt durch die Immobilien-Hausse gestärkte Nachfrage der privaten Haushalte die Konjunktur. An den Börsen und in den Erwartungen der Unternehmen setzte sich eine Aufhellung des Klimas durch, die auch auf Europa ausstrahlte. Den psychologischen Faktoren müsste allerdings bald eine realwirtschaftliche Nachfragebelebung folgen, wenn sich die Erholung fortsetzen und nicht wie im Sommer 2002 – nach ganz ähnlichen Signalen – wieder verebben soll.

Was spricht neben einer Verbesserung der Stimmung der Unternehmen, der Börsen und teilweise auch der Konsumenten für eine Belebung in Europa? Nach drei Jahren der Flaute hat sich Ersatzbedarf aufgestaut. Das Nominalzinsniveau ist auch hier niedrig – freilich nicht für alle Wirtschaftssparten auch das Realzinsniveau, weil vor allem die Industrie eine Dämpfung der Erzeugerpreise verzeichnet: Die Euro-Aufwertung setzte sich ab dem Frühsommer nicht fort, sondern bildete sich etwas zurück; darüber hinaus können von quantitativ meist sehr begrenzten nationalen Konjunkturprogrammen gewisse stimulierende oder das Vertrauen stärkende Effekte ausgehen.

Die Fortsetzung der Belebung der europäischen und der Weltkonjunktur ist allerdings nach wie vor mit einer Reihe von Risiken konfrontiert: Die makroökonomischen Ungleichgewichte in den USA sind nicht überwunden, zum Teil sogar noch gewachsen und könnten sich auf den Dollarkurs und das Zinsniveau auswirken. Die Rohölpreise sind nach dem Ende des Irak-Kriegs noch nicht gesunken und beeinträchtigen die Kaufkraft der erdölexportierenden Staaten. Der Euro notiert noch immer um gut 25% höher als zu Beginn des Vorjahres; das belastet die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Güter und Dienstleistungen.

Vor allem aber haben die EU und der Euro-Raum nicht zu einer wirkungsvollen koordinierten Strategie zur Bekämpfung der Nachfrageschwäche gefunden. Als Ursache der äußerst schleppenden Entwicklung werden vor allem Strukturschwächen und Starrheiten des Angebotes diagnostiziert. Tatsächlich können solche Angebotsmängel in Europa die Dynamik bremsen. Diese Feststellung und unzulässige Verkürzungen der ökonomischen Zusammenhänge brachten mit sich, dass die Wirtschaftspolitik und die öffentliche Diskussion erst in jüngster Zeit bereit scheinen, die Diagnose eines generellen Nachfragemangels zögerlich in Betracht zu ziehen.

Die Verpflichtungen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ebenso wie die Offenheit der nationalen Wirtschaftsräume, die in einem gewissen Ausmaß in einem grenzüberschreitenden Versickern autonomer Nachfrageimpulse resultiert, setzen der Wirtschaftspolitik jedes einzelnen EU-Landes Grenzen. Das gilt für kleine Volkswirtschaften wie die österreichische besonders. Sie wären daher in erster Linie dazu berufen, den makroökonomischen Kurs auf europäischer Ebene zu hinterfragen. Eine koordinierte europäische Struktur zur Belebung der Nachfrage in investiven Bereichen ist durchaus budgetschonend denkbar und könnte strukturpolitisch adäquate Ziele verfolgen.

Fiskalische Erleichterungen sind außerdem aufgrund einer relativ hohen Sparneigung der betroffenen privaten Haushalte und einer angesichts der Konjunkturrisiken geringen Investitionsbereitschaft der Unternehmen nur begrenzt nachfragewirksam – vor allem wenn sie (wie die auf 2004 vorgezogene letzte Stufe der Steuerreform in Deutschland und die Steuersenkungspläne in Frankreich) primär auf die Entlastung hoher Einkommen und der Unternehmen zielen. Weltweite Schocks, die Börsenkrise einschließlich skandalöser Manipulationen, die Pensionsdebatte und ungenügendes Vertrauen in die Politik können in Österreich ebenfalls die Ausgabenbereitschaft dämpfen.

Die Verpflichtungen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ebenso wie die Offenheit der nationalen Wirtschaftsräume, die autonome Nachfrageimpulse teils versickern lässt, setzen der Wirtschaftspolitik jedes einzelnen EU-Landes Grenzen. Dies gilt für kleine Volkswirtschaften wie die österreichische besonders. Sie wären daher in erster Linie dazu berufen, den makroökonomischen Kurs auf europäischer Ebene zu hinterfragen. Die förmliche Trennung von makroökonomischer und strukturpolitischer Verantwortung im Vertragswerk der EU ist verfehlt. Bedenklich ist die Beobachtung, dass auch und gerade materielle und immaterielle Zukunftsinvestitionen den Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte geopfert oder hinausgeschoben statt vorgezogen werden.

Die Wirtschaftspolitik plädiert in der EU primär für die Behebung von Strukturschwächen – ohne sehr augenfälligen Erfolg bisher, weil eben die Lage der Konjunktur und der öffentlichen Finanzen keine großen Durchbrüche erlaubt. Die förmliche Trennung von makroökonomischer und strukturpolitischer Verantwortung im Vertragswerk der EU ist verfehlt. Bedenklich ist die Beobachtung, dass auch und gerade materielle und immaterielle Zukunftsinvestitionen den Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte geopfert oder hinausgeschoben statt vorgezogen werden.

Die mitentscheidende Rolle der makroökonomischen Rahmenbedingungen wird regelmäßig unterschätzt, wenn die europäische Wachstumsschwäche überwiegend auf Versäumnisse der Strukturpolitik zurückgeführt wird. Diese Hypothese ist nicht überzeugend, weil dieselben oder noch ausgeprägtere Mängel sowie dasselbe System des Sozialstaates noch in den frühen neunziger Jahren in Europa ein höheres Wachstum erlaubten als in den USA. Natürlich spricht dies nicht gegen konsequente Bemühungen um den Abbau struktureller und institutioneller Ineffizienzen.

Zwei Konjunkturbelebungs Pakete

Die österreichische Bundesregierung beschloss im Dezember 2001 und im September 2002 eine Reihe von vorwiegend fiskalischen stimulierenden Maßnahmen, die vor dem Hintergrund der nachhaltigen Verschlechterung der internationalen Konjunktur die heimische Wirtschaftstätigkeit und die Beschäftigungslage stützen, Strukturmängel abbauen und die Attraktivität des Standortes sichern oder verbessern sollten. Wegen der Absicht, den Staatshaushalt auf mittlere Sicht konsequent zu konsolidieren, und des oben dargestellten Risikos, dass der Aufwand des Staates verpuffen könnte, war der Aufwand für den Staatshaushalt von vornherein relativ begrenzt (für 2003 knapp 0,6% des BIP). Mit einer massiven Behebung der heimischen Konjunktur war deshalb nicht zu rechnen.

Die Evaluierung der Konjunkturpakete anhand von messbaren Erfolgsindikatoren ist zum aktuellen Zeitpunkt nur teilweise möglich: Einerseits wirken die Maßnahmen noch weiter, und die Erfahrung mit den ausgelösten Effekten ist recht kurz; andererseits können solche Effekte wegen ihrer im Allgemeinen sehr begrenzten Größenordnung nur schwer von anderen Einflüssen isoliert werden. Eine für die Evaluierung der beiden Konjunkturpakete vom WIFO durchgeführte Erhebung unter 444 Unternehmen in der Sachgüterproduktion und im Dienstleistungsbereich brachte dennoch eine Reihe von interessanten Aufschlüssen über die Wirksamkeit der Maßnahmen.

Die zwei Konjunkturbelebungs Pakete vom Dezember 2001 und vom September 2002 umfassen sowohl Steuererleichterungen als auch (teilweise vorgezogene) Mehrausgaben.

Das erste Konjunkturbelebungs paket vom Dezember 2001

Steuererleichterungen

- Befristete vorzeitige Abschreibung: Erhöhung des Abschreibungssatzes für Bauten von 3% durch einen auf das Jahr 2002 befristeten vorzeitigen Abschreibungssatz (7%) auf 10%, begrenzt auf ein Herstellungsvolumen bis 3,8 Mio. € und damit eine höchstmögliche Sonderabschreibung von 266.000 €.
- Forschungsfreibetrag und Forschungsprämie: Erweiterung der steuerbegünstigten Forschungsaufwendungen (Frascati-Manual), Einführung eines Forschungsfreibetrags von 10% und einer Forschungsprämie von 3% für Forschungsaufwendungen nach der Neudefinition¹⁾,
- Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie: Einführung einer Bildungsprämie von 6% der Ausgaben, Anhebung des Bildungsfreibetrags von 9% auf 20% für außerbetriebliche Aus- und Fortbildung.
- Steuerbegünstigungen für Betriebsübertragungen: Ausweitung der Steuerbegünstigungen für Betriebsneugründungen auf Betriebsübertragungen, Grunderwerbsteuerbefreiung bis zu einem maßgeblichen Grundstückswert von 75.000 €.

¹⁾ Freibetrag und Prämie können anstelle des allgemeinen Forschungsfreibetrags von 25% für durchschnittliche Forschungsaufwendungen bzw. 35% für überdurchschnittliche Forschungsaufwendungen (2000 eingeführt) geltend gemacht werden.

- Vorziehen baureifer Projekte der Bundesimmobiliengesellschaft: Vorfinanzierung von 17 baureifen Projekten durch die BIG und Refinanzierung über Mietzahlungen (Bildungsministerium, Justizministerium; Investitionen von 143 Mio. €).
- "Hochbaumilliarde": Sonderfinanzierung von 19,6 Mio. € pro Jahr 2001 bis 2003 für den Bundeshochbau.
- Weltkulturerbe: Vorziehen von Unterstützungsmaßnahmen für das Weltkulturerbe in Österreich (1 Mio. €) in das Jahr 2002.
- Ausweitung des außerbudgetären Finanzierungsrahmens im Bereich der Infrastruktur: Erhöhung des jährlichen Finanzierungsvolumens um 470 Mio. € 2002 bis 2004.

Ausgaben
Übersicht 2: Maßnahmen im Rahmen des ersten Konjunkturbelebungspaketes von 2001

	Geltungsdauer	Volumen Mio. € p. a.
Befristete vorzeitige Abschreibung	2002 ¹⁾	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	73
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Steuerbegünstigungen Betriebsübertragungen	Unbefristet	51
BIG	2002	143
"Hochbaumilliarde"	2001 bis 2003	20
Weltkulturerbe	2002	1
Infrastruktur	2002 bis 2004	470

Q: Bundesministerium für Finanzen. – ¹⁾ 2003 und 2004 budgetwirksam.

Übersicht 3: Gesamtvolumen des ersten Konjunkturbelebungspaketes von 2001

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Mio. €					
Steuerliche Maßnahmen ¹⁾	–	16	218	215	142	142
BIG	–	143	–	–	–	–
"Hochbaumilliarde"	20	20	20	–	–	–
Weltkulturerbe	–	1	–	–	–	–
Infrastruktur	–	470	470	470	–	–
Insgesamt	20	650	708	685	142	142

Q: Bundesministerium für Finanzen; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. – ¹⁾ Das Gesamtvolumen weicht von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, da die vorzeitige Abschreibung nur in den Jahren 2003 und 2004 budgetwirksam ist.

- Investitionszuwachsprämie: zeitlich befristete Investitionszuwachsprämie für 2002 und 2003 von 10% (Investitionen, die den Durchschnitt der 3 Jahre zuvor übersteigen); nur für Investitionen in ungebrauchte, körperliche und abnutzbare Wirtschaftsgüter (nicht z. B. für Pkw, Software, Gebäude usw.) mit Ausnahme der Investitionen in behindertengerechte Einrichtungen; Investitionsvolumen auf 3,8 Mio. € p. a. begrenzt.
- Befristete vorzeitige Abschreibung: Verlängerung der befristeten vorzeitigen Abschreibung bis Ende 2003.
- Forschungsfreibetrag und Forschungsprämie: Erhöhung des Forschungsfreibetrags (von 10% auf 15%) und der Forschungsprämie (von 3% auf 5%) für Forschungsaufwendungen nach Definition des Frascati-Manual.
- Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie: Erweiterung von Bildungsfreibetrag und Bildungsprämie auf innerbetriebliche Bildungsaktivitäten und Ausweitung auf Bezieher von Karenzgeld bzw. Kinderbetreuungsgeld.

Das zweite Konjunkturbelebungs paket vom September 2002
Steuer- und Abgabenerleichterungen

- Steuerbegünstigung kapitalgedeckter Altersvorsorge²⁾.
- Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge: Entfall der Beiträge zur Unfallversicherung, Sistierung von Arbeitslosen- und Krankenversicherungsbeiträgen für die ersten zwei Jahre.
- Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für Umschulungsmaßnahmen in Branchen mit Arbeitsplatzverlusten.
- Lehrlingsprämie: 1.000 € jährlich als Ersatz für den bisher gewährten Lehrlingsfreibetrag³⁾.

Übersicht 4: Maßnahmen im Rahmen des zweiten Konjunkturbelebungspaketes von 2002

	Geltungsdauer	Volumen Mio. € p. a.
Investitionszuwachsprämie	2002 bis 2003	100
Befristete vorzeitige Abschreibung	2003 ¹⁾	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	40
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Lehrlingsprämie von 1.000 € p. a.	Unbefristet	120
Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge	Unbefristet	75
Jugend- und Lehrlingsbildungspaket	2002 bis 2003	75
Jugendausbildungssicherungsgesetz	2002 bis 2003	20
Betreuungs- und Pflegeberufe	.	10
Umweltförderungsgesetz	2002	10
Biomasseförderung	2003	5

Q: Bundesministerium für Finanzen. – ¹⁾ 2005 budgetwirksam.

Ausgaben

- Jugend- und Lehrlingsbildungspaket: Qualifizierungsmaßnahme (18 Monate) für minderqualifizierte Jugendliche unter 25 Jahren, die länger als 3 Monate als arbeitslos vorgemerkt sind.
- Jugendausbildungssicherungsgesetz: Maßnahmen vor allem für Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren sowie für behinderte Jugendliche; Schaffung von 3.000 Lehrgangsplätzen durch Verlängerung des JASG IV⁴⁾.
- Einführung einer Heimfahrtsbeihilfe für Lehrlinge und Schüler für die Heimfahrt zur Familie am Wochenende.
- Betreuungs- und Pflegeberufe: Anhebung der Zahl der Stellen (von 1.000 auf 2.000).
- Umweltförderungsgesetz: Erhöhung des Zusagerahmens für erneuerbare Energien für 2002.
- Biomasseförderung: Aufstockung der bäuerlichen Biomasseförderung um 5 Mio. € für 2003.

Gesamtvolumen der zwei Konjunkturbelebungsapakete

Die steuerlichen Entlastungswirkungen der beiden Konjunkturbelebungsapakete betragen bis zu 562 Mio. € (2004)⁵⁾. Das höchste Gesamtvolumen wird mit 1.224 Mio. € im Jahr 2003 erreicht.

²⁾ Ab 2003 Begünstigung bis zu einer jährlichen Prämie von 1.851 €, wird mit der Höchstbemessungsgrundlage im ASVG fortgeschrieben. Das Steuerentlastungsvolumen steigt von 50 Mio. € im Jahr 2003 auf 100 Mio. € jährlich ab 2006.

³⁾ 2000 eingeführt, 1.460 € jährlich.

⁴⁾ Das JASG IV stellte 15,6 Mio. € für 2.000 Lehrgangsplätze zur Verfügung.

⁵⁾ Die Daten weichen von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, weil die befristete vorzeitige Abschreibung dort als dauerhaft wirkende Maßnahme berücksichtigt wurde. Allerdings ist angesichts der bereits hohen Auszahlungen im Bereich der Investitionszuwachsprämie zu erwarten, dass diese in größerem Umfang als erwartet in Anspruch genommen wird.

Übersicht 5: Gesamtvolumen des zweiten Konjunkturbelebungspaketes von 2002

	2002	2003	2004	2005	2006
	Mio. €				
Steuerliche Maßnahmen ¹⁾	–	331	347	322	399
Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge	–	75	75	75	75
Jugend- und Lehrlingsbildungspaket	–	75	–	–	–
Jugendausbildungssicherungsgesetz	–	20	–	–	–
Betreuungs- und Pflegeberufe ²⁾	–	10	10	10	10
Umweltförderungsgesetz	10	–	–	–	–
Biomasseförderung	–	5	–	–	–
Insgesamt	10	516	432	407	484

Q: Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. – ¹⁾ Das Gesamtvolumen weicht von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, weil die vorzeitige Abschreibung nur im Jahr 2005 budgetwirksam wird. – ²⁾ Annahme: unbefristet.

Übersicht 6: Steuerliche Entlastungswirkungen der zwei Konjunkturbelebungsapakete von 2001 und 2002

	2003	2004	2005	2006
	Mio. €			
Erstes Konjunkturbelebungspaket	218	215	142	142
Zweites Konjunkturbelebungspaket	331	347	322	399
Insgesamt	549	562	464	541

Q: Bundesministerium für Finanzen. Das Gesamtvolumen weicht von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, weil die vorzeitige Abschreibung nur in den Jahren 2003 bis 2005 budgetwirksam wird.

Übersicht 7: Gesamtvolumen der zwei Konjunkturbelebungsapakete von 2001 und 2002

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Mio. €					
Erstes Konjunkturbelebungspaket	20	650	708	685	142	142
Zweites Konjunkturbelebungspaket	–	10	516	432	407	484
Insgesamt	20	660	1.224	1.117	549	626

Q: Übersichten 3 und 5.

Das WIFO führte gemeinsam mit Hoffmann & Forcher Marketing Research eine repräsentative Befragung von 444 Unternehmen zu den wesentlichen Punkten der beiden Konjunkturbelebungsapakete durch (Investitionszuwachsprämie, zusätzlicher Freibetrag für Forschung und Entwicklung und Forschungsprämie, Bildungsprämie sowie Lehrlingsausbildungsprämie), auf die sich die vorläufige Evaluierung der Effekte der wichtigsten steuerlichen Maßnahmen u. a. stützt. An dieser Untersuchung nahmen 342 Unternehmen ab 20 Beschäftigten aus der Sachgütererzeugung sowie 102 Unternehmen ab 10 Beschäftigten aus bestimmten Dienstleistungsarten (Telekommunikation, Softwarehäuser, Ingenieurbüros und Ziviltchniker, Anbieter von Forschungs- und Entwicklungsleistungen und Entsorgungsbetriebe) teil. Die gewonnenen Daten liefern Hinweise zur Verbreitung und Nutzung der mit den beiden Konjunkturbelebungsapaketen eingeführten Maßnahmen. Das Ausmaß von Mitnahmeeffekten wird nicht ermittelt. Anhand geeigneter Indikatoren werden auch die Wirkungen der Maßnahmen im Baubereich (Vorziehen von Infrastrukturausgaben, "Hochbaumilliarde", vorzeitige Abschreibung) erfasst.

Die gesamtwirtschaftlich größte Bedeutung hat die Steigerung der Bautätigkeit im Bereich der Verkehrsinfrastruktur durch die Ausweitung des Finanzierungsrahmens für SCHIG und Asfinag. Die Nachfrage im Tiefbau zieht seit dem Frühjahr 2002 an; die Verkehrsinfrastrukturauleistung erhöhte sich 2002 gegenüber dem Vorjahr real um

**Vorläufige Bewertung
der Auswirkungen
der Konjunktur-
belebungsapakete**
Bauwirtschaft

Unter Annahme der üblichen Multiplikatoren könnte die Ausweitung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen 2002 einen Impuls für das BIP von knapp +¼ Prozentpunkt, 2003 von etwa +½ Prozentpunkt erreichen. Die befristete Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung für Bauprojekte, die bis Ende 2003 verlängert wurde, dürfte 2002 noch kaum Auswirkungen gehabt haben. Die Belebung im sonstigen Hochbau, vor allem neuerliche starke Zuwächse im Büro- und Industriebau, dürften allerdings 2003 bereits Vorzieheffekte aufgrund der Steuerbegünstigung widerspiegeln.

12%, für 2003 wird eine Zunahme um 15% erwartet. Das Bauvolumen erhöhte sich im Tiefbau insgesamt im Jahr 2002 um 6,3%.

Die Investitionen der Asfinag in das Straßennetz stiegen von etwa 550 Mio. € im Jahr 2001 auf etwa 700 Mio. € im Jahr 2002; für heuer wird eine weitere Zunahme auf gut 1 Mrd. € erwartet. Die Investitionen der SCHIG in die Schieneninfrastruktur lagen 2001 bei etwa 900 Mio. €, 2002 bei etwa 975 Mio. € und dürften sich heuer ebenfalls auf gut 1 Mrd. € erhöhen. Die Ausweitung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur dürfte die Produktion in diesem Bereich 2002 um etwa 250 Mio. € und im Jahr 2003 um etwa 400 Mio. € steigern. Unter Annahme der üblichen Multiplikatoren könnte in der Folge der Impuls der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen für das BIP knapp +¼ Prozentpunkt im Jahr 2002 und etwa +½ Prozentpunkt im Jahr 2003 betragen. Der WIFO-Konjunkturtest zeigt heuer im Tiefbau eine mäßige Zunahme; für die Jahre 2003 bis 2005 wird ein Wachstum von 3½% bis 4½% p. a. erwartet – etwas weniger als 2002.

Nach den vorliegenden Daten zur Entwicklung des Hochbaus hatten das Vorziehen baureifer Projekte der BIG und die "Hochbaumilliarde" keine merkliche Wirkung. Eine leichte Steigerung der Aufwendungen war bereits 2001 im Bereich von Universitäts- und Schulbauten zu beobachten; 2002 ergab sich ein geringfügiger Anstieg gegenüber dem Vorjahr (+1,5%), für 2003 und 2004 wird ein merklicher Rückgang der Bautätigkeit in diesem Bereich erwartet. Insgesamt schrumpfte die Bauleistung im Hochbau im Jahr 2002 neuerlich real um 1,8% (nach -2,6% im Jahr 2001). Für 2003 bis 2005 wird eine leichte Erholung erwartet, diese geht aber auf den Wohnbau zurück.

Die befristete Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung für Bauprojekte, die bis Ende 2003 verlängert wurde, dürfte 2002 noch kaum Auswirkungen gehabt haben. Die Belebung im sonstigen Hochbau, vor allem der neuerliche starke Zuwachs im Büro- und Industriebau, könnte allerdings im Jahr 2003 Vorzieheffekte aufgrund der Steuerbegünstigungen widerspiegeln.

Übersicht 8: Bauproduktion

	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Hochbau	+ 1,6	- 2,6	- 1,8	+ 0,6	+ 1,2
Wohnungsneubau	- 1,5	- 5,5	- 2,6	+ 1,1	+ 1,5
Schulen und Unis	- 4,8	+ 6,1	+ 1,5	- 12,2	- 4,5
Industriebau	+ 12,4	- 2,6	- 11,4	- 0,8	- 4,6
Bürobau	+ 15,9	+ 8,0	+ 7,5	+ 34,8	+ 3,5
Tiefbau	+ 2,2	+ 2,7	+ 6,3	+ 4,4	+ 3,2
Verkehrsinfrastruktur	- 3,2	+ 4,9	+ 12,0	+ 15,0	+ 7,0
Telekommunikation	+ 17,9	+ 1,9	+ 9,0	+ 0,3	+ 1,9
Insgesamt	+ 1,7	- 1,5	+ 0,0	+ 1,5	+ 1,7

Q: Euroconstruct (2003).

Österreichs Investitionen in die Infrastruktur wurden im internationalen Vergleich besonders stark ausgeweitet. In anderen EU-Ländern stagnierte dieser Sektor oder schrumpfte sogar (Frankreich und Deutschland). Nur in Spanien, das von EU-Mitteln besonders profitiert, und in Großbritannien, wo der öffentliche Sektor die Investitionsausgaben kräftig erhöht, sind ähnlich hohe Zuwächse wie in Österreich zu verzeichnen. Der Anteil der Bauwirtschaft am BIP ist in Österreich mit 6,8% (2002) im internationalen Vergleich sehr groß (Deutschland 4,1%, ungewichteter EU-Durchschnitt 5½%) – die Bauquote ist nur in Spanien und Griechenland höher als in Österreich, in Portugal gleich hoch, während die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien für ein hochentwickeltes Industrieland relativ niedrig sind.

Übersicht 9: Wertschöpfung der Bauwirtschaft

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	In % des BIP, nominell													
Österreich	6,3	6,5	6,9	7,0	7,1	7,5	7,4	7,6	7,6	7,6	7,5	7,3	7,0	6,8
Deutschland	5,5	5,7	5,6	6,2	6,3	6,6	6,3	5,9	5,6	5,2	5,1	4,7	4,4	4,1
Frankreich	5,3	5,4	5,6	5,7	5,2	5,1	4,9	4,6	4,1	4,0	4,0	4,3	4,4	.
Italien	5,6	5,8	5,9	5,9	5,5	5,1	4,8	4,9	4,7	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6
Großbritannien	6,5	6,2	5,5	4,9	4,5	4,6	4,6	4,5	4,5	4,5	4,6	4,6	4,8	5,1
Belgien	5,1	5,1	5,0	5,2	4,9	4,8	4,8	4,6	4,5	4,4	4,6	4,6	4,7	4,6
Dänemark	4,9	4,5	4,3	4,3	3,9	3,9	4,1	4,3	4,0	4,4	4,7	4,6	4,3	4,2
Griechenland	7,2	7,4	7,0	6,5	7,9	6,1	5,9	5,9	6,0	6,5	6,6	6,5	7,0	7,4
Irland	4,4	4,8	4,9	4,7	4,4	4,7	4,7	4,8	4,9	5,5	5,9	6,5	6,5	.
Niederlande	5,7	5,6	5,4	5,4	5,3	5,2	5,0	4,9	4,9	5,0	5,2	5,3	5,4	5,4
Finnland	7,7	7,4	6,6	5,1	4,1	3,9	3,9	4,2	4,5	4,7	5,0	5,1	5,1	5,0
Spanien	7,9	8,5	8,5	7,8	7,3	7,1	7,3	6,9	6,8	7,0	7,4	7,9	8,2	8,6
Schweden	5,8	6,0	5,9	5,4	4,6	4,2	4,0	3,9	3,7	3,6	3,6	3,6	3,7	3,6
Portugal	5,6	5,5	5,3	5,4	5,5	5,6	6,0	6,1	6,6	6,7	6,7	6,9	6,9	.

Q: OECD, National Accounts.

Längerfristig wäre deshalb darauf zu achten, dass die Maßnahmen für die Bauwirtschaft auf ein Vorziehen von Investitionen beschränkt bleiben, d. h. in einem künftigen Konjunkturaufschwung die öffentlichen Ausgaben für die Bauwirtschaft zurückgehalten werden. Weiters sollten alle Möglichkeiten zum Vorziehen von IKT-Investitionen im öffentlichen Bereich geprüft werden (z. B. Autobahnmautsystem, Adonis-Kommunikationssystem, Chipkarten im Gesundheitswesen usw.). Freilich können Bauinvestitionen (z. B. Autobahnbauten) im Allgemeinen wesentlich rascher an die Konjunkturlage angepasst werden als öffentliche IKT-Investitionen.

Übersicht 10: Bauinvestitionen

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In % des BIP, nominell																
Österreich	13,0	12,9	13,0	13,5	13,7	13,9	14,3	14,2	14,1	14,0	13,8	13,5	13,2	13,0	12,8	13,0	12,8
Deutschland	14,3	14,0	13,5	12,7	13,9	14,3	14,9	14,4	13,7	13,1	12,6	12,4	11,8	10,9	10,1	9,7	9,5
Frankreich	11,0	11,0	10,9	10,7	10,5	9,7	9,3	9,1	8,8	8,4	8,3	8,5	8,9	9,0	9,0	8,9	9,0
Italien	9,8	9,9	10,3	10,3	10,2	9,5	8,7	8,3	8,3	8,0	7,8	7,8	8,1	8,2	8,3	8,3	8,1
Großbritannien	9,9	10,7	10,4	9,0	8,3	7,6	7,5	7,4	7,3	7,3	7,4	7,6	7,8	7,1	7,4	7,9	8,3
Belgien
Dänemark	11,2	10,5	9,9	8,7	8,6	8,5	8,2	8,3	8,9	9,1	9,4	8,8	9,1	8,5	8,2	8,1	8,2
Griechenland	15,0	15,1	15,5	15,4	13,7	13,0	12,0	11,8	11,7	12,0	12,7	13,1	13,0	13,4	13,8	14,3	14,6
Irland	8,1	8,5	10,1	10,2	10,1	8,8	9,6	9,9	11,3	12,7	13,6	14,8	15,3	15,8	15,4	15,0	14,7
Niederlande	12,4	12,2	11,9	11,6	11,8	11,4	11,5	11,3	11,5	11,3	11,4	11,9	12,1	12,3	12,1	12,3	12,4
Finnland	15,0	16,9	16,8	14,9	11,3	8,6	8,0	9,0	9,3	10,1	10,8	11,4	11,9	11,8	11,3	11,1	11,0
Spanien	12,2	13,3	14,1	14,1	13,0	12,3	12,2	12,6	11,9	11,7	12,0	12,8	13,8	14,3	15,0	15,4	15,5
Schweden	10,2	11,1	11,4	11,1	9,9	8,0	7,0	6,7	6,6	6,0	6,1	5,9	6,1	6,6	6,7	6,6	6,7
Portugal	13,2	13,0	12,8	12,5	12,3	11,9	11,7	12,3	12,3	13,6	13,7	13,5	14,0	14,0	13,3	12,9	12,9
Luxemburg	11,8	11,4	12,6	12,5	12,6	12,6	12,1	12,7	12,2	11,3	12,1	12,1	11,8	12,6	12,5	12,6	12,7

Q: AMECO, Eurostat.

Gemäß der Unternehmensbefragung liegt die Bekanntheit der Fördermaßnahmen zwischen 60% und mehr als 80%. Dabei sind kleinere Unternehmen schlechter informiert als große; Dienstleistungsunternehmen sind weniger informiert als Sachgütererzeuger (Dienstleistungsunternehmen sind meist wesentlich kleiner als Unternehmen der Sachgütererzeugung). Große Unternehmen können möglicherweise mehr Ressourcen für die Beschaffung relevanter Informationen bereitstellen als kleine Unternehmen. Die Maßnahmen der beiden Konjunkturbelebungsprogramme mögen aber auch für kleinere Unternehmen weniger relevant sein als für große.

Zur Bekanntheit der Fördermaßnahmen

Übersicht 11: Befragungsergebnisse im Überblick

	Insgesamt			Sachgütererzeugung			Dienstleistungen		
	Bekannt- heit	Unter- nehmen mit Steigerung	Inan- spruch- nahme 2003	Bekannt- heit	Unter- nehmen mit Steigerung	Inan- spruch- nahme 2003	Bekannt- heit	Unter- nehmen mit Steigerung	Inan- spruch- nahme 2003
	Anteile an allen Meldungen in %								
Investitionszuwachsprämie	63 ¹⁾	10	30	66 ¹⁾	10	33	53 ¹⁾	11	18
Freibetrag für Forschung und Entwicklung, Forschungsprämie	66	4	16	67	4	18	62	4	9
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	79	14	–	82	13	–	68	18	–
Lehrlingsprämie	83	16	53	85	17	61	75	14	24
Insgesamt	444			342			102		

Q: WIFO-Umfrage. – ¹⁾ In % aller Unternehmen, die heuer investieren.

Investitionszuwachsprämie

Die für die Jahre 2002 und 2003 befristet gewährte Investitionszuwachsprämie soll die Investitionstätigkeit der Unternehmen in zweifacher Hinsicht beeinflussen: Zum einen soll sie ein Vorziehen geplanter Investitionsprojekte bewirken und damit Impulse in einer konjunkturschwachen Phase auslösen. Zum anderen soll sie eine Umschichtung liquider Mittel zugunsten der Investitionstätigkeit bewirken. Weil Investitionen in Bauten von der Prämie ausgeschlossen sind, ist auch eine Verlagerung der Investitionsstruktur zugunsten der Ausrüstungsinvestitionen zu erwarten. Zugleich ist mit unerwünschten Lenkungseffekten zu rechnen: Branchen, die derzeit Kapazitäten ins Ausland verlagern, deren im Inland verbleibende Produktion (Nischenprodukte) aber dennoch sehr produktiv sein kann, werden von der Prämie nicht begünstigt (z. B. Textil-, Leder- und Bekleidungsbranche).

Aufgrund der Investitionszuwachsprämie kann für das Jahresende ein Vorziehen von Erneuerungsinvestitionen in das Jahr 2003 erwartet werden. Das WIFO schätzt diesen Effekt auf etwa 1,5% der Ausrüstungsinvestitionen. Der temporäre Nachfrageimpuls dürfte direkt etwa 300 Mio. € und insgesamt etwa 500 Mio. € erreichen. Das würde eine Stimulierung des BIP um knapp ¼ Prozentpunkt bedeuten. Im Jahr 2004 dürfte allerdings Nachfrage in entsprechendem Ausmaß fehlen.

Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen ist eine wesentliche Determinante der gegenwärtigen Krise der Inlandsnachfrage in Österreich; die Investitionen reagieren üblicherweise auf eine Konjunkturflaute besonders empfindlich. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken 2001 real gegenüber dem Vorjahr um 4%, 2002 um 10%; für heuer wird eine Stagnation auf diesem niedrigen Niveau erwartet. Der WIFO-Investitionstest signalisiert für das laufende Jahr keine Erholung der Investitionstätigkeit. Solange die Absatzerwartungen der Unternehmen pessimistisch bleiben, dürften Steuersenkungen, wie auch Zinssenkungen, keinen nennenswerten Einfluss auf die Investitionstätigkeit haben.

Die Investitionszuwachsprämie senkt die Kapitalnutzungskosten und sollte daher die Investitionsnachfrage steigen lassen. In welchem Umfang die Kapitalnutzungskosten sinken, kann nur schwer geschätzt werden, da diese vom geplanten Investitionszuwachs des einzelnen Unternehmens und von vielen anderen Faktoren abhängen (Realzinssatz, Abschreibungsrate, unternehmerisches Finanzierungsverhalten und Absatzerwartungen). Die Kapitalnutzungskosten gehen in Österreich laufend zurück und haben wohl den niedrigsten Stand seit Jahren erreicht (Kaniowski, 2002). Ob eine weitere Reduktion überhaupt noch die Investitionsnachfrage stimuliert, muss daher skeptisch beurteilt werden. Da die Investitionszuwachsprämie am Investitionszuwachs und nicht an den Investitionen insgesamt bemessen wird, ist ihre Wirkung auf die Kapitalnutzungskosten insgesamt relativ klein: Die Sachgütererzeugung wandte 2000 bis 2002 pro Jahr 6 Mrd. € für Ausrüstungsinvestitionen auf. Bei einem unterstellten Zuwachs 2003 von 0,6 Mrd. € (10%) beträgt die Investitionsprämie 0,06 Mrd. €. Die Förderintensität entspricht damit 0,9%, der direkte Effekt auf die Kapitalnutzungskosten –1 Prozentpunkt. Ein Investitionszuwachs um 10% wäre demnach mit einer Senkung der Kapitalnutzungskosten um 1 Prozentpunkt verbunden.

Zum Jahresende dürften nach Schätzung des WIFO Erneuerungsinvestitionen im Ausmaß von 1,5% der Ausrüstungsinvestitionen in das Jahr 2003 vorgezogen werden. Der – allerdings nur temporäre – Nachfrageimpuls dürfte direkt etwa 300 Mio. € und insgesamt etwa 500 Mio. € betragen. Das bedeutet eine Stimulierung des BIP um knapp ¼%. Im Jahr 2004 dürfte daher Nachfrage in entsprechendem Ausmaß fehlen.

Aufgrund der vom WIFO durchgeführten repräsentativen Unternehmensbefragung ist etwa zwei Dritteln der befragten Sachgütererzeuger und gut der Hälfte der Dienstleister die Investitionszuwachsprämie bekannt, und sie sehen sich hinreichend über die Möglichkeiten zu deren Inanspruchnahme informiert. Die Bekanntheit der Prämie steigt mit der Unternehmensgröße: Nur die Hälfte der Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten, aber mehr als 90% der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten bezeichnen sich als informiert.

In der Sachgütererzeugung geben 15%, im Dienstleistungsbereich sogar 21% der informierten Unternehmen an, die Investitionszuwachsprämie habe heuer zu einer Steigerung ihrer Investitionstätigkeit beigetragen⁴⁾. Umgerechnet auf die gesamte Stichprobe, also einschließlich der nicht informierten Unternehmen, wurde die Prämie von rund 10% der befragten Sachgütererzeuger und Dienstleister zu einer Steigerung ihrer Investitionstätigkeit genutzt.

Der Bekanntheitsgrad der Steuerentlastungsmaßnahmen liegt zwischen gut 60% und über 80%. 30% aller befragten Unternehmen wollen heuer die Investitionszuwachsprämie in Anspruch nehmen, 10% nutzen sie zu einer Erhöhung der Investitionen. 53% aller Unternehmen werden heuer die Lehrlingsprämie lukrieren, 16% werden durch sie zu einer Ausweitung der Ausbildungsaktivitäten veranlasst.

Übersicht 12: Ausrüstungsinvestitionen

	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In % des BIP, nominell																
Österreich	9,9	10,1	10,2	10,3	9,6	8,9	8,7	8,6	8,7	8,9	9,0	9,2	9,8	9,2	8,1	7,9	7,8
Deutschland	9,6	9,8	10,2	10,2	9,3	7,9	7,4	7,2	7,2	7,3	7,8	8,1	8,7	8,0	7,2	7,2	7,5
Frankreich	7,7	8,0	8,0	7,6	7,0	6,4	6,5	6,6	6,6	6,4	6,7	7,1	7,6	7,5	7,2	7,1	7,3
Italien	9,6	9,6	9,3	8,8	8,5	7,2	7,5	8,2	8,2	8,5	8,8	9,2	9,7	9,6	9,4	9,2	9,3
Großbritannien	8,8	9,4	8,6	7,4	7,0	6,9	7,1	7,7	8,0	8,0	8,5	8,5	8,2	7,7	6,7	6,4	6,6
Belgien																	
Dänemark	8,4	9,0	8,9	9,2	8,2	7,4	7,7	7,7	7,1	7,8	8,2	8,0	8,5	8,4	8,6	8,6	8,6
Griechenland	5,7	6,5	6,6	6,3	6,6	6,3	5,7	5,9	6,8	6,6	7,4	7,3	8,3	8,3	8,0	8,1	8,2
Irland	7,1	7,9	7,8	6,3	6,0	6,2	6,5	6,9	7,0	7,0	7,7	8,0	8,0	6,8	5,9	5,6	5,5
Niederlande	8,1	8,4	8,3	8,0	7,7	7,3	7,0	7,3	7,6	7,8	7,5	7,9	7,8	7,1	6,5	5,9	5,9
Finnland	9,8	10,7	9,9	7,4	6,6	5,8	5,6	6,3	6,8	7,1	7,0	6,5	6,0	6,6	6,5	6,2	6,3
Spanien	8,5	8,8	8,1	7,4	6,7	5,5	5,7	6,1	6,3	6,7	7,2	7,4	7,5	7,0	6,3	6,1	6,2
Schweden	9,9	10,7	9,9	8,0	6,7	5,9	6,7	7,5	7,7	7,7	8,0	8,6	8,6	8,2	7,6	7,3	7,3
Portugal	11,4	10,7	10,4	9,5	8,7	7,7	7,8	7,6	7,9	8,8	9,6	9,8	10,2	9,3	8,1	7,7	7,8
Luxemburg	11,1	10,8	9,8	11,9	7,6	10,2	8,1	8,1	8,1	9,5	8,9	10,6	7,4	7,8	7,6	7,2	7,2

Q: AMECO, Eurostat.

Vorzieheffekte löste die Investitionszuwachsprämie bei 11% der Dienstleister und 8% der Sachgütererzeuger aus, für später geplante Investitionen sollen noch heuer durchgeführt werden.

Knapp ein Drittel der Sachgütererzeuger – vor allem größere Unternehmen – plant, heuer die Investitionszuwachsprämie in Anspruch zu nehmen. In der Gruppe mit bis zu 50 Beschäftigten beträgt dieser Anteil 22%, unter den Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten mehr als die Hälfte. Im Dienstleistungsbereich planen 18% der Unternehmen, die Investitionszuwachsprämie in Anspruch zu nehmen – darunter keines der wenigen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten.

Zwei Drittel der Unternehmen sehen sich über die Möglichkeiten und Voraussetzungen des neuen, zusätzlichen Freibetrags und/oder der Forschungsprämie ausreichend informiert. Dieser Anteil ist relativ hoch, wenn man berücksichtigt, dass nur ein Viertel der befragten Dienstleister und ein Drittel der befragten Sachgütererzeuger Forschung und Entwicklung betreibt. In der Sachgütererzeugung steigt dieser Anteil jedoch kontinuierlich mit der Unternehmensgröße: Nur 17% der kleineren Unternehmen forschen, aber zwei Drittel der großen.

Wirkung des erweiterten Forschungsfreibetrags und der Forschungsprämie

⁴⁾ Vorziehen von Investitionen, Investitionen in größerem Umfang als ohne Prämie und Investitionen, die ohne Prämie nicht zustande gekommen wären.

Der Forschungsfreibetrag bzw. die Forschungsprämie wird von 16% der Unternehmen geltend gemacht; sie induziert bei 4% der befragten Unternehmen eine Steigerung der Forschungsausgaben. 14% der Unternehmen weiten aufgrund von Bildungsfreibetrag bzw. -prämie ihr Aus- und Fortbildungsangebot aus.

Ähnlich wie die Investitionszuwachsprämie lösen auch die Maßnahmen zur verstärkten steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung nur geringe Vorzieh- und Verstärkungseffekte aus. 12% der forschenden Sachgütererzeuger planen, aufgrund der Förderung mehr für Forschung und Entwicklung auszugeben – 4% der gesamten Unternehmen in der Sachgütererzeugung. Rund die Hälfte davon zieht geplante Forschungsvorhaben vor, um die Förderung in Anspruch nehmen zu können. 3% der Sachgütererzeuger mit Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten betreiben Forschung, die ohne den neuen Freibetrag bzw. die Prämie nicht zustande gekommen wäre (rund 1% aller befragten Sachgütererzeuger); im Dienstleistungsbereich beträgt der Anteil der forschenden Unternehmen, die ihre Forschungsausgaben wegen der Förderung steigern, 15% (rund 4% aller befragten Unternehmen des Dienstleistungssektors).

Jeweils rund ein Drittel der forschenden Sachgütererzeuger und Dienstleister will heuer den neuen Forschungsfreibetrag bzw. die Forschungsprämie geltend machen. Das entspricht 18% bzw. 9% aller Unternehmen in den beiden Sektoren.

Mit den Konjunkturbelebungsprogrammen wurde der Bildungsfreibetrag von 9% der Ausgaben auf 20% angehoben und – alternativ zum Bildungsfreibetrag – eine Bildungsprämie von 6% eingeführt. Den Unternehmen, insbesondere der Sachgütererzeugung, sind der Bildungsfreibetrag und die Bildungsprämie besser bekannt als die Investitionszuwachsprämie, der neue Forschungsfreibetrag und die Forschungsprämie: 82% der Sachgütererzeuger und 68% der Dienstleister sind hinreichend informiert.

Drei Viertel der Unternehmen in der Sachgütererzeugung und 80% der Dienstleister bieten ihren Mitarbeitern betriebliche Weiterbildungsmöglichkeiten. 17% dieser Sachgütererzeuger und 22% dieser Dienstleister geben heuer mehr für Weiterbildung aus als ohne Freibetrag und Prämie (13% bzw. 18% aller Unternehmen in diesen Bereichen). 7% aller Sachgütererzeuger und 13% der Dienstleister wurden durch Freibetrag und Prämie veranlasst, Weiterbildung durchzuführen, die sie ohne diese Maßnahmen nicht angeboten hätten. Vorzieheffekte aufgrund von Bildungsfreibetrag und -prämie melden jeweils rund ein Zehntel aller Sachgütererzeuger und Dienstleister.

Fast die Hälfte der Dienstleister will in den kommenden Jahren mehr für Weiterbildung ausgeben als heuer. Die Bildungsausgaben der anderen Unternehmen werden stagnieren. Hingegen will nur ein Viertel der Sachgütererzeuger mehr in die betriebliche Weiterbildung investieren. Mehr als 50% wollen das aktuelle Niveau halten, 3% werden ihre Aufwendungen für Fortbildung senken.

Ähnlich wie die Bildungsprämie weist die Lehrlingsprämie mit 85% der Sachgütererzeuger und 75% der Dienstleister einen sehr hohen Bekanntheitsgrad auf, obwohl drei Viertel der Dienstleister und weniger als ein Drittel der Sachgütererzeuger keine Lehrlinge ausbilden. Fast alle Unternehmen mit Lehrstellen planen, die Lehrlingsausbildungsprämie heuer in Anspruch zu nehmen.

Die Einführung der Lehrlingsprämie hat einen deutlichen Effekt: Ein Viertel der ausbildenden Sachgütererzeuger und die Hälfte der ausbildenden Dienstleister geben an, wegen der Lehrlingsprämie mehr oder erstmals Lehrlinge auszubilden bzw. weniger Lehrstellen abzubauen (17% aller befragten Unternehmen der Sachgütererzeugung und 14% der Dienstleister). Nur jeweils rund 3% aller befragten Unternehmen der Sachgütererzeugung und Dienstleister bilden erstmals Lehrlinge aus, um die Prämie in Anspruch zu nehmen. 61% aller Unternehmen der Sachgütererzeugung und 24% aller Dienstleister wollen 2003 die Lehrlingsprämie in Anspruch nehmen.

In der Sachgütererzeugung sind die wichtigsten Argumente gegen die Ausbildung von Lehrlingen, dass man bevorzugt bereits ausgebildete Arbeitskräfte einstellt (57%) bzw. solche, die bereits Berufserfahrung in anderen Unternehmen gesammelt haben (47%). Für 39% der Unternehmen passen die Lehrberufe nicht zu den eigenen Anforderungen. 37% setzen stärker auf Schulabsolventen und/oder Akademiker bzw. haben keinen Bedarf an innerbetrieblich ausgebildeten Mitarbeitern. Geringere Zustimmung erhielten die Aussagen, wonach Kosten und Aufwand der Lehrlingsausbildung zu hoch seien (27%), das Unternehmen keine Lehrbefugnis habe (21%) und es keine geeigneten Bewerber für Lehrstellen gebe (16%).

Wirkung der Bildungsprämie

Wirkung der Lehrlingsprämie und Verringerung von Ausbildungshemmnissen

Im Dienstleistungsbereich setzen 80% der Unternehmen, die keine Lehrlinge ausbilden, stärker auf Schulabsolventen und/oder Akademiker. Jeweils über 60% gaben an, dass Neuzugänge bereits über Berufserfahrung verfügen sollen und dass das Unternehmen seinen Fachkräftebedarf über ausgebildete Kräfte deckt. Für mehr als die Hälfte der Unternehmen passen die Lehrberufe nicht zu den eigenen Anforderungen, oder sie sehen keinen Bedarf an innerbetrieblich ausgebildeten Mitarbeitern. Für 42% der Dienstleister sind Kosten und Aufwand der Lehrlingsausbildung zu hoch. 28% geben an, keine Ausbildungsbefugnis zu haben. Nur 15% begründen den Umstand, dass sie keine Lehrlinge ausbilden, mit dem Mangel an geeigneten Bewerbern.

Die Bundesregierung hat zur Stimulierung der anhaltend schwachen Konjunktur zwei Konjunkturbelebungsprogramme (Dezember 2001 und September 2002) aufgelegt. Diese sehen einerseits zusätzliche, zumeist vorgezogene Ausgaben vor, vor allem die Ausweitung der außerbudgetären Finanzierungsrahmen im Bereich der Infrastruktur für SCHIG und Asfinag sowie das Vorziehen baureifer Projekte durch die Bundesimmobilien-Gesellschaft. Andererseits wurden verschiedene Steuererleichterungen neu eingeführt oder ausgeweitet, die auch die Angebotsbedingungen der Unternehmen verbessern sollen: insbesondere die Erweiterung der Steuerbegünstigung für Forschungsaufwendungen sowie die Einführung einer Forschungsprämie, die Anhebung des Freibetrags für außerbetriebliche Aus- und Fortbildung und die Einführung einer Bildungsprämie sowie die Ausdehnung von Bildungsfreibetrag und -prämie auf innerbetriebliche Aus- und Fortbildung, die Ersetzung des Lehrlingsfreibetrags durch eine Lehrlingsprämie, eine befristete vorzeitige Abschreibung für Gebäude und eine befristete Investitionszuwachsprämie sowie steuerliche Erleichterungen für Betriebsübertragungen.

Eine Unternehmensbefragung des WIFO ergab einen beachtlichen Bekanntheitsgrad der wichtigsten steuerlichen Maßnahmen: Gut 60% bis über 80% aller befragten Unternehmen sehen sich ausreichend über die einzelnen Initiativen informiert. Die Inanspruchnahme sowie die tatsächlichen Effekte der Vergünstigungen unterscheiden sich jedoch. Am erfolgreichsten ist die Lehrlingsprämie – sie wird von 53% aller befragten Unternehmen in Anspruch genommen und veranlasst 16% aller Unternehmen dazu, mehr oder erstmals Lehrlinge auszubilden bzw. auf den Abbau von Lehrstellen zu verzichten. Die Investitionszuwachsprämie wird heuer von 30%, Forschungsfreibetrag bzw. -prämie werden von 16% aller Unternehmen geltend gemacht.

Das gesamte Budgetvolumen der beiden Konjunkturbelebungsprogramme war mit knapp 0,6% des BIP im Jahr 2003 relativ begrenzt. Insbesondere die ausgabenseitigen Maßnahmen sowie die zeitlich befristete Investitionszuwachsprämie hatten einen merklichen positiven Einfluss auf das österreichische BIP. Ihr Zusatzeffekt lag insgesamt bei knapp ¾% des BIP: Die zusätzlichen Infrastrukturausgaben dürften das BIP im letzten Jahr um bis zu ¼%, heuer um bis zu ½% erhöht haben. Die Investitionszuwachsprämie dürfte 2003 mit knapp ¼ Prozentpunkt zum BIP-Anstieg beigetragen haben.

Im zweiten Teil dieser Evaluierung werden die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Abgabenreform 2004 analysiert. Zudem werden Überlegungen zur konjunkturpolitischen Strategie unter Berücksichtigung einkommen- und ausgabenseitiger Maßnahmen angestellt. Dieser Beitrag erscheint im Heft 11/2003 der WIFO-Monatsberichte.

Bundesministerium für Finanzen (2003A), Budgetbericht 2002/2003, Wien, 2003.

Bundesministerium für Finanzen (2003B), Budgetprogramm 2003-2006, Wien, 2003.

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wirtschaftsbericht Österreich 2003, Wien, 2003.

Kaniovski, S., "Kapitalnutzungskosten in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(5), S. 339-346, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract.type?p_language=1&pubid=21984.

Zusammenfassung

Literaturhinweise

The Economic Stimulus Packages 2001 and 2002 – Summary

Faced with an economic slowdown, the Austria federal government implemented two economic stimulus packages in 2001 and 2002 respectively. These packages provide for additional public expenditure, most of which has been advanced by one or two years, particularly with regard to public transportation infrastructure as well as the construction sector. Moreover, various tax incentives aiming to improve the supply-side conditions were introduced or expanded. A survey conducted by WIFO found a remarkably high number of enterprises indicating that they were adequately informed of the most important tax incentives (tax allowance and premium for R&D, premium for apprentices, premium for external and internal training measures, premium for incremental investment). The extent to which tax allowances and premiums are actually claimed varies, however; the rate is highest for the premium for apprentices.

Public expenditure and the temporary premium for incremental investment have a particularly noticeable impact on economic growth, although the total volume of the two economic stimulus packages is limited (less than 0.6 percent of GDP in 2003). The additional infrastructure expenditure should have boosted economic growth by up to ¼ percentage point in 2002 and by up to ½ percentage point in 2003. It is estimated that the premium for incremental investment has contributed almost ¼ percentage point to this year's growth.

One element of the first phase of the tax reform coming into effect in 2004 is a tax relief granted for retained profits of non-incorporated firms which is intended to further the formation of equity capital. However, small firms and firms with low profits can be expected to benefit only marginally from this change, which restricts the effectiveness of the tax measure as such. With regard to personal income taxation, gross incomes of up to € 14,500 per year will be completely tax-exempt as of 2004. Moreover, a number of contributions to social security schemes will be reduced and payroll taxes for older employees lowered. However, the effects of these cuts are likely to be offset by an increase in energy and mineral oil taxes and in contributions to public health insurance. Thus no expansionary effect can be expected from the first phase of the tax reform.

Given the slow and unstable economic recovery, but also with a view to eliminating structural deficits, Austria should support current initiatives at the European level that aim at a co-ordinated increase in European and national investment, particularly in the areas of transportation infrastructure, education, information and communication infrastructure, as well as research and development.

Hedwig Lutz

Verdienstentgang von Frauen mit Kindern

Sobald Frauen Kinder haben, sind sie in ihren Erwerbschancen erheblich eingeschränkt. Dies zeigt eine Bilanzierung der Arbeitsverdienste von Müttern in Relation zu vergleichbaren kinderlosen Frauen. Die größten Einbußen verzeichnen Frauen nach der Geburt des ersten Kindes, und zwar bereits in den ersten Lebensjahren des Kindes. Dieser Verdienstentgang kann eingeschränkt werden, indem die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit kürzer gestaltet wird; er lässt sich aber bis ins Erwachsenenalter des jüngsten Kindes nicht mehr aufholen.

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz: Alois Guger (Projektleitung), Reiner Buchegger (Universität Linz), Hedwig Lutz, Christine Mayrhuber, Michael Wüger (WIFO): Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten (2003, 163 Seiten, 30 €, kostenloser Download: http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24078; Bestellungen bitte an Christine Kautz, Tel. (+43 1) 798 26 01-282, Fax (+43 1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at) • Begutachtung: Alois Guger • E-Mail-Adresse: Hedwig.Lutz@wifo.ac.at

Kinder sind für ihre Eltern mit zusätzlichen direkten Kosten verbunden. Zugleich bedeutet der Zeitaufwand für Kinderbetreuung eine Einschränkung der Erwerbsmöglichkeiten und damit des Erwerbseinkommens (indirekte Kosten). Nach wie vor sind in der Regel Frauen davon besonders betroffen.

Die Stellung der Frauen im Berufsleben ist allgemein schwächer als jene der Männer. Darüber hinaus werden die Erwerbschancen von Frauen mit Kindern gegenüber Kinderlosen durch folgende Faktoren beeinträchtigt:

- Unterbrechung der Berufstätigkeit und Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg,
- Reduktion der Wochenarbeitszeit zur besseren Vereinbarkeit von beruflichen und privaten Verpflichtungen,
- Wechsel auf Arbeitsplätze mit geringeren Stundenverdiensten bzw. zu nicht ausbildungsadäquaten Tätigkeiten, um trotz der Kinderbetreuungspflichten überhaupt erwerbstätig sein zu können (Diskrepanz zwischen Betreuungsangeboten und zeitlichen Arbeitsbedingungen auf dem bisherigen Arbeitsplatz),
- Einschränkung der Möglichkeiten zur Überstundenleistung,
- Entgang von Aufstiegschancen und Einkommensteigerungen wegen der ausgeprägten Senioritätsregelungen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt.

Größer als die Einschränkungen bei Beschäftigung sind jene bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder später im Alter, weil viele Leistungen primär von den vorhergehenden Arbeitsverdiensten abhängen; insbesondere im Pensionsversicherungssystem wird allerdings den Kinderbetreuungszeiten zunehmendes Augenmerk geschenkt.

Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Beitrag die Arbeitsverdienste von Frauen mit Kindern (unselbständig Beschäftigte in der Privatwirtschaft) mit den Erwerbseinkommen von kinderlosen Frauen verglichen. Untersuchungen zu diesem Thema beruhen häufig auf der Analyse von Querschnittsinformationen, die sich auf einen Erhebungszeitraum von einer Woche, einem Monat oder einem Jahr beziehen. Dabei kann die individuelle Dynamik der Beschäftigungs- und Einkommensverläufe nicht abgebildet werden. In der vorliegenden Arbeit wird hingegen das Arbeitseinkommen von Frauen über einen Zeitraum von bis zu 29 Jahren direkt verfolgt. Grundlage der Untersuchung ist eine personenbezogene Längsschnittanalyse von Erwerbsbeteiligung (Beschäftigung, Arbeitslosigkeit) und Bruttoarbeitsverdiensten.

Untersuchungsansatz

Das Hauptaugenmerk liegt auf der Höhe des Erwerbseinkommensentfalls kumuliert über die Jahre seit der Geburt des ersten Kindes. Dieser Einkommensentfall kann aus einer Einschränkung der Erwerbsbeteiligung (Unterbrechungen), einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, einer Verringerung der Wochenarbeitszeit und/oder aus Einbußen an Stundenverdiensten resultieren. Da keine Informationen über die Wochenarbeitszeiten vorliegen, lässt sich aber weder der Einfluss der Arbeitszeit noch jener der Stundenverdienste ermitteln.

Datengrundlagen und Datenaufbereitung

Datenbasis ist die Grundgesamtheit der Versicherungsdatei des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger von 1972 bis 2000. Sie enthält zu jeder Person anonymisierte Personennummern und alle versicherungsrechtlich relevanten Einträge für diesen Zeitraum. Dazu zählen u. a. unselbständige und selbständige Beschäftigungszeiten, Zeiten der Arbeitslosigkeit, des Wochen- sowie des Karenzgeldbezugs, des Bezugs von Eigen- oder Hinterbliebenenpensionen sowie des Bezugs sonstiger Transferleistungen, aber auch die Anzeige einer Lebendgeburt von Frauen (mit dem entsprechenden Datum).

Als Einkommensinformation stehen die Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung (Bruttoverdienste einschließlich Sonderzahlungen) bis zur Höchstbeitragsgrundlage zur Verfügung. Für eine bessere Vergleichbarkeit der Informationen werden diese zu Preisen von 2000 ausgewiesen. Von einer Diskontierung der Verdienste wurde abgesehen.

Untersuchte Personengruppe

Die Ausgangsbasis bilden alle Frauen, die zwischen 1936 und 1976 geboren wurden und im Zeitraum 1972 bis 2000 vom Hauptverband zumindest einmal erfasst wurden. Die Untersuchungspopulation wird nach folgenden Kriterien eingeschränkt:

- Berücksichtigt werden ausschließlich Frauen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, weil für Ausländerinnen aus dem Datensatz nicht ersichtlich ist, wann sie nach Österreich eingereist sind bzw. ob eine spätere Nichterfassung beim Hauptverband darauf zurückzuführen ist, dass sie Österreich wieder verlassen haben. Zudem ist gerade für Immigrantinnen die Zahl der Kinder nicht feststellbar, weil nicht bekannt ist, mit wievielen Kindern sie bereits nach Österreich gekommen sind. Die Konzentration auf Österreicherinnen schränkt die Aussagekraft der Untersuchung nicht ein, weil Ausländerinnen bei der Integration in den österreichischen Arbeitsmarkt einer Reihe von Hindernissen gegenüberstehen, welche die Erschwernisse durch die Kinderbetreuung überlagern.
- Die Untersuchungspopulation enthält nur jene Frauen, welche während ihrer Berufslaufbahn niemals als Beamtinnen oder selbständig tätig waren: Für Beamtinnen stehen keine Einkommensinformationen zur Verfügung, für Selbständige ist der Gestaltungsspielraum relativ hoch, sodass die Aussagekraft der Daten für die betreffende Analyse nicht eindeutig ist. Zudem erfasst der Hauptverband pragmatisierte Beschäftigungszeiten erst seit den neunziger Jahren.
- Die Verdienstchancen werden ausschließlich für Frauen ermittelt, welche am Ende des Beobachtungszeitraums noch nicht gestorben sind.
- In einem weiteren Schritt wurden jene Frauen aus der Untersuchungspopulation ausgeschlossen, die nur eine geringe Bindung an das österreichische Sozialversicherungssystem aufweisen¹⁾.

Die Verdienstauffälle durch Kinderbetreuung werden für die Geburtsjahrgänge 1952 bis 1976 direkt ermittelt. Für ältere Kohorten kann eine für die Fertilität wesentliche Zeitspanne vor Erreichen dieses Alters nicht beobachtet werden, sodass die Zahl der Kinder nicht festzustellen ist. Für die Geburtsjahrgänge 1952 bis 1960 ist die für Geburten relevante Periode weitgehend abgedeckt: Sie waren am Beginn des Untersuchungszeitraums höchstens 20 Jahre, am Ende des Untersuchungszeitraums 40 bis 48 Jahre alt.

¹⁾ Frauen, die insgesamt weniger als 12 Monate beim Hauptverband in irgendeiner Position erfasst waren; Frauen ab 44 Jahren, die insgesamt weniger als fünf Kalenderjahre im Hauptverband registriert waren; Frauen unter 44 Jahren im Jahr 2000, deren erster Eintrag nach ihrem 30. Lebensjahr erfolgte; kinderlose Frauen, die als Jugendliche beim Hauptverband gemeldet waren und dann nicht mehr in der Versichertendatei aufscheinen.

Die methodische Herausforderung zur Ermittlung der Einkommensausfälle durch Kinder lautet: Wie lässt sich feststellen, welche Verdienste Frauen erzielt hätten, wären sie nicht Mutter geworden? Die einzige Möglichkeit besteht in der Ermittlung der Differenz zwischen den Erwerbseinkommen von Frauen mit Kindern und Frauen ohne Kinder. Zu diesem Zweck können aber nicht einfach die Verdienste der kinderlosen Frauen herangezogen werden. Da die individuellen Verdienstchancen neben einer Fülle weiterer Faktoren die Entscheidung von Frauen für ein Kind beeinflussen, unterscheiden sich Frauen mit Kindern von den Kinderlosen bereits, bevor sie ihr erstes Kind zur Welt bringen. Ohne Berücksichtigung dieser Unterschiede werden die Ergebnisse verzerrt ("selection bias").

Aus diesem Grund wurde für die Ermittlung der Verdienstaufälle durch Kinder ein Vergleichsgruppenansatz gewählt. Dabei wird jeder Frau mit Kindern eine Frau ohne Kinder zugeordnet mit demselben Alter und demselben Ausbildungsniveau²⁾. Zudem muss die ausgewählte kinderlose Frau bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem die Mutter ihr erstes Kind zur Welt bringt, über die gleiche Berufserfahrung verfügen. Dies wird an der Summe der Beschäftigungstage, der Tage in vorgemerakter Arbeitslosigkeit sowie am erzielten Arbeitseinkommen gemessen und mittels "Nearest-neighbour"-Methode ermittelt.

Eine kinderlose Frau kann dabei als Vergleichsgruppenperson für mehrere Frauen mit Kindern fungieren. Während für ältere Kohorten die Vergleichsgruppe der kinderlosen Frauen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft kinderlos bleiben dürfte, kann sich für jüngere Kohorten ein Vergleich nur auf jene Frauen beziehen, die bis zum betreffenden Lebensalter noch kein Kind geboren haben. Den betrachteten 663.755 Frauen mit Kindern aus den Geburtsjahrgängen 1952 bis 1976 konnten mit der skizzierten Methode 239.761 kinderlose Frauen zugeordnet werden. Je jünger die Frauen 2000 waren, umso seltener musste eine kinderlose Frau als Vergleichsperson für mehrere Mütter herangezogen werden. Insgesamt fungierten 34% der kinderlosen Frauen als Referenzperson für jeweils eine Frau mit Kindern, 22% für zwei Frauen mit Kindern, 16% für drei Frauen mit Kindern und 28% für mehr als drei Frauen mit Kindern (überwiegend für vier und fünf).

Ziel dieser Vorgangsweise ist es, die Effekte der beobachtbaren Merkmale gering zu halten (Selektionseffekte), um somit bezüglich der beobachtbaren Merkmale eine möglichst große Homogenität zwischen der Gruppe der Frauen mit Kindern und der Vergleichsgruppe der Kinderlosen herzustellen. Ausbildung und bisherige Berufslaufbahn beeinflussen nämlich nicht nur das Fertilitätsverhalten, sondern über die Akkumulation von Humankapital auch die künftigen Verdienste und damit die künftige Erwerbsbeteiligung. Damit lassen sich Verdienstunterschiede, welche ab dem Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes anfallen, auf das Vorhandensein von Kindern zurückführen.

Allerdings bleiben eine Reihe von potentiellen Einflüssen auf die Verdienstchancen unberücksichtigt, etwa

- die lokale Arbeitsmarktsituation oder Unterschiede zwischen dem Erwerbsverhalten in der Stadt und auf dem Land, die mangels Informationen über den Wohnort der Frauen nicht berücksichtigt werden konnten;
- die persönlichen Lebensumstände der Frauen (alleinstehend oder mit Partner);
- die über das Erwerbseinkommen hinausgehenden finanziellen Rahmenbedingungen (laufende Kosten und Kredite, Vermögen);
- die individuellen Präferenzstrukturen bezüglich Zeitverwendung, Erwerbsbeteiligung und Konsum.

²⁾ Ausbildungsinformationen sind allerdings nur für die Geburtsjahrgänge 1957 bis 1976 verfügbar, da nur für diese Altersgruppe die gesamte mögliche berufliche Laufbahn direkt beobachtet werden kann. Die Ausbildungsangaben stammen dabei für jene Frauen, die zwischen 1987 und 2001 mindestens einmal beim Arbeitsservice vorgemerkt waren, aus den Daten des AMS (SAMS); für Akademikerinnen und HTL-Absolventinnen können sie zudem direkt der Statistik des Hauptverbands entnommen werden. Für die anderen Gruppen basieren die Angaben auf einer Ausbildungsschätzung aufgrund des Ersteintritts in das Beschäftigungssystem (laut Hauptverband).

Veränderung des Erstgebäralters am Beispiel der Geburtsjahrgänge 1957 und 1966

Das Alter der Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes steigt unabhängig vom Ausbildungsniveau der Frauen. Der hier verwendete Datensatz gibt diesen allgemeinen Trend wieder: 21% der Frauen des Geburtsjahrgangs 1957 mit Pflichtschulabschluss etwa brachten ihr erstes Kind vor dem 20. Geburtstag zur Welt, aber nur mehr 15% aus dem Geburtsjahrgang 1966¹⁾.

Je niedriger das Ausbildungsniveau einer Frau ist, umso früher bringt sie Kinder zur Welt. 56% der Frauen mit Pflichtschulabschluss aus dem Geburtsjahrgang 1957 hatten ihr erstes Kind vor ihrem 25. Geburtstag (Geburtsjahrgang 1966 49%), gegenüber 47% der Frauen in der mittleren Qualifikationsstufe (Jahrgang 1966 38%) und 10% der Frauen mit Tertiärausbildung (Jahrgang 1966 4%). Das steigende Qualifikationsniveau der Frauen – jüngere Kohorten verfügen häufiger über einen höheren Ausbildungsstand als ältere – trägt zum Anstieg des Alters von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes bei.

Der Anteil der Frauen mit geringem oder mittlerem Qualifikationsniveau mit mindestens einem Kind sinkt wenig. So waren 22,0% der Frauen mit Pflichtschulabschluss des Jahrgangs 1957 und 22,7% des Jahrgangs 1966 bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres kinderlos. Ähnlich waren unter den Absolventinnen einer Lehre oder mittleren Schule 23,3% des Jahrgangs 1957 und 23,8% des Jahrgangs 1966 bis zum 35. Geburtstag kinderlos. Hingegen steigt der Anteil der bis zum 35. Lebensjahr Kinderlosen unter den Frauen mit Matura (von 35,3% des Jahrgangs 1957 auf 38,4% des Jahrgangs 1966) und jenen mit Akademie- oder Universitätsabschluss (von 52,3% auf 54,6%).

Die kinderlosen Frauen im Datensatz sind a priori nicht unbedingt vergleichbar mit Frauen, die im Beobachtungszeitraum ein Kind zur Welt gebracht haben; das unterstreicht die Notwendigkeit einer vergleichenden Analyse, wie oben skizziert:

- Besser in das Berufsleben integrierte Frauen bringen laut Hauptverbandsdaten eher ein Kind zur Welt als Frauen desselben Geburtsjahrgangs und gleicher Ausbildungsstufe. Frauen mit Kindern sind daher bis zum Zeitpunkt der Geburt (in jeder Ausbildungsstufe) stärker in das Beschäftigungssystem integriert als gleichaltrige kinderlose Frauen: Der Anteil der Frauen mit Beschäftigungserfahrung ist größer, die Summe der Beschäftigungstage ist ebenso höher wie die durchschnittlich erzielten Tagesverdienste. Nur Frauen mit mittlerem Qualifikationsniveau, welche ihr erstes Kind relativ früh zur Welt bringen (vor dem 25. Geburtstag) erzielen durchschnittlich niedrigere Tagesverdienste als kinderlose Frauen der gleichen Qualifikationsstufe. Einkommenschwächere Frauen haben somit möglicherweise einen stärkeren Anreiz, früh ein Kind zur Welt zu bringen (niedrige Opportunitätskosten).
- Zweitens bedingt das nach Ausbildungsstufen unterschiedliche Fertilitätsverhalten, dass Frauen höherer Qualifikationsstufen bei den Kinderlosen überrepräsentiert sind.

¹⁾ Das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes (ohne Differenzierung nach der Ausbildung, welche im demographischen Jahrbuch nicht erfasst ist) entspricht im Datensatz den offiziellen Angaben von Statistik Austria; lediglich in den letzten Jahren (weil nur Jahrgänge ab 1976 berücksichtigt sind) sind die Angaben im Datensatz geringfügig höher.

Hinweise zur Interpretation der Ergebnisse

Aufgrund der Besonderheiten des Untersuchungsansatzes und der Datengrundlage sind für die Interpretation der Ergebnisse folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Wegen der Beschränkung der Analyse auf Frauen bleiben grundlegende geschlechtsspezifische Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern in der Entlohnung ausgeklammert. Nach Untersuchungen zum "gender wage gap" (geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede) erzielen Männer mit Kindern höhere Erwerbseinkommen als kinderlose Männer, während das für Frauen nicht gilt³⁾.

³⁾ Zum "gender wage gap" siehe z. B. Europäische Kommission (2002), OECD (2002), Schulmeister (2003).

- Die Berechnung des Verdienstentgangs basiert auf den Bruttobezügen. Eine Nettobetrachtung würde absolut kleinere Unterschiede ergeben, die Differenzen in Prozent würden sich in Abhängigkeit von der Progression des Steuer- und Abgabensystems verringern.
- Nicht berücksichtigt sind Transferleistungen; sie kompensieren einen Teil des Ausfalls an Arbeitseinkommen. Nicht berücksichtigt sind zudem die zeitlichen, psychischen, physischen und finanziellen Belastungen erwerbstätiger Mütter.
- Gemäß einer wesentlichen Annahme im Zusammenhang mit der verwendeten Methodik (stable-unit-treatment-value assumption – SUTVA; Rubin, 1980) haben die Entscheidungen anderer – hier in Bezug auf Zahl und Zeitpunkt der Geburt von Kindern – keinen Einfluss auf das erwartete Ergebnis. Diese Annahme wird in der Realität kaum erfüllt sein. Haben etwa weniger Frauen Kinder, so steigt – ceteris paribus – das Arbeitsangebot. Dies wiederum dämpft die Lohnentwicklung, sodass der Einkommensvorteil von kinderlosen Frauen sinkt. Allerdings könnten umgekehrt mit zunehmendem Arbeitsangebot (von kinderlosen Frauen und Männern) Frauen mit Kindern aus dem Arbeitsmarkt gedrängt oder stärker auf weniger lukrative und qualitativ schlechtere Arbeitsplätze eingeschränkt werden; das würde den Einkommensvorteil von kinderlosen Frauen vergrößern. Welcher Effekt überwiegt, hängt von den jeweiligen ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen ab und wäre in einer eigenen empirischen Untersuchung zu überprüfen.

Übersicht 1: Frauen der Geburtsjahrgänge 1957 und 1966

Alter bei der Geburt des ersten Kindes nach höchster abgeschlossener Ausbildung

	Höchste abgeschlossene Ausbildung			
	Pflichtschule	Lehre oder mittlere Schule	Höhere Schule	Universität
	Anteile an der Zahl der Frauen einer Ausbildungsstufe in %			
Geburtsjahrgang 1957				
Unter 20 Jahren	21	10	2	1
20 bis 24 Jahre	35	37	27	9
25 bis 29 Jahre	17	22	26	22
30 bis 34 Jahre	6	8	10	16
35 Jahre und älter	2	2	4	7
Kein Kind	20	21	31	45
Geburtsjahrgang 1966				
Unter 20 Jahren	15	6	1	1
20 bis 24 Jahre	34	32	16	4
25 bis 29 Jahre	20	27	29	19
30 bis 34 Jahre	8	11	15	22
35 Jahre und älter	–	–	–	–
Kein Kind	23	24	38	55

Q: WIFO auf Basis der Versicherungsdatei des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Abweichungen der Spaltensumme von 100 aufgrund von Rundungsfehlern möglich.

Die Verdienstposition von Müttern im Vergleich mit kinderlosen Frauen im Jahr 2000 liefert Hinweise zur aktuellen Integration von Frauen in das Beschäftigungssystem in Abhängigkeit von Zahl und Alter der Kinder und erlaubt insbesondere auch einen Vergleich mit den Befunden zu den direkten Kinderkosten (Guger, 2003, Wüger, 2003).

Der Anteil jener Frauen, welche im Jahr 2000 – zumindest kurzfristig – beschäftigt waren, hängt demnach vor allem vom Alter des jüngsten Kindes ab, aber auch von der Zahl der Kinder insgesamt:

- Ist das jüngste Kind jünger als drei Jahre, so erzielen lediglich 54% der Frauen mit einem Kind ein Erwerbseinkommen, 42% der Frauen mit zwei Kindern und 34% der Frauen mit drei oder mehr Kindern.
- Mehr als 70% der Frauen mit einem Kind sind wieder erwerbstätig, sobald das Kind das Kindergartenalter erreicht hat, aber nur 63% der Frauen mit zwei Kindern und 54% der Frauen mit drei oder mehr Kindern.

Verdienstentgang im Jahr 2000

Die Entscheidung von Frauen für eine Erwerbstätigkeit hängt – zumindest bis die Kinder die Volksschule absolviert haben – mit ihren Verdienstmöglichkeiten zusammen: Die hypothetischen durchschnittlichen Jahreserwerbseinkommen, also die von kinderlosen Frauen der Vergleichsgruppe erzielten Verdienste, sind für nicht beschäftigte Frauen, deren jüngstes Kind unter 10 Jahre alt ist, durchwegs niedriger als für erwerbstätige Frauen mit Kindern. Sobald das jüngste Kind mindestens 11 Jahre alt ist, entsprechen die möglichen Erwerbseinkommen von nicht beschäftigten Frauen denen der beschäftigten Frauen.

Übersicht 2: Tatsächliche und hypothetische Erwerbseinkommen im Jahr 2000

Frauen der Geburtsjahrgänge 1952 bis 1976

Alter des jüngsten Kindes	Zahl der Frauen		Hypothetischer Verdienst		Tatsächlicher Verdienst	Einkommensentfall	
	Insgesamt	Beschäftigt	Nicht beschäftigt	Beschäftigt	Beschäftigt	Beschäftigt	
		Anteile in %		In €			
<i>Ein Kind</i>							
Bis 2 Jahre	48.358	53,9	18.221	19.618	7.204	12.414	63,3
3 bis 6 Jahre	54.497	76,1	17.815	19.048	12.569	6.479	34,0
7 bis 10 Jahre	48.477	74,9	18.398	19.398	13.911	5.487	28,3
11 bis 15 Jahre	59.137	71,3	19.270	19.644	14.641	5.003	25,5
16 bis 18 Jahre	35.058	74,2	19.569	19.682	15.197	4.486	22,8
19 bis 24 Jahre	51.483	69,3	19.399	19.877	15.484	4.393	22,1
<i>Zwei Kinder</i>							
Bis 2 Jahre	47.687	42,1	18.494	19.600	6.100	13.500	68,9
3 bis 6 Jahre	65.171	63,1	18.549	19.624	10.735	8.889	45,3
7 bis 10 Jahre	56.048	70,2	19.080	19.721	11.972	7.749	39,3
11 bis 15 Jahre	46.290	74,9	19.974	19.983	13.520	6.463	32,3
16 bis 18 Jahre	23.688	75,8	20.118	19.938	14.399	5.539	27,8
19 bis 24 Jahre	26.565	73,4	19.840	19.925	14.517	5.408	27,1
<i>Drei oder mehr Kinder</i>							
Bis 2 Jahre	16.374	34,4	17.829	19.293	5.645	13.648	70,7
3 bis 6 Jahre	20.687	53,6	18.617	19.329	9.723	9.606	49,7
7 bis 10 Jahre	15.940	64,3	19.008	19.236	11.325	7.911	41,1
11 bis 15 Jahre	11.628	69,8	19.600	19.496	12.853	6.644	34,1
16 bis 18 Jahre	4.899	72,7	19.854	19.607	13.570	6.036	30,8
19 bis 24 Jahre	3.430	70,4	19.219	19.567	13.676	5.891	30,1

Q: WIFO. Hypothetischer Verdienst . . . durchschnittliches Erwerbseinkommen der kinderlosen Vergleichsgruppe (kinderlose Frauen gleichen Alters, gleicher Ausbildung und gleicher Berufslaufbahn bis zum Zeitpunkt der ersten Geburt), hypothetischer Verdienst der Nicht-Beschäftigten . . . durchschnittliches Erwerbseinkommen von Frauen mit Kindern, die nach Geburt des ersten Kindes nicht mehr erwerbstätig waren, wenn sie kinderlos geblieben wären, hypothetischer Verdienst der Beschäftigten . . . durchschnittliches Erwerbseinkommen von Frauen mit Kindern, die nach Geburt des ersten Kindes wieder erwerbstätig waren, wenn sie kinderlos geblieben wären.

Der Einkommensrückstand erwerbstätiger Frauen mit Kindern gegenüber vergleichbaren kinderlosen Frauen ist am höchsten, wenn das jüngste Kind jünger als 3 Jahre ist (durchschnittlich 12.400 € mit insgesamt einem Kind bis 13.650 € mit drei oder mehr Kindern). Er verringert sich mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes bis zu dessen 16. Lebensjahr und bleibt dann konstant.

Die größten Verdiensteinbußen erleiden Frauen mit dem ersten Kind: Bei insgesamt einem Kind beträgt der Einkommensrückstand zwischen 22% (Alter des Kindes 16 Jahre oder darüber) und 63% (Alter unter 3 Jahren). Für Mütter von zwei Kindern macht der Verdienstentgang zwischen 27% (jüngstes Kind 16 Jahre oder älter) und 69% (Alter unter 3 Jahren) aus. Er ist damit um 5 Prozentpunkte höher als bei einem Kind, wenn das jüngere Kind unter 3 Jahre oder über 15 Jahre alt ist, und um 11 Prozentpunkte höher, wenn das jüngste Kind im Kindergarten- oder Volksschulalter ist. Für Mütter von drei oder mehr Kindern ist der Verdienstentgang – in Abhängigkeit vom Alter des jüngsten Kindes – um 2 bis 4 Prozentpunkte höher als in Familien mit zwei Kindern.

Dieser Rückstand der Erwerbseinkommen von beschäftigten Frauen resultiert ab dem Kindergartenalter des jüngsten Kindes ausschließlich aus einem geringeren Einkommen je Beschäftigungstag – also aus dem Zusammenspiel zwischen verringerter

Arbeitszeit und niedrigeren Stundenverdiensten. Wenn sich Frauen mit Kindern für eine Erwerbstätigkeit entscheiden, verzeichnen sie mehr Beschäftigungstage im Jahr als kinderlose Frauen der Vergleichsgruppe.

Für die Untersuchung des über die Zeit kumulierten Entgangs an Erwerbseinkommen werden Frauen, die nach der Geburt des ersten Kindes keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgingen, eigens ausgewiesen, weil für sie die Verdiensteinbußen zwingend höher sind als für Frauen, die wieder ins Erwerbsleben eintreten. Nur 8% der Frauen weisen laut Datensatz nach der Geburt des ersten Kindes überhaupt keine Beschäftigungszeiten auf; insbesondere Mütter mit geringeren Erwerbseinkommenschancen scheiden ganz aus dem Berufsleben aus.

- Am höchsten ist der durchschnittliche jährliche Erwerbseinkommensverlust der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes.
- Den absolut und relativ höchsten Verdienstentgang verzeichnen Mütter sehr kleiner Kinder, bedingt durch die geringen Beschäftigungszeiten in diesem Zeitraum.
- Dieser relative Verdienstentgang kann langfristig nicht wettgemacht werden: Er beträgt für (wieder) erwerbstätige Frauen noch zwischen 40% (insgesamt 1 Kind) und 50% (3 oder mehr Kinder), wenn das jüngste Kind bereits 19 bis 24 Jahre alt ist.
- Die Unterschiede zwischen den absoluten jährlichen Verdienstaufschlägen von Frauen mit unterschiedlicher Kinderzahl sind mit Vorsicht zu interpretieren, weil der Untersuchungszeitraum von der Distanz zwischen der Geburt des ersten und des letzten Kindes abhängt. Je länger diese Distanz ist, umso größer ist der Rückstand der hypothetischen und tatsächlichen Verdienste von Müttern mit mehreren Kindern gegenüber Frauen mit einem Kind allein wegen der allgemeinen Reallohnsteigerungen sowie wegen Zunahme der Bedeutung der Senioritätsorientierung in den österreichischen Entlohnungsschemata.

Verdienstaufschläge über die Zeit

Übersicht 3: Durchschnittlicher jährlicher Verdienstentgang von Frauen seit der Geburt des ersten Kindes

Frauen der Geburtsjahrgänge 1952 bis 1976

	Alter des jüngsten Kindes					
	Bis 2 Jahre	3 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	11 bis 15 Jahre	16 bis 18 Jahre	19 bis 24 Jahre
	In €					
<i>Keine Erwerbstätigkeit nach der Geburt des ersten Kindes</i>						
1 Kind	- 16.900	- 12.500	- 12.800	- 12.700	- 11.700	- 10.200
2 Kinder	- 14.500	- 13.700	- 12.600	- 11.200	- 10.900	- 9.600
3 oder mehr Kinder	- 12.200	- 12.500	- 11.000	- 10.000	- 9.300	- 10.700
<i>Zumindest zeitweise Erwerbstätigkeit nach der Geburt des ersten Kindes</i>						
1 Kind	- 17.600	- 9.800	- 7.300	- 6.300	- 5.500	- 4.800
2 Kinder	- 12.500	- 11.000	- 9.000	- 7.200	- 6.200	- 5.200
3 oder mehr Kinder	- 10.400	- 9.800	- 8.300	- 6.700	- 5.600	- 5.300
	In % des Erwerbseinkommens von Kinderlosen					
<i>Zumindest zeitweise Erwerbstätigkeit nach der Geburt des ersten Kindes</i>						
1 Kind	- 70	- 59	- 48	- 44	- 42	- 40
2 Kinder	- 74	- 71	- 62	- 53	- 49	- 46
3 oder mehr Kinder	- 74	- 73	- 65	- 56	- 51	- 50

Q: WIFO.

Der seit der Geburt des ersten Kindes kumulierte Verdienstentgang⁴⁾ macht das Ausmaß des relativen Einkommensrückstands besonders deutlich:

- Bis das (jüngste) Kind 10 Jahre alt ist, büßen Frauen Erwerbseinkommen von durchschnittlich 65.000 € (1 Kind) bis 138.600 € (3 oder mehr Kinder) ein. Wenn sie

⁴⁾ Die kumulierte Summe ist damit das Produkt aus jährlichem Verdienstrückgang und Durchschnittsalter des (ältesten) Kindes.

in diesem Zeitraum nicht erwerbstätig sind, liegt der Verlust zwischen rund 114.900 € (1 Kind) und 165.500 € (3 oder mehr Kinder).

- Bis zu einem Alter des jüngsten Kindes von 24 Jahren erhöht sich dieser Betrag auf mehr als 100.000 €, für Frauen, die seit der Geburt des ersten Kindes keiner Berufstätigkeit mehr nachgingen, auf mindestens 223.000 €.
- Die Einbußen von erwerbstätigen Frauen mit mehreren älteren Kindern sind niedriger als jene von erwerbstätigen Frauen mit jüngeren Kindern. Den höchsten Verdienstentgang verzeichnen unter den Müttern von zwei Kindern jene, deren jüngstes Kind 15 bis 18 Jahre alt ist, unter den Frauen mit drei oder mehr Kindern jene, deren jüngstes Kind 7 bis 10 Jahre alt ist. Diese Frauen hätten auch ohne Kinder deutlich geringere Verdienstschanzen – einerseits wegen des längeren Beobachtungszeitraums, andererseits weil sie relativ jung Mutter wurden und deshalb häufiger keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung abgeschlossen haben.
- Frauen mit drei oder mehr Kindern entgeht ein Einkommen von rund 101.600 €, bis das jüngste Kind drei Jahre alt ist, wenn sie inzwischen wieder einer Beschäftigung nachgegangen sind.

Die skizzierten Befunde werfen eine Reihe von Fragen nach den Ursachen der Einkommensverluste auf. Eine erschöpfende Behandlung dieser Einflüsse sowie deren ökonomische Spezifikation waren im Rahmen der Untersuchung nicht möglich. Allerdings können einige Hinweise auf die Bedeutung einzelner Faktoren am Beispiel von Frauen mit einem Kind geboten werden.

Übersicht 4: Durchschnittlicher kumulierter Verdienstentgang von Frauen seit der Geburt des ersten Kindes

Frauen der Geburtsjahrgänge 1952 bis 1976

	Alter des jüngsten Kindes					
	Bis 2 Jahre	3 bis 6 Jahre	7 bis 10 Jahre	11 bis 15 Jahre	16 bis 18 Jahre	19 bis 24 Jahre
In €						
<i>Keine Erwerbstätigkeit nach der Geburt des ersten Kindes</i>						
1 Kind	- 20.800	- 60.300	-114.900	-169.600	-202.600	-222.900
2 Kinder	- 51.800	- 99.800	-137.400	-178.200	-216.500	-225.200
3 oder mehr Kinder	- 86.900	-127.100	-165.500	-195.700	-209.700	-268.600
<i>Zumindest zeitweise Erwerbstätigkeit nach der Geburt des ersten Kindes</i>						
1 Kind	- 25.300	- 47.500	- 65.000	- 84.600	- 96.900	-103.100
2 Kinder	- 63.600	- 94.500	-112.800	-121.700	-127.300	-123.900
3 oder mehr Kinder	-101.600	-127.400	-138.600	-137.000	-131.600	-136.200

Q: WIFO.

Einfluss von Unterbrechungen am Beispiel von Frauen mit einem Kind

Der verwendete Datensatz enthält keine Arbeitszeitinformationen. Dies erschwert eine präzise Untersuchung der Auswirkungen unterschiedlich langer Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit auf den relativen Verdienstentgang, weil Teilzeitbeschäftigungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Deshalb werden in Folge lediglich Anhaltspunkte dafür geliefert, wieweit die relativen Verdienstauffälle durch die Dauer der Berufsunterbrechung beeinflusst sind. Kehrt eine Frau bis zum 2. Geburtstag des Kindes ins Berufsleben zurück, so beträgt der absolute Verdienstentgang gegenüber kinderlosen Frauen kumuliert zwischen rund 36.000 € (Kinder unter 11 Jahren) und rund 43.000 € (16 bis 18 Jahre).

Jedes weitere Unterbrechungsjahr erhöht den relativen Verlust an Erwerbseinkommen. Am Beispiel der Frauen mit einem Kind zwischen 7 und 10 Jahren lässt sich dies folgendermaßen illustrieren: Dauert die Berufsunterbrechung 2 bis 3 Jahre, so ist der damit verbundene Einkommensverlust insgesamt um 17.200 € oder 16 Prozentpunkte höher als jener von Frauen, die höchstens 2 Jahre nicht erwerbstätig sind. Wenn die Mutter 3 bis 4 Jahre nach der Geburt des Kindes auf den Arbeitsmarkt zurückkehrt, erhöht sich der Verdienstrückgang um 15.000 €. Insgesamt macht der Unterschied

zwischen einer Unterbrechung von höchstens 2 Jahren und von 6 bis 7 Jahren bis zu einem Alter des Kindes von durchschnittlich 8,4 Jahren rund 64.700 € aus.

Bis zu einem Alter des Kindes von durchschnittlich 17 Jahren ist der relative Einkommensverlust von Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit 6 bis 7 Jahre unterbrechen, um 87.700 € höher als jener von Frauen mit einer Unterbrechung von höchstens 2 Jahren.

Übersicht 5: Durchschnittlicher kumulierter Verdienstentgang nach der Dauer der Unterbrechung der Berufstätigkeit

Frauen der Geburtsjahrgänge 1952 bis 1976 mit einem Kind, Bruttoverdienste

Alter des Kindes	Dauer der Erwerbsunterbrechung nach der Geburt					
	Unter 2 Jahren	2 bis 3 Jahre	3 bis 4 Jahre	4 bis 5 Jahre	5 bis 6 Jahre	6 bis 7 Jahre
	In €					
7 bis 10 Jahre	- 36.938	- 54.154	- 69.188	- 83.531	- 91.550	- 101.599
11 bis 15 Jahre	- 42.083	- 60.083	- 74.781	- 100.493	- 110.321	- 125.005
16 bis 18 Jahre	- 43.208	- 64.748	- 82.060	- 101.206	- 118.502	- 130.948
	In % des Erwerbseinkommens von Kinderlosen					
7 bis 10 Jahre	- 24,9	- 41,2	- 55,7	- 68,9	- 77,0	- 83,0
11 bis 15 Jahre	- 21,7	- 34,1	- 42,4	- 56,8	- 62,9	- 69,2
16 bis 18 Jahre	- 18,3	- 29,1	- 37,1	- 46,9	- 52,9	- 58,9

Q: WIFO.

In der Regel sind mit unterschiedlichen Ausbildungsniveaus von Frauen unterschiedliche Arbeitsplatz- bzw. Einkommenschancen und somit verschieden hohe Opportunitätskosten einer Erwerbsunterbrechung verbunden.

Einfluss der Qualifikationsstruktur am Beispiel von Frauen mit einem Kind

Übersicht 6: Durchschnittlicher Verdienstentgang seit der Geburt des Kindes nach höchster abgeschlossener Ausbildung

Frauen der Geburtsjahrgänge 1957 bis 1976, mit einem Kind, Bruttoverdienste

Alter des Kindes	Pflichtschule	Lehre oder mittlere Schule	Höhere Schule	
			Höhere Schule	Universität
	In €			
Bis 2 Jahre	- 12.500	- 16.300	- 17.200	- 17.200
3 bis 6 Jahre	- 7.900	- 10.800	- 11.100	- 3.200
7 bis 10 Jahre	- 6.200	- 8.700	- 8.400	- 5.900
11 bis 15 Jahre	- 5.400	- 7.700	- 8.000	- 5.000
16 bis 18 Jahre	- 4.700	- 6.800	- 7.400	- 4.500
	In % des Erwerbseinkommens von Kinderlosen			
Bis 2 Jahre	- 81,4	- 80,3	- 77,4	- 70,3
3 bis 6 Jahre	- 63,9	- 64,1	- 58,7	- 47,7
7 bis 10 Jahre	- 54,2	- 54,7	- 47,5	- 34,0
11 bis 15 Jahre	- 48,4	- 52,1	- 47,2	- 32,7
16 bis 18 Jahre	- 43,4	- 48,6	- 45,4	- 37,7

Q: WIFO. Das Einkommen von nicht berufstätigen Frauen wurde für die Ermittlung des Verdienstentgangs gleich null gesetzt.

Die Qualifikation der Frauen mit einem Kind ist tendenziell umso höher, je jünger das Kind im Jahr 2000 ist. Dies ist einerseits die Folge der zunehmenden Bildungsbeteiligung von Frauen, durch die der Anteil Höherqualifizierter in den einzelnen Jahrgängen steigt, andererseits das Ergebnis des höheren Gebäralters von Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen.

Pflichtschulabgängerinnen ohne weiterführenden Bildungsabschluss verzeichnen bis zu einem Alter des Kindes von 10 Jahren die geringsten absoluten Einkommensverluste. Danach ist der durchschnittliche Verdienstentgang von Pflichtschulabgängerinnen und Akademikerinnen etwa gleich hoch. Die höchsten absoluten Einkom-

mensausfälle sind für Frauen des mittleren Qualifikationssegments und mit Matura zu beobachten.

Die relativen Verluste von Frauen mit geringem und mit mittlerem Bildungsniveau (im Vergleich mit Kinderlosen) sind dagegen in den ersten sechs Lebensjahren des Kindes ähnlich. Der Einkommensentgang von Müttern älterer Kinder mit Abschluss einer Lehre oder mittleren Schule ist jedoch höher als der von Frauen mit geringerem oder höherem Ausbildungsniveau. Die niedrigsten relativen Einbußen verzeichnen durchwegs Akademikerinnen.

Änderungen über die Zeit am Beispiel der Frauen mit einem Kind

Um die Frage zu beantworten, ob die für Frauen mit älteren Kindern ermittelten Einkommensverluste den zu erwartenden Verdienstentgang für Frauen mit noch kleineren Kindern richtig wiedergeben, müsste man die künftige Arbeitsmarktentwicklung und die Rolle von Frauen berücksichtigen; das würde den Rahmen dieses Forschungsprojekts sprengen. Zwei wesentliche Aspekte der Erwerbsbeteiligung und der Einkommenschancen von Frauen mit Kindern im Vorschulalter können aber anhand des Datensatzes dargestellt werden:

Der Verdienstentgang von Frauen mit Kleinstkindern hängt in hohem Maße von den Transferleistungsregelungen ab. So erhöhte sich der Einkommensentfall in den ersten drei Lebensjahren des Kindes im Zuge der Verlängerung des Karenzgeldbezugs 1990 von zuvor rund 67% auf 75%. Die Verkürzung des Bezugszeitraums 1997 dürfte sich hingegen in einem relativen Rückgang der Verdienstausfälle niederschlagen⁵⁾.

Übersicht 7: Durchschnittlicher relativer Einkommensverlust während des Kindergartenalters (3 bis 6 Jahre) nach der Ausbildung der Frau

Frauen der Geburtsjahrgänge 1957 bis 1976 mit einem Kind

Alter des Kindes 2000	Höchste abgeschlossene Ausbildung der Frau			
	Pflichtschule	Lehre oder mittlere Schule	Höhere Schule	Universität
In % des Erwerbseinkommens von Kinderlosen				
<i>Alle Frauen</i>				
3 bis 6 Jahre	- 44,9	- 46,5	- 40,2	- 27,8
7 bis 10 Jahre	- 46,8	- 47,5	- 40,0	- 27,0
11 bis 15 Jahre	- 51,9	- 55,1	- 49,7	- 34,8
16 bis 18 Jahre	- 55,5	- 58,7	- 53,6	- 43,1
<i>Erwerbstätige Frauen</i>				
3 bis 6 Jahre	- 30,9	- 34,8	- 27,9	- 12,5
7 bis 10 Jahre	- 30,0	- 32,7	- 24,7	- 8,3
11 bis 15 Jahre	- 26,1	- 28,2	- 19,7	- 0,9
16 bis 18 Jahre	- 27,3	- 25,9	- 17,0	+ 0,6

Q: WIFO.

Auf allen Ausbildungsstufen sinkt aufgrund der steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen mit Kindern der durchschnittliche Einkommensrückstand gegenüber Kinderlosen, wenn das Kind 3 bis 6 Jahre alt ist. So waren 44% der Frauen, deren Kind heute 19 bis 24 Jahre alt ist, während dessen Kindergartenalters nicht erwerbstätig, aber nur 38% der Mütter von heute 16- bis 18-Jährigen und 17% der Mütter von 7- bis 10-Jährigen. Heute sind unter den Frauen mit Kindern im Kindergartenalter noch knapp 15% nicht erwerbstätig. Zugleich verringert sich der Abstand des Beschäftigungsvolumens gegenüber Kinderlosen: Verzeichneten Frauen mit heute 15- bis 18-jährigen Kindern, wenn sie während der Kindergartenzeit beschäftigt waren, noch um 15% weniger Beschäftigungszeiten als kinderlose Frauen, so beträgt der Unterschied heute nur noch 8%.

Durch die Ausweitung der Teilzeitmöglichkeiten wurde allerdings der Einkommensverlust in jeder Ausbildungsstufe tendenziell etwas größer, wenn lediglich die erwerbstätigen Frauen betrachtet werden. Am deutlichsten wird dies für Akademikerinnen: Universitätsabsolventinnen mit älteren Kindern verzeichneten, wenn sie wäh-

⁵⁾ Der Effekt dieser Neuregelung wird von den Daten noch nicht vollständig wiedergegeben.

rend des Kindergartenalters berufstätig waren, keine Einkommensverluste. Mittlerweile klafft auch hier – zumindest teilweise bedingt durch die Verbreiterung der Teilzeitmöglichkeiten – die Einkommensschere zunehmend auseinander.

Die empirische Untersuchung zum Entgang von Erwerbseinkommenschancen macht erhebliche Einkommensverluste von Frauen mit Kindern deutlich. Der größte Verdiensteinbruch erfolgt mit der Geburt des ersten Kindes, und da vor allem in den ersten Lebensjahren des Kindes. Die Einbußen erreichen durchschnittlich bis zu 43.000 €, wenn die Frau nach Geburt ihres ersten Kindes die Berufstätigkeit nicht länger als 2 Jahre unterbricht, und steigen mit jedem zusätzlichen Unterbrechungsjahr. Die Betreuung weiterer Kinder dämpft die Einkommenschancen von erwerbstätigen Frauen zusätzlich, allerdings in geringerem Ausmaß. Der größte Verlust entsteht, wenn Frauen wegen der Kinder ihre Erwerbstätigkeit aufgeben. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist umso geringer, je weniger Kinder eine Frau hat und je höher ihre Einkommenschancen auf dem Arbeitsmarkt sind.

Frauen ohne weiterführenden Bildungsabschluss nach der Pflichtschule und Akademikerinnen verzeichnen einen absolut geringeren Verdienstentgang als Absolventinnen einer Lehre bzw. einer mittleren oder höheren Schule. Während das für Pflichtschulabgängerinnen primär auf ihre niedrigeren hypothetischen Verdienstchancen zurückzuführen ist, verzeichnen Akademikerinnen deutlich geringere Einkommensverluste gegenüber kinderlosen Akademikerinnen.

Die immer kürzeren Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit und die Zunahme der Zahl der Frauen, die nach längeren Unterbrechungen wieder erwerbstätig sind, bewirken gemeinsam mit dem tendenziellen Rückgang der Kinderzahl je Frau, dass immer mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt auftreten. Weil sie aber relativ niedrige Erwerbseinkommen erzielen, hat dies nur eine geringe Reduktion der Einkommensausfälle zur Folge.

Gemessen am Verdienstaufschlag ab einem Alter des jüngsten Kindes zwischen 16 und 24 Jahren dürften Frauen mit Kindern in den kommenden Jahren ihres potentiellen Erwerbslebens die bisherigen Einbußen nur eingeschränkt aufholen können.

Zusammenfassung

Datta Gupta, N., Smith, N., "Children and Career Interruptions: The Family Gap in Denmark", IZA Discussion Paper, 2001, (263).

Dex, S., Joshi, H., Macran, S., McCulloch, A., "Women's Employment Transitions Around Child Bearing", Oxford Bulletin of Economics and Statistics, 1998, 60(1), S. 79-98.

Europäische Kommission, Employment in Europe 2002, Brüssel, 2002.

Guger, A., "Direkte und indirekte Kinderkosten in Österreich. Ein Überblick", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(9), S. 693-698, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24553.

Joshi, H., Paci, P., Waldfogel, J., "The Wages of Motherhood: Better or Worse?", Cambridge Journal of Economics, 1999, 23, S. 543-564.

Lutz, H., "Frauen im Spannungsfeld zwischen Mutterschaft und Erwerbstätigkeit", WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(5), S. 341-350, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=19239.

OECD, "Women at Work: Who Are They and How Are They Faring?", OECD employment outlook, Paris, 2002, S. 61-126.

Rosenbaum, P., Rubin, D., "The Central Role of the Propensity Score in Observational Studies for Causal Effects", Biometrika, 1983, 70, S. 41-55.

Rubin, D., "Comment on 'Randomization Analysis of Experimental Data: The Fisher Randomization Test' by D. Basu", Journal of American Statistical Association, 1980, 91, S. 267-275.

Schulmeister, A., "Entwicklungen am Arbeitsmarkt und Gleichstellung von Frauen und Männern", WISO, 2003, (2), S. 15-35.

Waldfogel, J., "Understanding the 'Family Gap' in Pay for Women with Children", Journal of Economic Perspectives, 1998, 12(1), S. 137-156.

Wüger, M., "Schätzung der direkten Kinderkosten in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(9), S. 699-717, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24554.

Literaturhinweise

Loss of Earnings Suffered by Women with Children – Summary

Women in Austria suffer a substantial loss of earnings once they have children. By the time the youngest child has grown up, the loss accumulates to between € 103,000 (one child) and € 136,000 (three or more children), provided that the woman returns to gainful employment. If, however, the woman stops working after giving birth to her first child, her loss will rise to over € 200,000. The likelihood of such a loss will be the lower the fewer children a woman has and the higher her earning capacity is in the labour market.

The sharpest dive in income thus occurs with the birth of the first child, and particularly in the first years of that child's life. Here, the woman's loss is up to € 43,000 on average if she does not suspend her gainful employment for more than two years, but it will rise with each additional year of being out of the labour market. Accordingly, the total loss could be limited by reducing the period during which a woman is not in gainful employment.

Women who have completed statutory school only as well as female university graduates suffer a lower loss in absolute terms than women who have graduated from secondary school. For those of statutory education only, the reason is chiefly found in their lower hypothetical earning opportunity, whereas for university graduates the overall loss is limited by the fact that their earnings are more similar to those of their childless peers.

If the loss of earnings as calculated at a time when the youngest child is between 16 and 24 years of age is taken as a measure for the further trend in arrears, it is found that women with children have little opportunity to make up that loss over the remaining years of their gainful employment.

Ever shorter breaks in gainful employment and the rise in the number of women returning to work after long-term outages, combined with the trend towards a declining number of children per woman, have led to a growing rate of women entering the labour market. Considering that these women earn lower incomes, earning losses will, as a result, be cut only to a minor extent.

Thomas Url

Verhaltene nominelle Einkommensentwicklung erfasst 2002 auch die Versicherungswirtschaft

Die Berichterstattung des WIFO über die private Versicherungswirtschaft 2002 erfolgt wegen der Umstellung der Datenerhebung durch die Finanzmarktaufsicht in reduziertem Umfang. Die Lebensversicherung war 2002 vom Kursrückgang an allen internationalen Börsen negativ beeinflusst. Dementsprechend fragten private Haushalte vor allem weniger Kapitalversicherungen nach. Die Kranken- und die Schaden-Unfallversicherung steigerten durch Preiserhöhungen ihre Prämieinnahmen. Insgesamt waren Versicherungsprodukte für etwa 10% des allgemeinen Preisauftriebs verantwortlich.

Begutachtung: Josef Baumgartner • Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauningner • E-Mail-Adressen: Thomas.Url@wifo.ac.at, Ursula.Glauningner@wifo.ac.at

Die Berichterstattung über den Geschäftsverlauf der österreichischen Versicherungswirtschaft im Jahr 2002 ist durch die Umstellung des elektronischen Datenerhebungsverfahrens der Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA) beeinträchtigt und erfolgt hier in reduziertem Umfang. Die Einrichtung einer neuen Software bewirkt im ersten Jahr eine Verzögerung der Datenübermittlung an die FMA. Im Folgenden wird daher auf Daten des Verbandes der Versicherungsunternehmen Österreichs und der Oesterreichischen Nationalbank zurückgegriffen. Mit Hilfe dieser Werte wird eine eingeschränkte Prognose der üblicherweise in den WIFO-Monatsberichten veröffentlichten FMA-Daten erstellt. Die in den Übersichten ausgewiesenen Werte werden erst in einem Jahr im Bericht über die Versicherungswirtschaft 2003 mit den dann zur Verfügung stehenden endgültigen Werten der FMA abgestimmt.

Der Geschäftsverlauf der Versicherungswirtschaft war 2002 durch das niedrige nominelle Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 2,3% geprägt. Mit einem Anstieg der abgegrenzten Prämien von voraussichtlich 2,5% entwickelte sich das Umsatzvolumen auch im Einklang mit dem nominellen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (+2,7%). Der geringfügige Rückgang der Versicherungsdurchdringung ist auf den Unterschied zwischen den Wachstumsraten der abgegrenzten bzw. der direkten inländischen verrechneten Prämien zurückzuführen. Die direkten verrechneten Prämien nahmen vermutlich wegen des Auslandsgeschäfts und der Änderungen der Rückversicherungspolitik um nur 1,9% zu (Übersicht 1).

Die mittelfristige Verlagerung des Geschäftsschwerpunktes zur Lebensversicherung wurde 2002 unterbrochen. Die Verteilung der Prämieinnahmen auf die drei Versicherungsabteilungen spiegelt den überdurchschnittlichen Einnahmewachstum in der Schaden-Unfall- und in der Krankenversicherung wider. Dem stand eine Verringerung der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung gegenüber.

Für 2003 erwartet der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs eine ähnliche Strukturverschiebung. Während die Lebensversicherung mit +0,7% weiterhin verhalten expandieren wird, werden die Krankenversicherung mit +3,9% und die Schaden-Unfallversicherung mit +5% (Prognose vom September 2003) wieder überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichnen. Dadurch sollte 2003 die traditionell dominierende Rolle der Sachversicherung weiter gestärkt werden. Vor dem Hintergrund der niedrigen Prognosen des WIFO für das nominelle Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 2,6% im Jahr 2003 erwartet der Verband damit einen Wiederanstieg der Versicherungsdurchdringung.

Die Zunahme der Prämieinnahmen steht im Einklang mit der nominellen Einkommensentwicklung.

Die traditionell dominierende Schaden-Unfallversicherung gewinnt wieder an Bedeutung.

Für 2003 wird eine leichte Erhöhung der Versicherungsdurchdringung erwartet.

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungsdurchdringung ¹⁾
	Mio. €	In % des gesamten Prämienvolumens			In % des BIP
1998	11.560	35,5	9,6	54,8	5,3
1999	12.420	38,6	9,1	52,3	5,5
2000	13.254	40,7	8,8	50,6	5,6
2001	13.975	41,4	8,7	49,9	5,8
2002 ²⁾	14.330	39,6	8,8	51,6	5,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – 1) Berechnung auf Basis verrechneter direkter, inländischer Prämien. – 2) Prognose.

Der internationale Versicherungsmarkt war ebenfalls von einer Umschichtung zur Nichtlebensversicherung geprägt.

Das internationale Umfeld bietet ein ähnliches Bild der Geschäftslage. Während 2001 der Lebensversicherungsmarkt in den Industrieländern um 2,7% schrumpfte, nahm der Nichtlebensbereich um 5% zu (Swiss Re, 2002). In der Lebensversicherung wird dafür – neben dem auf Dollarbasis rückläufigen nominellen Einkommen (2001: –1,5%) – der Rückgang der Aktienkurse verantwortlich gemacht. Die Kurskorrektur verursachte in allen Industrieländern eine deutliche Dämpfung der Einmalergläge, die durch die Zunahme der Prämieinnahmen für langfristige Altersvorsorgeprodukte nicht wettgemacht wurde. Die Nichtlebensversicherung profitierte 2001 weltweit von einem Anstieg der Prämien. Die hohen Schadenquoten und Verluste in der Kapitalveranlagung zogen eine Verknappung des Rückversicherungsangebotes nach sich. Dadurch verminderte sich auch die Zeichnungsfähigkeit der Erstversicherer. Da 2002 ein ähnliches Umfeld bestand, kann diese Entwicklung fortgeschrieben werden. Die dramatische Situation wird an der Kapitalnachfrage der größten europäischen Versicherungsunternehmen deutlich: Zwischen März 2002 und März 2003 wurden insgesamt 9,3 Mrd. € in Form von Anleihen und Aktienemissionen aufgenommen (Financial Times, 21. März 2003). Ein ähnliches Bild zeichnet die laufende Rückstufung von Rückversicherungsunternehmen in internationalen Ratings. Mittlerweile ist nur mehr ein Rückversicherer mit einem AAA-Rating von Standard & Poors – der höchsten Bonitätseinstufung – ausgestattet (Handelsblatt, 29.-30. August 2003). Dadurch steigen die Kapitalbeschaffungskosten der Rückversicherer.

Die Schwellenländer und besonders die Region Ost-Mitteuropa zeichnen sich durch überdurchschnittliches Prämienwachstum aus.

In den Schwellenländern entwickelte sich die Versicherungswirtschaft 2001 wesentlich günstiger. In allen Bereichen wurden die Prämieinnahmen um mehr als 8% gesteigert (Swiss Re, 2002). In Ost-Mitteuropa übertraf die Dynamik den Durchschnitt der Schwellenländer. Mit einer Prämienzunahme um knapp 25% in der Lebensversicherung und um 10% in der Nichtlebensversicherung ist dieser Markt besonders interessant. Die Attraktivität wird durch den bevorstehenden EU-Beitritt einiger Länder verstärkt.

In Ost-Mitteuropa aktive österreichische Versicherungsunternehmen nehmen bereits knapp ein Fünftel ihrer Prämien in dieser Region ein.

Die österreichischen Versicherungsunternehmen nutzten in den vergangenen Jahren ihre gute Ausgangsposition im Osten: Sechs österreichische Versicherer sind in Ost-Mitteuropa in nennenswertem Umfang aktiv. Sie nahmen im Jahr 2002 etwa 1,7 Mrd. € an Bruttoprämien aus dem Raum Ost-Mitteuropa ein und erzielten damit etwa 18% ihres Konzernumsatzes in dieser Region. Swiss Re (2002) gibt das Marktvolumen für die Länder Ost-Mitteuropas, in denen die österreichischen Versicherer aktiv sind, mit insgesamt 13,4 Mrd. € (2001) an. Gemäß einer Hochrechnung der Prämieinnahmen österreichischer Versicherer in Ost-Mitteuropa für das Jahr 2001 hielten sie gemeinsam einen Marktanteil von etwa 9%.

Preise der Versicherungsprodukte steigen überdurchschnittlich

Weiterhin hohe Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und die Sanierung des Kfz-Versicherungsgeschäftes bewirkten auch 2002 eine überdurchschnittliche Preisentwicklung der Versicherungsprodukte. Gegenüber 2001 stieg der Beitrag der Privatversicherungsformen zum Anstieg des Verbraucherpreisindex (VPI) um mehr als die Hälfte (Übersicht 2). Damit verursachten Versicherungsprodukte 2002 knapp 10% des allgemeinen Preisauftriebs. Die Werte der Teilindizes für Versicherungsprodukte im VPI zeigen bis zur Jahresmitte 2003, dass sich der Preisauftrieb weiter leicht beschleunigt. Versicherungsprodukte dürften auch 2003 etwa 10% zur allgemeinen

Geldentwertung beitragen. Die bekannten Messprobleme im Verbraucherpreisindex (Lebow – Rudd, 2003) werden für Versicherungsprodukte durch nachträgliche Bonuszahlungen und Refundierungen verstärkt. Die tatsächliche Belastung der Konsumenten wird durch den VPI tendenziell überhöht dargestellt.

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

1996 und 2000

	Gewicht im Warenkorb bis 2000	Gewicht im Warenkorb ab 2001 In %	1998	1999	2000	2001	2002	2003 ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Tarifprämien für								
Hausratsversicherung	0,653	0,650	+ 0,8	+ 1,0	+ 4,5	- 4,2	+ 2,5	+ 1,4
Bündelversicherung für Eigenheim	0,452	0,337	+ 3,1	+ 1,7	- 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 3,0
Krankenzusatzversicherung	1,397	1,294	+ 0,1	+ 3,3	+ 2,9	+ 4,4	+ 3,3	+ 4,0
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,091	1,150	+ 0,4	+ 1,7	+ 3,6	+ 2,3	+ 4,1	+ 5,6
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,124	0,133	± 0,0	+ 0,4	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,9
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,473	0,352	- 20,7	- 11,9	+ 4,7	+ 7,5	+ 4,8	+ 2,1
Privatversicherungsformen insgesamt	4,190	3,914	- 1,7	+ 0,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,8
Verbraucherpreisindex insgesamt			+ 0,9	+ 0,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4
Beitrag der Privatversicherungsformen in Prozentpunkten			- 0,07	+ 0,02	+ 0,12	+ 0,09	+ 0,14	+ 0,15

Q: Statistik Austria. – ¹⁾ Jänner bis Juli.

Im Jahr 2002 verteuerten sich insbesondere die Kfz-Haftpflicht- und die Kfz-Teilkaskoversicherung. 2003 stehen die Kranken- und wieder die Kfz-Haftpflichtversicherungen im Zentrum von Prämien erhöhungen.

Die Verteuerung von Kfz-Versicherungen ist eine Folge anhaltender Verluste in dieser Sparte. Viele bestehende Kfz-Haftpflichtverträge enthalten keine Prämienanpassungsklausel, sodass der Anstieg der Reparaturkosten bei Vertragsabschluss veranschlagt werden muss. Fehleinschätzungen akkumulieren sich über die Laufzeit der Verträge und verursachen damit eine Abweichung der erwarteten von der realisierten Schadenhöhe. Wenn die Angleichung der Prämienhöhe an eine unerwartete Steigerung der Schadenzahlungen vorwiegend über die Neuabschlüsse erfolgt, steigt die allgemeine Inflationsrate umso stärker. Die Versicherungsbranche strebt eine Möglichkeit zum nachträglichen Einbau einer jährlichen Preisanpassung in bestehende Kfz-Haftpflichtverträge an (Die Presse, 7. Juni 2003). Eine solche Regelung könnte den Preisauftrieb mildern, bedeutet aber einen erheblichen Eingriff in das private Vertragsrecht zuungunsten der Alt-Versicherten. Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind Preisanpassungsklauseln ebenfalls bedenklich, weil damit Inflationsspiralen verstärkt werden und die Verschiebung relativer Preise durch den Marktwettbewerb behindert wird.

Ein alternativer Anlass zu Preiserhöhungen sind Schadenfälle. Im Jahr 2002 stieg die durchschnittliche abgegrenzte Prämie in der Kfz-Haftpflichtversicherung gegenüber dem Vorjahr um 6,9% auf 278 € je Risiko. Diese Zunahme lag deutlich über der im VPI gemessenen Inflationsrate (Übersicht 2) und dürfte somit vor allem über Preisanpassungen im Bestand der Versicherer erfolgt sein. Gegenüber dem Jahr der Schaffung des Binnenmarktes 1994 ergibt sich mittlerweile eine Senkung der Durchschnittsprämie in der Kfz-Haftpflichtversicherung um 51 €. In der Kfz-Kaskoversicherung stieg die Durchschnittsprämie 2002 um 12,4%, sodass ein Betrag von durchschnittlich 509 € gezahlt wurde. Dieser Durchschnittswert liegt um 46 € unter dem des Jahres 1994.

Der Binnenmarkteffekt in der Versicherungswirtschaft kann als Summe von Prämien nachlass und Verzicht auf die Weitergabe von Kostensteigerungen auf der Leistungsseite grob eingeschätzt werden. Da in der Lebens- und der Krankenversicherung der Zeitpunkt der Prämienzahlung stark vom Zeitpunkt der Leistung durch die Versicherung abweichen kann, ist eine Beurteilung von Binnenmarkteffekten mit diesem Verfahren nicht möglich. In der Sachversicherung spielt jedoch der Abstand zwischen Prämienzahlung und Leistung eine wesentlich geringere Rolle, sodass aus

Versicherungsprodukte trugen 2001 etwa 10% zur allgemeinen Geldentwertung bei. Insbesondere Kfz-Versicherungen wurden teurer.

Die Kfz-Versicherer erzielten 2002 auch im Bestand deutliche Prämiensteigerungen.

Binnenmarkteffekte brachten den Konsumenten in der Sachversicherung 2002 Einsparungen von annähernd 640 Mio. €.

dem Vergleich der Durchschnittsprämie mit der durchschnittlichen Leistung je Risiko eine gute Einschätzung erzielt werden kann.

Im gesamten Bereich der Kfz-Versicherung nahm die durchschnittliche Prämie zwischen 1994 und 2002 um 41 € ab. Gleichzeitig sank die durchschnittliche Leistung je Risiko um 7 €. Insgesamt ergab sich somit 2002 eine positive Bilanz von 35 € je Risiko oder – umgelegt auf die 8,12 Mio. Risiken in der Kfz-Versicherung – von insgesamt 282 Mio. €. Dieser für Versicherte positive Einkommenseffekt wurde durch die Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer um durchschnittlich 77 € pro Jahr mehr als kompensiert – ein Wohlfahrtsverlust, wie ihn auch die Konsumenten des ebenfalls deregulierten Energiesektors erlitten haben (Der Standard, 30. September 2003).

Die Abgrenzung zwischen Binnenmarkteffekten und allgemeiner Produktivitätssteigerung ist schwierig.

In der Schadenversicherung stieg die Durchschnittsprämie zwischen 1994 und 2002 um 21 €. Dem steht allerdings eine Zunahme der Durchschnittsleistung je Risiko um 42 € gegenüber. Von dieser Leistungssteigerung wurden also nur 21 € in Form von Prämienerrhöhungen an die Versicherten weitergegeben, sodass in Summe eine Ersparnis von 21 € je Risiko bzw. bei 17 Mio. Risiken eine Ersparnis für die Versicherten im Ausmaß von 355 Mio. € vorliegt.

Diese Schätzgrößen für die Kfz- und Schadenversicherung sollten allerdings nur als eine grobe Annäherung an Binnenmarkteffekte interpretiert werden, weil in den Durchschnittswerten Verschiebungen in der Risikenstruktur enthalten sind und weil der vermehrte EDV-Einsatz und Organisationsreformen in der Versicherungswirtschaft nunmehr Produktivitätsgewinne zeigen sollten, die auch unabhängig von der Deregulierung des Versicherungsmarktes aufgetreten wären.

Anhaltende Aktienkursverluste beeinträchtigen Lebensversicherungs- geschäft

2002 büßten Aktien aus Europa und den USA etwa ein Drittel ihres Wertes ein.

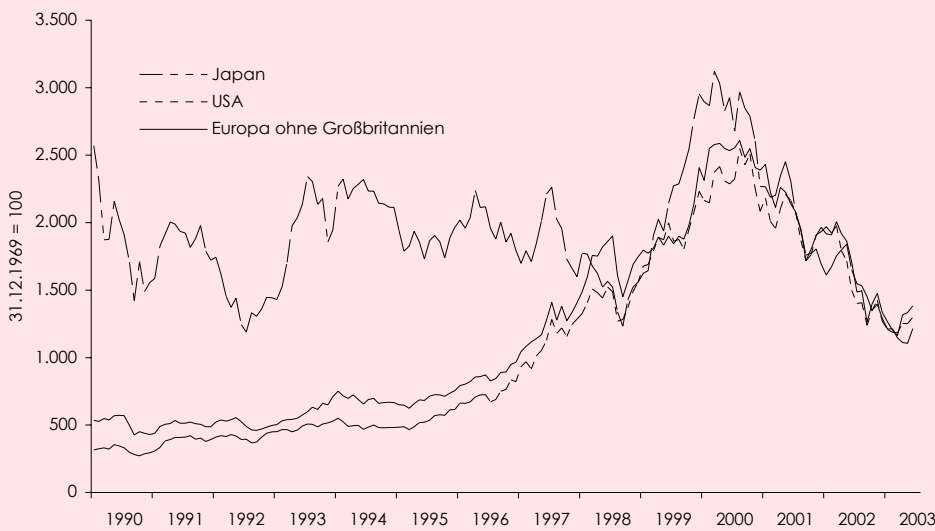
Im Inland war die Lebensversicherung in Österreich im letzten Jahrzehnt der Wachstumsträger der österreichischen Versicherungswirtschaft. Die steuerlich günstige Behandlung langfristiger Kapitalversicherungsprodukte und der positive Renditeabstand zur Sekundärmarktrendite bewirkten ein rasches Wachstum. Produktinnovationen wie die Einführung der fondsgebundenen Lebensversicherung, der Dread-Disease- und der Pflegerentenversicherung unterstützten diese Entwicklung. Die schwache Zunahme des nominellen verfügbaren Einkommens privater Haushalte, die Kürzung versprochener Renditen, der beschleunigte Kursrückgang an den internationalen Börsen und unter Umständen auch die Unsicherheit über die Leistungsfähigkeit britischer und deutscher Lebensversicherer schlugen sich 2002 in einem Rückgang der Prämieinnahmen nieder.

Abbildung 1 zeigt den in Euro umgerechneten Morgan Stanley Capital Market Index (MSCI) auf Bruttobasis zwischen Anfang 1990 und Jahresmitte 2003. Dieser Bruttoindex berücksichtigt neben der Kursentwicklung von Aktien auch die Dividendenzahlungen. Nach einer stürmischen Periode mit überdurchschnittlichen Kursgewinnen setzte Mitte 2000 auf allen wichtigen Börseplätzen gleichzeitig ein Wertverfall ein, der sich 2002 in Europa und den USA weiter beschleunigte. Insgesamt verloren Aktien in Kontinentaleuropa und den USA im Jahresverlauf 2002 etwa ein Drittel ihres Wertes. Erst im II. Quartal 2003 erreichte diese Entwicklung ihren unteren Wendepunkt. Versicherungsunternehmen konnten diesen Verlust in ihrer Ertragsrechnung nicht durch den Preisanstieg festverzinslicher Staatsanleihen wettmachen, weil sie in der Bilanzierung dem strengen Niederstwertprinzip unterliegen.

Die Gesamtverzinsung war 2002 in der Lebensversicherung um etwa 1¼ Prozentpunkte niedriger als im Vorjahr.

Die Lebensversicherer hatten 2002 knapp 13% ihres Deckungsstockes in Aktien (einschließlich Beteiligungen) veranlagt, sodass der Verlust aus Aktienveranlagungen die Rendite versicherungstechnischer Anlagen gewichtet mit etwa –4,3% belastet haben sollte. Die genauen Ertragszahlen der Lebensversicherung sind zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht verfügbar. Eine Einschätzung der *Versicherungsrundschau* (2003) geht für das Jahr 2002 von einer Verminderung der Gesamtverzinsung in der Lebensversicherung gegenüber dem Vorjahr um 1¼ Prozentpunkte aus. Die demnach vergleichsweise hohe Rendite von insgesamt etwa 4,9% erscheint nur durch die substantielle Auflösung stiller Reserven bzw. einen weitgehenden Abbau des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in der Lebensversicherung möglich.

Abbildung 1: MSCI-Bruttoindizes für Aktienveranlagungen in den drei großen Wirtschaftsregionen



Q: MSCI. Der Bruttoindex berücksichtigt sowohl Preisveränderungen als auch Dividendenzahlungen.

Angesichts der niedrigen erwarteten Renditen festverzinslicher Wertpapiere senkt die Finanzmarktaufsicht Österreich mit 1. Jänner 2004 den gesetzlich zulässigen garantierten Höchstzinssatz für Lebensversicherungen auf 2,75%. Für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge gemäß §§ 108g bis 108i EstG 1988 darf der Höchstzinssatz nur 2% betragen (BGBl. II Nr. 312/2003). Der variable Teil der staatlichen Prämie für die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge und die Pensionszusatzversicherung wird 2004 ebenfalls von derzeit 4% auf 3,5% gekürzt. Der staatliche Fördersatz für die private Altersvorsorge wird also einschließlich des festen Förderungsbestandteils von 5,5% 2004 insgesamt 9% betragen. Gleichzeitig wird der an die Höchstbemessungsgrundlage im ASVG gebundene höchstzulässige geförderte Betrag vermutlich auf 1.900 € jährlich steigen. Dadurch nimmt der höchstmögliche staatliche Zuschuss 2004 geringfügig auf 181 € zu.

Eine detaillierte Betrachtung der Prämienentwicklung zeigt, dass vor allem in der Kapital- und in der Rentenversicherung Einbußen zu verzeichnen waren, während die in Bezug auf ihr Volumen weniger bedeutenden Versicherungsarten mit zumeist laufender Prämienzahlung Umsatzsteigerungen verzeichneten. Der Verlauf in der Rentenversicherung verdeutlicht dieses Bild: Während die Zahl der Risiken um 23% zunahm, gingen die Prämieinnahmen um 16% zurück. Anstelle großer einmaliger Kapitalübertragungen wurde eine Vielzahl zusätzlicher kleiner Verträge mit laufenden Prämienzahlungen gezeichnet. Dadurch sank die durchschnittliche Prämie in der Rentenversicherung von 2.173 € im Jahr 2001 auf 1.489 €.

Die rückläufige Tendenz der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung betraf in erster Linie Einmalerläge (-374 Mio. €). Dies sind bei Vertragsabschluss für die gesamte Laufzeit im Voraus entrichtete Versicherungsprämien. Einmalerläge reagierten schon in der Vergangenheit besonders stark auf Änderungen der einkommens- oder versicherungssteuerlichen Behandlung von Lebensversicherungen. Diese massiven Schwankungen spiegeln sich mit mehrjähriger Verzögerung in den Aufwendungen für Versicherungsfälle.

Der Rückgang der Leistungen war 2002 ebenfalls auf einen solchen Echoeffekt zurückzuführen. Das Abreifen von Einmalerlägen mit einer Laufzeit von 5 Jahren bewirkte 2001 ein überdurchschnittlich kräftiges Wachstum der Leistungen. Gegenüber dem hohen Niveau des Vorjahres fallen die Aufwendungen zwar zurück, dennoch dürfte das Leistungsniveau nach wie vor von abreifenden Einmalerlägen mit einer Laufzeit von 6 Jahren geprägt sein.

Die Finanzmarktaufsicht senkt mit 1. Jänner 2004 den höchstmöglichen garantierten Zinssatz in der Lebensversicherung. Die staatliche Prämie für die private Pensionsvorsorge steigt 2004 trotz Verringerung des variablen Teils des Fördersatzes.

Der Rückgang der Lebensversicherungsprämien ist durch den Einbruch der Einmalerläge bedingt.

Echoeffekte der Steuerreform 1996 verdecken ein weiterhin hohes Leistungswachstum.

Die Lebensversicherungen leisteten 2002 den größten Beitrag zur Geldvermögensbildung.

Insgesamt bevorzugten private Haushalte 2002 risikoarme und liquide Veranlagungsformen zum Vermögensaufbau. Die von der Oesterreichischen Nationalbank publizierten Daten zur Geldvermögensbildung der privaten Haushalte zeigen eine Konzentration auf Bargeld bzw. Sicht- und Termineinlagen. Diese beiden Bankprodukte stellten mit 7 Mrd. € den Großteil des Geldvermögenszuwachses von insgesamt 12,6 Mrd. €. Versicherungssparprodukte waren mit 3,7 Mrd. € die größte Einzelkomponente. Ihr Anteil an der Geldvermögensbildung betrug damit 29,5%.

Ein Teil der privaten Haushalte war 2002 dennoch an der Übernahme von Kapitalertragsrisiken interessiert. Die fondsgebundenen Lebensversicherungen steigerten ihr Prämienvolumen insgesamt um 50 Mio. € oder 6,6% auf 847 Mio. €. Der Großteil der Lebensversicherungsprämien floss aber nach wie vor in konventionelle Lebensversicherungsprodukte.

Negative Rückwirkung der Leistungsorientierten Krankenanstalten-Finanzierung (LKF) auf die private Krankenversicherung

Die private Krankenversicherung profitiert in Österreich von der ausgeprägten Krankenhauslastigkeit des Gesundheitssystems. Im internationalen Vergleich mit Deutschland, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, Großbritannien und den USA (Köck, 2003) weist Österreich überdurchschnittlich viele Akutbetten je 1.000 Einwohner (6,6 gegenüber 4,4) bzw. Einweisungen in Prozent der Bevölkerung auf (23,1 gegenüber 18). Die große Bedeutung von Spitalleistungen im Behandlungsangebot schafft eine vergleichsweise hohe Grundnachfrage nach Versicherungsleistungen im Spitalsbereich. Das 1997 eingeführte leistungsorientierte Krankenanstalten-Finanzierungssystem (LKF) verstärkt diese Entwicklung, weil derzeit die Spitäler einen enormen Anreiz zur Steigerung der Spitalsbehandlungen haben. Je Behandlung werden Punkte an den jeweiligen Landesfonds verrechnet; sie bilden die Grundlage für die Verteilung der Mittel an die teilnehmenden Spitäler. Die Finanzierungsmittel der Landesfonds werden auf die Summe der eingereichten Punkte bezogen, sodass eine hohe Punktezahl zwar den Gegenwert eines Punktes senkt, aber die dem Spital zugeführten Mittel steigert.

Dafny (2003) zeigt, dass Spitäler in den USA auf eine Anhebung von diagnosespezifischen Preisen überwiegend durch eine Umbuchung der Patienten in höherpreisige Diagnosegruppen reagieren. Aufnahmepolitik oder Behandlung werden allerdings nicht verändert. In Österreich rief die Umstellung auf das LKF-System erhebliche Reaktionen der Spitäler hervor. Patienten wurden aus dem nicht durch Punkte abgegoltenen ambulanten Bereich in den durch Punkte abgedeckten stationären Bereich umgelenkt. Seit Bestehen des LKF-Systems sank die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten bei gleichzeitig steigender Häufigkeit von Einweisungen (Hofmarcher – Riedel, 2003).

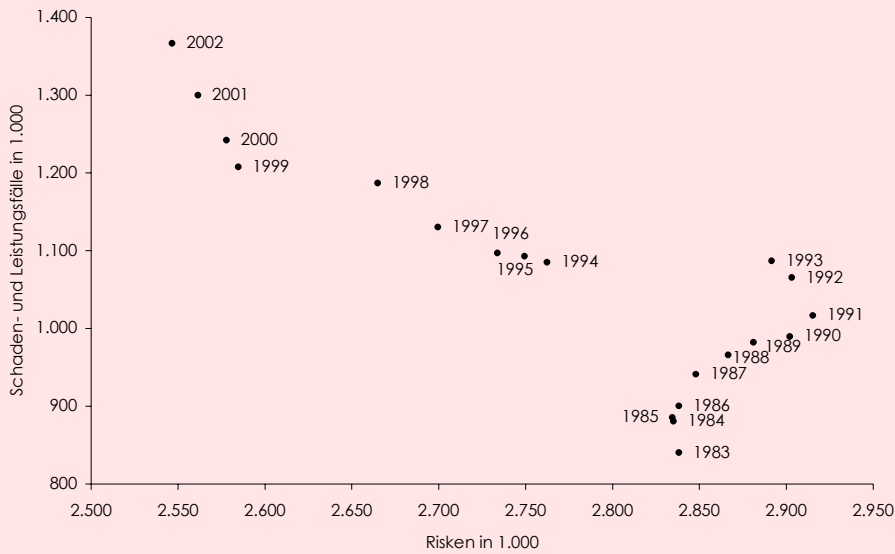
Während der Aufwand je Schadenfall sinkt, steigen die Zahlungen je versichertes Risiko.

Das Hauptgeschäftsfeld österreichischer Privatversicherer liegt in der Finanzierung spitalsbezogener Ausgaben. 2002 wurden knapp 75% der Leistungen für Krankenhauskostenersatz (Erstattung von Hotelkosten für Klassepatienten), weitere 10,6% für Spitalgeld und 4,3% für Arztleistungen verwendet. Die krankenhausalastige Medizin verhilft zu einem vergrößerten Geschäftsfeld, gleichzeitig trägt die Tendenz steigender Einweisungszahlen auch zur Erhöhung der Zahl der Schadenfälle je Risiko bei.

Die negative Rückwirkung der Umstellung des Finanzierungssystems auf die private Krankenversicherung zeigt sich auch in einem Vergleich der Leistungen je Schadenfall mit den Leistungen je Risiko: Die Zahl der Schadenfälle als Bezugsgröße misst, welche Kosten ein Behandlungsfall verursacht, während die Zahl der Risiken als Bezugsgröße angibt, wie sich die Ausgaben je Versicherten entwickeln. Zwischen 1998 und 2002 sank die Zahlung je Schadenfall um 4,7%, während die Zahlung je Risiko um 14,8% zunahm. Die Aufwandsentwicklung in der privaten Krankenversicherung wird also überwiegend durch die Ausweitung der Zahl von Spitalsbehandlungen je Versicherten bewirkt (Abbildung 2). Bereits seit Anfang der neunziger Jahre verringert sich die Zahl der versicherten Risiken bei gleich hoher Schadenhäufigkeit. Diese bedenkliche Entwicklung wurde mit der Einführung des LKF 1997 weiter verstärkt. Der seit 1997 negative Zusammenhang zwischen Schäden und Risiken ist mittel- bis langfristig die größte Herausforderung für die Versicherungsunternehmen.

Abbildung 2: Schaden- und Leistungsfälle versus Risiken in der privaten Krankenversicherung

1983 bis 2002



Q: Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs.

Diese Entwicklung macht zusätzliche Preissteigerungen notwendig, sofern eine höhere Frequenz von Behandlungen nicht ausreichend in der Prämienkalkulation berücksichtigt wurde. Andererseits erodieren hohe Prämien die Bereitschaft zum Abschluss einer privaten Krankenversicherung durch Junge und verursachen damit eine Überalterung des Versichertenbestands. Die privaten Krankenversicherer begegnen dieser Entwicklung durch eine Initiative zur Qualitätssicherung. Mit Hilfe von Patientbefragungen strebt der Verband der Versicherungsunternehmen eine Verschiebung der Kräfteverteilung im Gesundheitswesen an und übernimmt damit Kontrollleistungen im Gesundheitssystem. Es bleibt abzuwarten, ob Qualitätskontrollen ein ausreichender Anreiz zum Neuabschluss sein werden.

In der Krankenzusatzversicherung verzeichnen die Anbieter seit Jahren eine Abnahme des Geschäftsvolumens. Die Zahl der versicherten Risiken sank 2002 gegenüber dem Vorjahr um 15.000. Der Anstieg der Prämieinnahmen geht auf die in Übersicht 2 dargestellten Preiserhöhungen zurück. Damit setzte sich die Entwicklung des Jahres 2001 fort. Die kurzfristig wirksamen Kostensenkungen der Jahre 1996 und 1997 entfalten keine preisdämpfende Wirkung mehr.

Die Schadenversicherung war 2002 auch in Österreich durch die Flutkatastrophe vom August 2002 in Europa geprägt. Laut Swiss Re (2003) war dieses Ereignis 2002 weltweit die Katastrophe mit dem größten Gesamtschaden (12,3 Mrd. \$). Der versicherte Schaden betrug nur 2,5 Mrd. \$. Das geringe Ausmaß an Absicherung ergibt sich aus dem Wechselspiel aus wenig forciertem Verkauf von Hochwasserversicherungen, dem großen Ausmaß an Selbstversicherung bzw. den hohen Erwartungen an die Unterstützung durch die öffentliche Hand im Schadenfall. Die mäßige Versicherungsbereitschaft geht vor allem darauf zurück, dass die Bedrohung durch Hochwasser als gering eingeschätzt wird. Der mögliche Schaden aus Überschwemmungen wird jedoch unterschätzt. Nach einer Hochrechnung von Swiss Re (2003) erreichten die volkswirtschaftlichen Schäden aus Fluten in der Periode 1970 bis 2002 bereits das gleiche Niveau wie Erdbebenschäden. Vor allem erscheint eine Neuordnung von Risiken zur besseren Einschätzung der notwendigen Prämienhöhe angebracht. Überschwemmungsschäden treten oft in Verbindung mit Stürmen auf und werden damit als Sturmschäden klassifiziert.

Sind Preissteigerungen und Qualitätssicherung die Antwort auf die Steigerung des Aufwands?

Die Prämieinnahmen wachsen trotz des Rückgangs der Versichertenzahl.

Flutkatastrophe bewirkte Leistungsanstieg in der Schaden-Unfallversicherung

In Deutschland wird eine Zwangsversicherung für Elementarschäden diskutiert.

Die Auszahlungen an Geschädigte der Überschwemmungskatastrophe in Österreich erreichten 400 Mio. €.

Die niedrige Deckung von Überschwemmungsrisiken eröffnet für die Schadenversicherung ein neues Geschäftsfeld, sofern eine genaue Einschätzung des Risikos vorgenommen wird und eine ausreichende Streuung erzielt werden kann. In Deutschland wird zur Zeit eine Zwangsversicherung gegen Elementarschäden mit nach Risiko gestaffelten Prämien diskutiert. Die Zwangsversicherung löst das Problem der Risikostreuung, schafft aber eine Umverteilung zu Versicherten mit hohem Überschwemmungsrisiko und könnte auch die Ansiedelung in hochwassergefährdeten Lagen fördern (adverse selection).

Puwein et al. (2003) schätzen den Vermögensverlust und die Summe aus Verlusten durch die Behinderung der Produktion in Österreich auf insgesamt 2,48 Mrd. €. Die endgültigen Zahlen zur Schadenshöhe werden erst nach Abrechnung der Katastrophenfonds Anfang 2004 erwartet. In Österreich wurden insgesamt 400 Mio. € an Geschädigte der Flutkatastrophe ausgezahlt. Besonders die Sparten Sturmschaden, Haushalts-, Feuer- und verschiedene Betriebsunterbrechungsversicherungen waren mit Überschwemmungsschäden konfrontiert. Der Leistungszuwachs in der gesamten Abteilung Schaden-Unfall (Übersicht 3) verdeckt die Dynamik in der reinen Schadenversicherung. Mit einem Anstieg der Leistungen um 27% gegenüber 2001 wurde das Niveau des Katastrophenjahres 2000 überschritten (Url, 2001).

Die österreichischen Versicherungsunternehmen waren aber nicht nur über das Inlandsgeschäft von der Flut betroffen. Die in Mitteleuropa aktiven österreichischen Versicherer tätigten auch im Ausland erhebliche Auszahlungen, in einigen Unternehmen ein Vielfaches der Schäden in Österreich. Dementsprechend verursachte das Osteuropageschäft teils auf der Konzernebene Verluste.

Übersicht 3: Prämien und Leistungen in der Privatversicherung

	Lebensversicherung		Krankenversicherung		Schaden- und Unfallversicherung	
	Bruttoprämien	Aufwendungen für Versicherungsfälle	Bruttoprämien	Aufwendungen für Versicherungsfälle ¹⁾	Bruttoprämien	Versicherungsleistungen
	Mio. €					
1998	4.107	2.826	1.115	922	6.338	4.280
1999	4.796	2.983	1.133	929	6.491	4.478
2000	5.388	3.201	1.164	963	6.702	5.390
2001	5.785	3.915	1.212	996	6.978	4.903
2002 ²⁾	5.669	3.700	1.260	1.009	7.403	5.521
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
1998	+ 10,6	- 1,1	- 0,1	+ 1,8	- 2,9	+ 0,7
1999	+ 16,8	+ 5,6	+ 1,6	+ 0,8	+ 2,4	+ 4,6
2000	+ 12,4	+ 7,3	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,2	+ 20,4
2001	+ 7,4	+ 22,3	+ 4,1	+ 3,4	+ 4,1	- 9,0
2002 ²⁾	- 2,0	- 5,5	+ 3,9	+ 1,3	+ 6,1	+ 12,6

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Einschließlich Prämienrückerstattung. – ²⁾ Prognose.

Kapitalveranlagung verlagert sich weiter zu Wertpapieren

Die Zuwachsrate der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen entsprach 2002 etwa jener der letzten vier Jahre. Das ist angesichts der substantiellen Wertverluste an den Börsen erstaunlich. Die Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen verschob sich 2002 weiter leicht zugunsten von Wertpapieren. Insbesondere Darlehensforderungen wurden abgebaut. Sie bestehen zum Großteil gegenüber der Republik Österreich. Diese für Versicherungsunternehmen günstige Finanzierungsform wird von der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur bereits seit Jahren wegen der vergleichsweise hohen Kosten und der Illiquidität nicht mehr nachgefragt. Der Rückgang 2002 ist also dem weiteren Abschmelzen des Forderungsbestands zuzurechnen.

Die Verluste in der versicherungstechnischen Rechnung der Schaden-Unfallversicherung und die Konkurrenz der Lebensversicherung mit anderen Finanzdienstleistungen erfordern immer stärker ein professionelles Veranlagungsmanagement. Diesem Umstand ist auch die dynamische Entwicklung der Anteilswerte zuzurechnen.

Diese Kategorie umfasst vor allem Anteile an Investmentfonds. Mit dem zunehmenden Erwerb von Investmentfondsanteilen konzentrieren sich Versicherer auf das versicherungstechnische Geschäft und nehmen in der Vermögensverwaltung verstärkt die Rolle institutioneller Investoren ein. Die aktive Rolle österreichischer Versicherungsunternehmen in Osteuropa spiegelt sich auch in der Entwicklung des Anteils von Beteiligungen: Seit 1991 hat sich der Anteil der Beteiligungen an den Kapitalanlagen vervierfacht.

Übersicht 4: Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Guthaben bei Kredit- unternehmen	Insgesamt	Wertpapiere Festverzinslich	Anteilswerte	Darlehens- forderungen, Polizzen- darlehen	Bebaute und unbebaute Grundstücke	Beteiligungen	Sonstige andere Kapital- anlagen	Kapital- anlagen insgesamt (ohne Depot- forderungen)
	Mio. €								
1998	521	21.642	13.020	8.622	12.765	3.340	3.619	54	41.941
1999	344	25.416	14.676	10.740	11.791	3.385	3.570	62	44.569
2000	372	28.047	15.510	12.537	11.034	3.423	4.041	76	46.993
2001	1.481	30.863	16.556	14.308	8.659	3.489	4.677	32	49.201
2002 ¹⁾	972	32.994	16.546	16.448	7.958	3.556	6.052	34	51.566
	Anteile in %								
1998	1,2	51,6	31,0	20,6	30,4	8,0	8,6	0,1	100,0
1999	0,8	57,0	32,9	24,1	26,5	7,6	8,0	0,1	100,0
2000	0,8	59,7	33,0	26,7	23,5	7,3	8,6	0,2	100,0
2001	3,0	62,7	33,6	29,1	17,6	7,1	9,5	0,1	100,0
2002 ¹⁾	1,9	64,0	32,1	31,9	15,4	6,9	11,7	0,1	100,0

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Prognose.

Dafny, L. S., "Do Hospitals Respond to Price Changes?", National Bureau of Economic Research, Working Paper, 2003, (9972), <http://papers.nber.org/papers/w9972>.

Hofmarcher, M. M., Riedel, M., Impact of Case-Mix Hospital Payment Reforms on Health Systems – Case Study Austria, World Bank Europe and Central Asia Human Development Unit Research Report, World Bank, Washington D.C., 2003.

Köck, Ch., "Qualität nur durch Ergebniskontrolle", Privatpatient, 2003, (III).

Lebow, D. E., Rudd, J. B., "Measurement Error in the Consumer Price Index: Where do We Stand?", Journal of Economic Literature, 2003, 41, S. 159-201.

Literaturhinweise

Weak Nominal Income Growth Impacts on the Insurance Sector in 2002 – Summary

In 2002, private insurers saw their revenues from premiums grow in alignment with GDP at current prices. Due to price increases, property and liability insurance once again expanded its traditional dominance. For 2003, revenues from premiums are expected to rise slightly above the growth rate of GDP at current prices. The international insurance market was similarly shaped by a shift to non-life insurance. Emerging economies posted an above-average growth rate, as did the CEE countries, which gave a boost to Austrian insurers active in Central and Eastern Europe. By 2002 they managed to obtain almost a fifth of their total premium revenues from that region.

In 2002, insurance products contributed some 10 percent to consumer price inflation, mostly through the rise in motor third party insurance rates. European and US shares lost about a third of their price during 2002. Nevertheless, the industry estimates that, in 2002, the overall interest rate for life insurance was lower by just 1.25 percentage points than in 2001. The decrease in life insurance premiums by 2 percent was caused by a collapse in single premium schemes. On the benefits side, echo effects from the 1996 tax reform continued to disguise the high growth in payouts. In spite of its moderate growth, life insurance, at 29.5 percent, continued to be the chief individual component of monetary wealth formation in 2002.

Health insurance is suffering from a negative feedback from the case-mix payment system for hospital care. The change to case-mix payment boosted admissions and cut the average length of hospital stays. As a result, expenditure per claim falls whereas at the same time expenditure per insured risk rises. This growing gap forces insurers to raise their rates for health insurance coverage, and it has made it possible for them to enjoy a growth in premiums while the number of insureds stagnated.

The flood of August 2002 pushed up payments in casualty insurance. Preliminary loss figures are set at € 2.48 billion in Austria. The ultimate figures will not be available before the start of 2004, after the final settlement with the Austrian Disaster Fund. Insurers paid out some € 400 million to claimants. A rise in prices for motor third party insurance once again could not prevent negative underwriting results.

Puwein, W., Scheiblecker, M., Sinabell, F., Smeral, E., "Volkswirtschaftliche Stellungnahme zu den Schäden des Hochwassers vom August 2002", in Habersack, H., Moser, A. (Hrsg.), Ereignisdokumentation Hochwasser August 2002, Universität für Bodenkultur Wien, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien, 2003, S. 117-122.

Swiss Re, "World Insurance in 2001: Turbulent Financial Markets and High Claims Burden Impact Premium Growth", Sigma, 2002, (6), <http://www.swissre.com/>.

Swiss Re, "Natur- und Man-made-Katastrophen im Jahr 2002: Belastung durch hohe Flutschäden", Sigma, 2003, (2), <http://www.swissre.com/>.

Url, Th., "Schadenversicherung dämpft 2000 Ertragslage der Versicherungswirtschaft", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(10), S. 613-621, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20609.

Versicherungsrundschau, "Die Privilegien der Pensionskassen sind nicht zu rechtfertigen", 2003, (5), Beilage 1.

- 205/2003 **A Three Tier Strategy for Successful European Countries in the Nineties**
Karl Aiginger
- 206/2003 **Socio-Economic Determinants of Health and Identification of Vulnerable
Groups in the Context of Migration. The Case of Austria**
Gudrun Biffl
- 207/2003 **Diversity of Welfare Systems in the EU: A Challenge for Policy Coordination**
Gudrun Biffl
- 208/2003 **The Relative Importance of Labour Market Reforms to Economic Growth**
Karl Aiginger
- 209/2003 **Finance and the Business Cycle. The Ricardian Perspective**
Franz R. Hahn

Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0

Die letzten 12 Hefte

- 10/2002 Ewald Walterskirchen, Konjunkturerholung verzögert. Prognose für 2002 und 2003 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. III. Quartal 2002 • Wolfgang Pollan, Die Preisentwicklung vor dem Hintergrund der Euro-Bargeldeinführung • Matthias Schneider, Zur Diskussion um neue Reformen der EU-Agrarpolitik • Thomas Url, Privatversicherungswirtschaft 2001: Rückkehr zur Normalität • Michael Peneder, Robert Wieser, Der österreichische Markt für Private Equity und Venture Capital 2001. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung
- 11/2002 Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Gerhard Streicher, Berufliche und sektorale Beschäftigungsprognose für Oberösterreich. Methoden und Ergebnisse des regionalen Berufs- und Sektormodells für Oberösterreich • Josef Baumgartner, Die Wirtschaftsprognosen von WIFO und IHS. Eine Analyse für die achtziger und neunziger Jahre • Franz Sinabell, Das Landwirtschaftsgesetz der USA von 2002
- 12/2002 Michael Wüger, Mäßige Konsumsteigerung – Handel hofft auf gutes Weihnachtsgeschäft • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2002 • Wolfgang Pollan, Zur Messung der Verbraucherpreise. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?
- 1/2003 Ewald Walterskirchen, Schleppende Erholung im Jahr 2003. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2002 • Felix Butschek, Vom Wirtschaftsforscher zum Wirtschaftshistoriker – Hans Seidel zum achtzigsten Geburtstag • Christine Mayrhuber, Die Ausgaben für soziale Sicherheit im Jahr 2000 • Gudrun Biffl, Implikationen eines Freiwilligenheeres für den österreichischen Arbeitsmarkt • Wilfried Puwein, Erfolg der Ausgliederung von Bundesbetrieben – das Beispiel der Österreichischen Bundesforste
- 2/2003 Serguei Kaniovski, Markus Marterbauer, Mittelfristig gedämpftes Wachstum. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2006 • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionsklima auch 2003 getrübt. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests von Ende 2002 • Franz R. Hahn, Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung ("Basel II") aus makroökonomischer Sicht • Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen, Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten
- 3/2003 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Mäßige Ertragsentwicklung im Jahr 2002. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung • Margarete Czerny, Verzögerte Erholung der Baukonjunktur in Europa – Wachstumsaussichten für 2004/05 gedämpft • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und langfristiges Wirtschaftswachstum. Gibt es einen Nexus in den OECD-Ländern? • Hedwig Lutz, Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Erste Ergebnisse
- 4/2003 Markus Marterbauer, Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftschronik. I. Quartal 2003 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft im Jahr 2002: Neuerlich ungenügendes Wachstum • Thomas Url, Die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich
- 5/2003 Josef Pöschl (WIIF), Internationale Konjunkturflaute stellt Wirtschaft der MOEL auf die Probe • Gerhard Palme, 2002 weitere Wachstumsabschwächung im Osten und Süden Österreichs • Daniela Kletzan, Thomas Url, Wirtschaftliche Kennzahlen und Effizienz in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft
- 6/2003 Franz Sinabell, Erwin Schmid, Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft • Gudrun Biffl, Fördersysteme der Universitätsausbildung und Mobilität der Studierenden in Europa
- 7/2003 Wolfgang Pollan, Der Verbraucherpreisindex als Deflationsindikator • Michael Böheim, Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen. Zwischenbilanz und Ausblick • Fritz Breuss, Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen
- 8/2003 Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Investitionen 2003 insgesamt schwach. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2003 • Gerhard Lehner, Margit Schratzenstaller, Bundesvoranschläge 2003 und 2004: Ziel eines "Nulldefizits" verschoben • Gudrun Biffl, Julia Bock-Schappelwein, Wilfried Puwein, Franz Sinabell, Strukturpolitische Herausforderungen für das Waldviertel aus der EU-Erweiterung • Franz R. Hahn, Aktienmarkt und Konjunkturschwankungen. Gibt es einen Zusammenhang in den OECD-Ländern?
- 9/2003 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2002 geringfügig verbessert • Alois Guger, Direkte und indirekte Kinderkosten in Österreich. Ein Überblick • Michael Wüger, Schätzung der direkten Kinderkosten in Österreich